

von hier abfahren und zwischen 1 und 2 Uhr in Helgoland sein. Die Rückfahrt ist zwischen 5 und 6 Uhr vorgeesehen, so daß wir uns 3 bis 4 Stunden in Helgoland aufhalten können, um dieses von englischem in deutschen Besitz übergegangene Eiland zu besichtigen. Wir haben einen Genossen hier, der schon vorherholt eingehende Studien in Helgoland gemacht hat. (Heiterkeit.) Es steht uns also auch ein Führer zur Seite. (Erneute Heiterkeit.) Zwischen 11 und 12 Uhr nachts würden wir dann in Bremen ankommen. Ich bitte Sie, den Wunsch der Bremer Genossen zu erfüllen und die Einladung anzunehmen.

Schluß-Bremen: Ich bin in der sonderbaren Lage, die preussische Eisenbahnverwaltung in Schutz nehmen zu müssen. (Hört! hört!) Pfannkuch ist falsch unterrichtet, die preussische Eisenbahnverwaltung hat es nicht abgelehnt, uns einen Ertrag zu stellen, sie hat uns nur auf unser Ersuchen sehr lange warten lassen, so daß wir uns an die oldenburgische Verwaltung wandten. Außerdem lehnte die preussische Verwaltung jede Preisermäßigung ab; sie berief sich auf eine generelle Verfügung, wonach bis zum 27. September keine Ermäßigungen gestattet seien, während die oldenburgische Regierung uns die übliche Ermäßigung gewährte. Die Fahrt mit der preussischen Bahn nach Bremerhaven würde ca. 4 M. kosten, die mit der oldenburgischen nach Nordenham kostet nur 3 M., sie ist nicht un bequem und dauert auch nicht viel länger. Ich kann mich nur der Bitte von Pfannkuch anschließen. Sollten den Delegierten Bedenken aufsteigen wegen der durch die Helgolandfahrt verlorengehenden Zeit, so könnten wir ja eventuell eine Abend Sitzung einrichten. In Dresden haben wir zu unserm Bedauern die geplante Dampferfahrt nicht gemacht. Rechnen wir den halben Tag von Dresden an, so opfern wir schließlich auch nur einer halben Tag. (Große Heiterkeit.)

Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit die Einladung der Bremer Genossen an. Am Donnerstag fällt also die Sitzung aus.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1904. — Vormittags-Sitzung.

Am 9 Uhr 5 Minuten eröffnet

Die Verhandlungen, indem er rügt, daß heimlich ohne Wissen des Bureaus eine Drucksache verteilt worden sei. Das sei unzulässig.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß Begrüßungs- und Glückwunsch-Telegramme eingelaufen sind von der *Partie socialiste française*, von dänischen Sozialdemokraten in Kopenhagen, von den Sozialdemokraten Luxemburgs, von den ungarländischen Sozialdemokraten in Budapest, dem Genossen Friedrich Lehner in London, dem Organ der sozialdemokratischen Bewegung in Chicago „Neues Leben“ und von zahlreichen einzelnen Genossen. Der Genosse Reichstags-Abgeordneter Georg Horn teilt mit, daß er durch Krankheit verhindert ist, am Kongress teilzunehmen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Von den hierzu gehörigen Anträgen werden unterstützt die Anträge 9, 20, 22, 28, 29, 32, 33, 35—39, 105, 108—110. Diese Anträge stehen zur Debatte.

Die Anträge 21, 23, 24, 26, 30, 31, 34, 40, 41, 111 finden die erforderliche Unterstützung nicht.

Vor Erstattung des Berichts des Vorstandes ersucht der Vorsitzende die Mandatsprüfungskommission, sich zu ihren Verhandlungen zurückzuziehen.

Den Bericht des Vorstandes erstattet hierauf

Pfannkuch-Berlin: Trotzdem die Einladung zu dem Parteitag sehr frühzeitig ergangen ist, sind auch diesmal wieder eine Anzahl Anträge als zulässig eingegangen. Diese Anträge werden jetzt gedruckt und den Delegierten während der Verhandlungen nachträglich zugehen. Im Bericht befindet sich ein Irrtum. In Lübeck ist der Umzug bei der Mailfeier nicht verboten worden; es wurde nur das Tragen von roten Fahnen dabei untersagt. Um derartige Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, den Vorstand in Zukunft besser zu informieren und sich nicht darauf zu verlassen, daß der Vorstand sich aus der Parteipresse unterrichtet. — Zahlreiche Wünsche sind in Versammlungen und in der Presse geäußert worden, daß Vorkommnisse, wie sie auf dem vorigen Parteitage sich ereignet haben, sich nicht wiederholen mögen. Der Wunsch ist gewiß allgemein verbreitet. Es kann nicht meine Aufgabe sein, jetzt noch einmal auf die Dresdener Verhandlungen zurückzukommen und zu untersuchen, wer in Dresden das Karnidel gewesen ist, das angefangen hat. Das eine aber glaube ich aussprechen zu müssen: Mag man über den Dresdener Parteitag denken wie man will, er hat jedenfalls die Folge gehabt, daß das Parteigewissen der Genossen außerordentlich geschärft worden ist. (Sehr gut!) Meiner Auffassung nach haben alle die Anträge, die auf eine festere, geschlossener zentralistische Form der Organisation der Partei abzielen, in letzter Linie ihre Entstehung in den Dresdener Verhandlungen. Wenn diese Auffassung richtig ist und diese Anträge zur Schaffung einer einheitlichen Organisation führen werden, dann können wir mit Stolz sagen, daß die Verhandlungen in Dresden nicht umsonst gewesen sind, sondern eine vorzügliche erzieherische Wirkung ausgeübt haben.

Ich gehe nun zum Bericht selbst über. Die Organisationsfragen werden ja als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Ich kann im allgemeinen nur erklären, daß selbstverständlich der Parteivorstand dem Streben nach einer geschlossenen Organisation mit erhöhter Aktionsfähigkeit, wie es in den Anträgen verlangt wird, nicht das geringste entgegenzustellen hat. Man hat, freilich in sehr überzuckerter Form, dem Parteivorstand vorgeworfen, er sei mit Verwaltungsarbeiten derart überlastet, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Initiative zu größeren politischen Aktionen zu ergreifen.

Wenn die Agitation nicht in dem von den Genossen gewünschten Maße hat stattfinden können, so hat das verschiedene Gründe. Man hat die Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson Deutschlands dem Parteivorstand als Musterbeispiel für eine wirkungsvolle und planmäßige Agitationsarbeit vorgehalten. Man vergißt, daß in den Zeiten der Entwicklung der Sozialdemokratie — die Agitation unter den Frauen befindet sich bekanntlich in diesem Stadium — die Zahl der Agitatoren auch der Sozialdemokratie eine verhältnismäßig viel größere war, damals war sozusagen jeder einzelne Parteigenosse ein begeisterter Agitator. Mit der Ausbeugung der Partei sind die Kampfmittel naturgemäß andre geworden. Vor allem brachte das Aufkommen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung eine Aenderung mit sich. Es mußte selbstverständlich das Bestreben der Partei sein, die Arbeiter, welche durch Wahrung ihrer materiellen Interessen in den Gewerkschaften angezogen, für die Organisation gewonnen waren, zu überzeugten Sozialdemokraten zu machen. Was war darum natürlicher, als daß die Führer der Gewerkschaften aus den Reihen der Sozialdemokratie hervorgingen. Es ist eins der beliebtesten Argumente unzer Gegner, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu stigmatisieren. Ich meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich nicht dagegen steifen, mit dem Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet zu werden. (Sehr richtig!) Da wo es darauf ankommt wird es ihnen stets gelingen, nachzuweisen, daß sie nicht direkt unter der Leitung

der sozialdemokratischen Partei stehen, daß sie aber als überzeugte Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaftsbewegung möglichst im Sinne der im Klassenkampf stehenden Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu führen. Wir beneiden die Gewerkschaften nicht um die Erfolge in der Agitation, wir hoffen im Gegenteil, daß diese Zunahme der organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften auch künftig im gleichen Maße steigen werde. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die großen Erfolge der Gewerkschaften wesentlich auch dadurch erreicht sind, daß eine Reihe tätiger überzeugter Führer der politischen Bewegung entzogen wurden. — Dazu kommt dann, daß mit der Ausbreitung der Partei die Parteipresse außerordentlich gewachsen ist.

Wir haben etliche 70 politische Organe, wir sind stolz darauf, daß Mächtiges in den Redaktionen geleistet wird, wir sind stolz auf die steigende Verbreitung unserer Presse — wir haben über 600 000 zahlende Abonnenten, und ihre Leserschaft macht sicher das drei- bis vierfache aus. Wir sind stolz darauf, daß selbst von bürgerlicher Seite die gute Leitung unserer Presse anerkannt wird. Aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß durch die 70 politischen Organe der Partei, denen eine fast gleiche Zahl von Gewerkschaftsblättern zur Seite steht, eine große Zahl agitatorisch tätiger Genossen, und zwar mit die besten, tüchtigsten und fähigsten Genossen, absorbiert und dauernd der mündlichen Agitation entzogen werden. Unsere Genossen im Lande haben immer den dringendsten Wunsch, Reichstags- Abgeordnete als Referenten zu bekommen; wenn das nicht geht, geben sie sich ja auch mal mit einem Landtagsabgeordneten oder Stadtverordneten zufrieden. (Heiterkeit.) Immer aber wünschen sie, daß der Referent einen Zitel hat. Unsere Genossen sollten doch von dieser Geplagtheit lassen. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Reichstagsabgeordneten auch einen bürgerlichen Beruf haben, daß sie meist gezwungen sind, den Kampf ums Leben zu führen. Die Entschädigung, die sie von der Parteileitung erhalten, ist doch nur eine Entschädigung für die Unkosten, die ihnen während ihres Aufenthalts in Berlin erwachsen. In Preußen ist den Abgeordneten nahe gelegt, daß sie ihre Tätigkeit wesentlich erhöhen und eigne Initiative entfalten müßten, und es ist zu diesem Zweck eine planmäßige Einteilung der Arbeit vorgeschlagen. Wenn die Genossen, soweit sie Abgeordnete sind, allen Wünschen in legislativer Hinsicht nachkommen sollen, dann müssen sie sich ständig in Berlin aufhalten und können ihrem bürgerlichen Beruf nicht nachgehen. Dann erwächst aber auch der Partei die Pflicht, für ihren Unterhalt und den ihrer Familie aufzukommen. Ob die Partei dies will, soll jetzt nicht untersucht werden. Der Parteileitung sind jedenfalls die Hände gebunden, und es ist leichter Vorwürfe zu erheben, als es besser zu machen. In Mainz wurde gesagt, es seien immer dieselben „ollen Kamellen“, die der Vorstand zu seiner Entschuldigend geltend mache. Aber wenn immer dieselben besprochen kommen, müssen wir das Gleiche antworten. Der Vorstand hat es niemals an Initiative fehlen lassen, wenn aktuelle Fragen auftauchen. Natürlich bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, was aktuelle Fragen sind. Das haben wir gestern bei der Schulfrage gesehen. Der Vorstand hat sich darüber sehr eingehend und wiederholt unterhalten und ist zu der Meinung gekommen, daß im nächsten Jahre noch vollkommen Zeit zur Erörterung dieser Frage sei. Aber die Genossen sehen die Tätigkeit der Liberalen, sie fürchten, meine ich fast, die Konkurrenz derer um Raumann. So kleinliche Gesichtspunkte sollten nicht maßgebend sein. Die Partei ist jederzeit in der Lage, eine starke Agitation für eine bestimmte wichtige Frage zu entfalten. Soll freilich der Mißbrauch der Katholikentage, der auch auf unsern internationalen Kongressen vorkommt, bei uns eingeführt werden, daß man sich damit begnügt, eine Protestresolution zu beschließen, nachdem man eine Agitationsrede gegen das Treiben der Reaktion auf dem Gebiete der Schule angehört hat, bei uns eingeführt werden — nun, so müßte man sich darüber

verständigen. Aber ich meine, der Sozialdemokratie ist es würdig, wenn derartige Fragen auf die Tagesordnung kommen, sie nach gründlicher Vorbereitung gründlich zu erörtern. — Es wird der Parteileitung weiter vorgeworfen, daß sie bestimmte einzelne Materien hätte in Angriff nehmen müssen. Genosse Timm meinte in der „Neuen Zeit“, daß die Stenografische Finanzreform die Gelegenheit geboten haben würde, unsere programmatische Forderung auf Einführung progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern nachhaltig zu propagieren. Er hat auch noch andre Vorschläge gemacht in bezug auf den Achtstundentag usw. Ich glaube, es wäre besser, derartige Einzelfragen nicht heranzuziehen, um der Parteileitung Vorwürfe zu machen. Wir haben jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um solche Fragen zu propagieren. Ich erinnere an die Agitation bei den Zolltarif- Verhandlungen. Es wird gesagt, die Parteileitung hätte die damals hoch aufschäumende Bewegung in Fluß erhalten sollen. Ja, solche Bewegungen sind eben nicht dauernd auf der Höhe zu erhalten; sie nehmen nur in besonderen Zeiten einen allgemeinen Aufschwung. Das wird bei den Handelsvertrags- Verhandlungen wieder geschehen. Jetzt aber kennen wir deren Inhalt noch gar nicht. Wir können nur annehmen, daß die Zölle dabei jedenfalls auf ihre Rechnung kommen werden. Auf solche bloßen Vermutungen kann aber eine Partei wie die Sozialdemokratie nicht eine große Agitation gründen. Dazu müssen wir erst festen Boden unter den Füßen haben. Man hat uns weiter vorgeworfen, daß noch viel Gebiete vorhanden seien, die für die sozialdemokratische Bewegung noch nicht erschlossen sind. Diese Tatsache ist uns auch bekannt. Auf dem linken und rechten Rheinufer, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien haben wir noch viel Arbeit zu bewältigen. Wäher war dies nicht möglich. Zur Klärung dieser Tatsache habe ich bereits auf die Gewerkschaften hingewiesen. Ich hätte weiter die Krankenkassen und Konsumvereine nennen können, die alle eine große Zahl von Kräften vollständig in Anspruch nehmen, daß sie für die Agitation verloren gehen, weil sie sonst ihre geschäftlichen Arbeiten vernachlässigen würden. Finanziell sind wir ja in glücklicher Lage auch die noch uneröffneten Gebiete in die Agitation einzubeziehen. In dieser Beziehung wird die Parteileitung jederzeit auf dem Posten sein. Die Hauptschwierigkeit ist, daß wir nicht die geeigneten Kräfte haben. Oberschlesien hat uns sehr viel Kopfzerbrechen gemacht. Genosse Winter ist durch sein Leiden — das wir natürlich nicht kannten, sonst hätten wir ihn nicht so lange auf diesem Posten gelassen — arbeitsunfähig geworden. Jetzt haben wir dort den Genossen Strahns und es sind Ansätze vorhanden, um in Oberschlesien eine festgegliederte Organisation zu ermöglichen. Nicht so glücklich waren wir in Posen; wir müssen abwarten, ob die jetzt dort tätigen Genossen die richtigen Leute an der richtigen Stelle sind. Auch für andre Gegenden, für den Ober- und Niederrhein, ist seit mehreren Jahren die Anstellung von Parteisekretären gewünscht worden. Wir sind diesen Wünschen nicht nachgekommen, weil wir der Ansicht waren, daß, wenn überhaupt Parteisekretäre angestellt werden, andre Distrikte des Reiches eher berücksichtigt werden müßten. Wenn der Parteitag, wie ich annehme, die Anstellung von Parteisekretären beschließen wird, dann wird zu prüfen sein, inwieweit das Institut verwirklicht werden kann, um der Partei in bisher noch nicht erschlossenen Gebieten neue Anhänger zu gewinnen.

Weiter sind uns Vorwürfe gemacht worden, daß wir gegen den in der Luft liegenden Wahlrechtsraub, die Beschränkung oder Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten Stimmrechts für den Deutschen Reichstag, nicht entschieden genug die Initiative ergriffen hätten. Wir hätten rechtzeitig die Gefahr kennzeichnen und Mittel zur Abhilfe nennen müssen. Wie verschieden aber die Meinungen in der Partei sind, beweist die Tatsache, daß uns von andren Parteigenossen, auf deren Stimme wir gleichfalls Gewicht legen, nahegelegt worden ist, wir sollten nicht so oft mit dem Feuer spielen (Sehr richtig!)

es könne sich sonst das Sprichwort erfüllen: Wenn man den Teufel an die Wand malt, so kommt er. Jene Kreise, die damit umgehen, das Wahlrecht zu beschränken, könnten sich sagen: wir können machen was wir wollen, wir werden stigmatisiert als diejenigen, die das Wahlrecht beschränken wollen, also machen wir es. Bei drei Gelegenheiten hat der Parteivorstand die Frage trotzdem für aktuell gehalten, bei der sogenannten Giesebrechterei, dann als uns die Mitteilung wurde, daß die mechanischen Vorbereitungen für Neuwahlen getroffen wurden und drittens als die Konventionen der Konservativen und Nationalliberalen abgehalten wurden, darüber, wie man praktisch der Ausbreitung der Sozialdemokratie entgegenzutreten könne. Bei der zweiten Gelegenheit wurden innerhalb der maßgebenden Kreise Bedenken erhoben und nur die Darlegung der positiven Tatsachen ermöglichte es, daß schließlich beschlossen wurde, die Öffentlichkeit zu alarmieren. Also Sie sehen: In der Parteileitung sind sachliche Differenzen auch vorhanden, aber sie werden ausgetragen, ohne daß es zu persönlichen Differenzen kommt. Wenn jeder Genosse es ebenso macht, nur sachlich diskutiert und jede persönliche Anfeindung unterläßt, dann werden unsere Gegner nicht die Freude haben, über die Angriffe der Sozialdemokraten unter sich zu frohlocken. Die Parteileitung hat bei den verschiedensten Fragen die Initiative ergriffen, ich erinnere an den großen Kampf in Grimnitzschau. Da war es die Parteileitung, die Besprechungen mit den in Betracht kommenden Faktoren einleitete, und ich bin überzeugt, es wird heute niemanden geben, der mit der Führung und der Beendigung des Kampfes nicht einverstanden wäre. (Sehr wahr!) Mit den Führern der Gewerkschaften haben wir stets in gutem Einvernehmen gelebt. Wegen der Frage der Mafiseier haben wir versucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften und der Gewerkschaftskommission ein Einverständnis zu erzielen, es ist uns nicht voll gelungen, aber über die Art der Behandlung der Mafiseierfrage in Amsterdam haben wir uns doch verständigt. Wir werben uns hier auf dem Parteitage weiter damit und in Verbindung damit auch mit der Frage des Generalstreiks zu befassen haben. Gewünscht hätte ich allerdings, daß der Antrag, der sich auf den politischen Streik bezieht, die genügende Unterstützung gefunden hätte. (Sehr richtig!) Jedensfalls wird ja auch der politische Streik bei der Erörterung des Generalstreiks zur Sprache kommen. Dringend ist die Sache freilich nicht.

Ueber die Presse habe ich bereits gesprochen; ich habe nur noch eins nachzutragen. Seit 1896 wird auf allen Parteitagen der Wunsch laut, daß wir eine geeignete Jugendliteratur schaffen sollen. Auch diesem Parteitage liegen solche Anträge vor. Sie gehen von der Meinung aus: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, ein Spruch, der auf der Frauenkonferenz dahin erweitert worden ist: wer die Frau hat, hat die Zukunft, weil die Frau die Kinder zur Sozialdemokratie erzieht. Wir verkennen unsere Aufgabe in dieser Hinsicht nicht und wissen wohl, daß mehr geleistet werden könnte, als geleistet worden ist. Ich sage „könnte“: es handelt sich hier um keine leichte Aufgabe. In Dresden ist ein solcher Versuch gemacht worden; ich bin überzeugt, daß die „Hütte“ nicht wegen Mangel an materiellen Mitteln eingegangen ist. Wenn das der Hauptgrund gewesen wäre, dann würden sich die Herausgeber mit bestimmten Anträgen an die Genossen in Dresden und durch sie an die Parteileitung um Unterstützung gewandt haben, um so mehr, als ihnen bei früheren Gelegenheiten Aussicht auf eine solche Unterstützung unter Erfüllung bestimmter Vorbedingungen eröffnet worden ist. Aber derartige Wünsche bedürfen gründlicher Prüfung und gründlicher Vorbereitung. Wenn wir einmal den Stab von Genossen, der jetzt in der Presse, in Arbeitersekretariaten, in Krankenkassen, in Gewerkschaften, in den Konsumvereinen vorhanden ist, verdoppelt zur Verfügung haben, dann werden wir alle die Aufgaben, die wir erfüllen sollen, leicht erfüllen können. Auf die Angriffe der Sauröfisten, was wir denn mit

unsren drei Millionen machten, was für Laten wir aufzuzeigen hätten, hat Bebel in Amsterdam geantwortet, daß diese Leistungen erst kommen könnten, wenn wir die doppelte Anzahl Wähler hätten. Wenn dieser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, dann werden wir auch alle Kräfte zur Verfügung haben, um die Aufgaben, die jetzt schon von der Parteileitung verlangt werden, vollständig zu erfüllen. Die Stärke unserer Partei verhilft manchen Parteigenossen zu dem Glauben, die Partei-Entwicklung könne mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts marschieren. Nur ist es richtig, keine einzige Kulturbewegung hat ein so rapides Vorwärtsschreiten aufzuweisen als unsre Bewegung. Wir sind durch unsre Siege, durch das rapide Wachsen unsrer Macht so stolz geworden, daß wir der Meinung sind, wir könnten in der Zukunft nur noch mit Siegen rechnen, es handle sich nur darum, daß wir zum Sturmangriff schreiten um alles zu erobern. So liegen die Dinge in Wirklichkeit doch nicht. Auf allen Gebieten müssen wir mit dem Widerstand der Gegner rechnen, wir müssen unsre Kräfte genau abmessen und erwägen, ob sie ausreichend sind um Niederlagen zu verhüten. Eine richtige Taktik wird stets die Mittel genau abwägen und darauf aus sein, die vorhandenen Positionen zu behaupten und so zu befestigen, daß von ihnen aus neue Angriffe auf den Gegner erfolgen können. Aber verhilft muß werden, daß gewonnene Positionen wieder aufgegeben werden. Ein derartiger Rückschlag ist schwerer zu ertragen als ein Mißerfolg bei einem neuen Angriff. Wenn wir in diesem Sinne zusammenwirken, hoffe ich, daß wir auch in Zukunft Ersprießliches leisten und erreichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Gericht-Berlin erstattet den

Kassenbericht.

Der gedruckt vorgelegte Kassenabluß zeigt Ihnen, daß unsre Kassenverhältnisse im abgelautenen Jahre durchaus befriedigend waren. Es ist der beste Abluß, den die Parteikasse jemals erzielt hat (Bravo!) Nach Bestreitung aller Ausgaben bleibt eine so hohe Summe übrig als früher die Einnahmen überhaupt betragen haben. (Bravo!) Es wäre aber sehr falsch zu glauben, daß die Parteileitung in Verlegenheit wäre, was sie nur mit dem vielen Gelde anfangen solle. (Große Heiterkeit.) Mit dem Wachsthum der Einnahmen sind auch die Ansprüche gewachsen, ja geradezu lawinenartig angeschwollen. (Hört, hört!) Der gute Kassenabluß hat einen förmlichen Sturm auf die Parteikasse hervorgerufen. (Hört, hört und Heiterkeit.) In einer einzigen Sitzung haben der Parteileitung Anträge auf Bewilligungen von im ganzen 160 000 Mk. vorgelegen. (Große Heiterkeit; Ruf: Nicht zu wenig!) Die Sorge, was wir mit dem vielen Gelde anfangen sollen, ist also durchaus nicht vorhanden. (Heiterkeit.) Wir sind entschlossen, die schwachen Punkte unsrer Stellung in der nächsten Zeit sehr zu verstärken, und das wird große Ausgaben erfordern. Daß eine große Anzahl von Wahlkreisen gar nicht in der Tabelle vorhanden sind, daß andre sich mit einer gewissen Anstandssumme abfinden, die durchaus nicht dem entspricht, was sie leisten können, das sind alte Klagen, mit denen wir uns schon oft befaßt haben, und worüber wir uns bei der Behandlung der Organisationsfrage näher unterhalten werden. Es muß aber bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß die Leistungen der Kreise in den Zahlen unsres Kassenabslusses nicht ganz zum Ausdruck kommen. Magdeburg z. B., das nach der tabellarischen Uebersicht 3800 Mk. an die Parteikasse abgeführt hat, leistet noch viel für die allgemeine Agitation in der Provinz Sachsen. Vielleicht gestatten Sie mir, eine persönliche Bitte vorzutragen, die mir schon bei verschiedenen Parteitagen auf der Spitze geschwebt hat. Verschiedene Genossen wünschen, daß ihre Beiträge unter einem Motto quittiert werden, das vielleicht in einem kleinen gefälligen Kreise angebracht ist, das sich aber geschmacklos ausnimmt, wenn es an erster Stelle in der Dichtung im „Vorwärts“ steht. Et Beispiel: Ein Verein, der offenbar den Humor pflegt, überwiebs die Eintritts-

gelber der neuen Mitglieder der Parteikasse, er wählte aber hierzu das Motto: Ferkelgeld des Schweinegellubs. (Große Heiterkeit.) Das geht doch nicht; ich als Kassierer muß mich in solchen Fällen mit den Abendern in Verbindung setzen und sie höflichst ersuchen, das Motto zu ändern. Wir haben aber doch wichtigere Dinge zu tun, als solche überflüssige und unnötige Arbeit zu verrichten.

So günstig trotz mancher Ausstellungen der Klassenabstufung gewesen ist, ebenso günstig war die Entwicklung und der Stand der Parteipresse im vergangenen Jahre. Bei den Reichstagswahlen wird ja infolge der Aufrüttelung der Massen unsern Parteizeitungen immer ein größerer Abonnentenstand zugeführt. Erfahrungsgemäß ist aber nur immer ein gewisser Prozentsatz davon festzuhalten, und es wäre kein Wunder, wenn auch in diesem Jahre die gleiche Erscheinung zu Tage getreten wäre. Ganz ohne Verluste ist es allerdings nicht abgegangen, aber immerhin hat unsere Presse sehr gut abgemittelt. 15 Blätter haben insgesamt 8008 Abonnenten verloren, aber in fast allen Fällen tragen bestimmte örtliche Vorgänge die Schuld daran, wie große Arbeiteraussperrungen und dergleichen. Der Verlust an Abonnenten wird nur ein vorübergehender sein. Dagegen haben 39 Blätter einen Zuwachs von 47 380 Abonnenten aufzuweisen. Insgesamt zählt unsere Presse gegenwärtig nach den Berichten, die diesmal so vollständig eingingen wie noch nie zuvor, 620 282 zahlende Abonnenten.

Sollte der Antrag 9 angenommen werden, so möchte ich die Genossen bitten, uns auch das notwendige statistische Material zu liefern, denn sonst würde durch den Antrag gar nichts erreicht sein. Es hat in den verflochtenen Jahren große Mühe gekostet nur über die Presse die nötigen Mitteilungen zu erhalten, einigemal konnte eine vollständige Aufstellung überhaupt nicht gegeben werden und auch in diesem Jahre habe ich eine größere Anzahl von Parteigeschäften zweimal, einige sogar dreimal bitten müssen, ehe ich das Gewünschte erhielt. Die Gesamteinnahmen aus Abonnements haben im abgelaufenen Jahre bei unserer Presse 3 825 427 Mk. betragen. Im Durchschnitt kommt auf jeden Abonnenten ein Nettobetrag von 6 1/2 Mark pro Jahr, also 52 Pfennige pro Monat. Die Einnahmen aus den Inseraten beziffern sich auf 2 253 538 Mk.; diese Einnahme legt Zeugnis davon ab, welche Stellung unsere Presse im öffentlichen Leben einnimmt. Eine der erfreulichsten Erscheinungen bei dem Wachstum unserer Presse ist die starke Zunahme der Abonnenten der „Gleichheit“. Die zähe, aufopferungsvolle Arbeit unserer in erster Linie kämpfenden Genossen, die gewiß mancher von uns mit Bewunderung verfolgt hat, findet endlich den wohlverdienten Erfolg. (Beifall.) Einzelnen unserer Organe sieht man es freilich schon äußerlich an, daß sie immer noch Wundenbündel geblieben sind, sie haben an dem rapiden Aufschwung nicht teilgenommen.

Hier muß energisch eingegriffen werden. Es haben bereits eingehende Erwägungen darüber stattgefunden, wie den in der Entwicklung zurückgebliebenen Blättern nachgeholfen werden kann. Namentlich im Königreich Sachsen steht in einer Reihe von Kreisen die Leserschaft in schreiendem Mißverhältnis zu der Zahl der für uns abgegebenen Stimmen.

Eine lange Erfahrung hat uns gelehrt, daß wir unsern Bestzustand erst dann als einigermaßen befestigt und gesichert ansehen können, wenn die Zahl der Abonnenten unserer Presse den dritten Teil der abgegebenen Stimmen beträgt. Die bei den letzten Wahlen für uns abgegebenen Stimmen betragen drei Millionen. Wenn die Abonnentenzahl unserer Blätter ein Drittel dieser Summe betragen soll, so muß sie noch um 380 000 gesteigert werden. Wir haben also noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten und hoffen, daß die von uns geplanten Maßnahmen erfolgreich sein werden.

Unter den Anträgen befinden sich einige, die sofort erfüllt werden können. Dazu gehören die Anträge 33 und 35. Eine weitere Reihe von Anträgen enthalten wertvolle Anregungen, so die Anträge 32, 36, 37, 39 und 108. Dagegen

sind die Anträge 28 und 29, die Jugendliteratur betreffend, schwerer zu erledigen, weil eine solche Literatur nicht einfach durch einen Beschluß geschaffen werden kann. Für verfehlt, ja geradezu für verderblich, halte ich dagegen den Antrag 105, der bekanntlich will, daß die Partei unter den Arbeitern, die zur Arme einberufen werden sollen, eine besondere Agitation entfalte. Es ist doch nur zweierlei möglich: Entweder diese jungen Arbeiter haben bereits an dem geistigen Leben der Nation und besonders ihrer Klasse mit Nutzen teilgenommen, indem sie unsere Zeitungen und Bücher gelesen, unsere Versammlungen besucht haben, dann wissen sie, wohin sie gehören. Ist das nicht der Fall, dann kann das vor dem Eintritt in das Heer durch Broschüren nicht nachgeholt werden. Wir würden dadurch den jungen Leuten das Leben beim Militär außerordentlich erschweren. Ich rate Ihnen deshalb, alle diese Anträge im großen und ganzen dem Vorstande zu überweisen. (Beibel ruft: 105 ablehnen!) Jawohl: mit Ausnahme des Antrages 105, den wir abzulehnen bitten.

Pfaundtuch-Vorstand gibt einen Nachtrag zu seinem Bericht. Der Vorstand hat die Gewohnheit, Fragen, die eine größere finanzielle Tragweite haben, gemeinsam mit der Kontrollkommission zu erledigen, nicht, weil er die Verantwortung scheute, sondern um Reibungen mit der Kontrollkommission zu vermeiden. In einer dieser gemeinschaftlichen Sitzungen haben wir die Frage der Parteisekretäre erörtert und beschlossen, Ihnen folgende Vorschläge zu machen: Es möge der Parteileitung anheimgegeben werden, die Bedürfnisfrage zu entscheiden. Wird diese Frage bejaht, so sollen die Bezüge des Vorschlagsrecht für die Person des zu ernennenden Sekretärs haben. Der Vorstand soll aber an diese Vorschläge nicht gebunden sein, sondern das Recht haben, unter Umständen einen andern zu bestimmen. Als Anfangsgehalt schlagen wir 2000 M. vor. Selbstverständlich sind darin Speesen, Reisekosten u. dergl. nicht eingegriffen. Das Anfangsgehalt soll von drei zu drei Jahren um je 200 M. steigen. Ein Maximalgehalt wollen wir vorläufig nicht feststellen. Wir können vorläufig die Entwicklung abwarten und dann die Maximalgrenze zu bestimmen der Beschlußfassung späterer Parteitage überlassen.

Beibel hat gestern bereits bedauert, daß Singer und Auer durch Krankheit ferngehalten sind. Von Singer kann ich sagen, daß sein bitterster Schmerz der ist, krank zu sein, ohne Schmerzen zu haben. Auer, den ich am vorigen Sonntag besucht habe, hat auf mich den erfreulichsten Eindruck gemacht, daß ich ihn seit zwei Jahren körperlich und geistig nicht so munter gesehen habe wie diesmal. Wir können also hoffen, daß er recht bald seine Krankheit überwinden wird. Nichtsdestoweniger mußten wir uns in diesem Frühjahr nach einer vorläufigen Arbeitskraft umsehen. Der wachsende Umfang unserer Arbeiten machte das notwendig. Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache. Die Zahl der Eingänge an Briefen usw. betrug 3400, die der Ausgänge 5400, worunter die Massensendungen nicht eingegriffen sind. Wir stellten also den Genossen Mollenbühr ein und können heute sagen, daß wir in ihm vollständig das gefunden haben, was wir suchten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, unbeschadet des Eintritts des Kollegen Auer den Genossen Mollenbühr zur Vervollständigung des Bureaus in den Vorstand zu wählen. Dann wird das Bureau, glaube ich, den Ansprüchen gerecht werden können, denen von den Genossen Ausdruck gegeben worden ist.

Eben wird mir ein Zettel übergeben, in dem ich aufgefordert werde, die Stellung des Vorstandes zur Alkoholfrage mitzuteilen. (Unruhe und Ho-Hu-Se.) Das kann ich nicht, weil dazu erst eine Erörterung der Frage im Vorstand stattfinden müßte. (Ruf: Beim Biere! Heiterkeit.) Das aber glaube ich aussprechen zu dürfen: Die Alkoholfrage ist eine so brennende Frage nicht, daß sie unbedingt jetzt oder auch im nächsten Jahre auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden müßte. Wir können uns über die Frage weiter in Versamm-

lungen und in der Presse unterhalten. Ob sie mal eine Parteifrage werden wird, will ich nicht erörtern, ich wünsche es aber nicht.

Weißer-Hannover erstattet den Bericht der Kontrollleure: Leider kann ich mich diesmal nicht so kurz fassen, wie in den letzten Jahren. Bei der letzten Kontrolle über die Geschäftsführung des Vorstandes und der Partei-Unternehmungen hatten wir keine Ursache zu irgend welchem Monitum. Es war alles in bester Ordnung. Dagegen ist die Zahl der an uns gelangten Beschwerden größer als in den letzten Jahren. Schon in Dresden beschäftigte uns die unheimliche Angelegenheit Emmel. Wir konnten damals ein abschließendes Urteil nicht fällen, sondern hielten ein Schiedsgerichtsverfahren für nötig. Das Schiedsgericht fand statt und erklärte, daß zur Klärung der Angelegenheit eine gerichtliche Klage Emmels gegen Weßbecher wegen Verleumdung erfolgen müsse. Da die Verleumdungen verjährbar waren, wiederholte Weßbecher seine Beschuldigungen und das Gericht hat dann in zwei Instanzen zuungunsten Emmels entschieden. Die Kontrollkommission beschloß daraufhin, das Urteil der letzten Instanz abzuwarten und zunächst die Genossen in Mühlhausen nur aufzufordern, Emmel bis zur Entscheidung der Sache von allen Ehrenämtern zu entbinden. Leider haben die Mühlhäuser Genossen dieser Aufforderung nicht entsprochen; sie haben uns absichtlich eine Wadpfeife verjagt, indem sie in derselben Versammlung, in der sie über unsern Beschluß verhandelten, die Kandidatur Emmels für den Landesauschuß aufstellten. Dem gegenüber habe ich im Namen der Kontrollkommission folgende Erklärung zu verlesen:

„Ein Teil des Beschlusses der Kontrollkommission in Sachen der Mühlhäuser Parteigenossen bestand darin, die Parteigenossen in Mühlhausen aufzufordern, bis zur Erledigung des Verleumdungsprozesses Emmel mit Vertrauensposten nicht zu betrauen. Dieser Beschluß wurde nach eingehender Verhandlung des Sachverhalts gefaßt, mit dem die Kontrollkommission sich selber bereits wiederholt zu beschäftigen Gelegenheit nehmen mußte. Er war der mildeste Ausdruck der Konsequenzen, welche sich nach dem einstimmigen Urteil der Kontrollkommission aus dem vorliegenden Tatsachenbestand ergaben. Die Mühlhäuser Genossen im Wahlverein haben es für gut befunden, sich über diesen Teil der Entscheidung der Kommission hinwegzusetzen. Bei Kenntnisnahme der Entscheidung erklärten dieselben, der Aufforderung nicht nachzukommen, da kein Grund vorliegt, Emmel auf die bloße Anschuldigung Weßbechers hin das Vertrauen zu entziehen. Der Wahlverein beschloß die Kandidatur Emmels für den Landesauschuß aufzustellen. Die Kontrollkommission erblickt in diesem Verhalten einen schweren Verstoß gegen die parteigenössliche Disziplin, einen Verstoß, welcher die schärfste Rüge herausfordert. Der Arbeiter-Wahlverein in Mühlhausen hatte in der Sache gar nichts mit Weßbecher und seinen Anschuldigungen zu tun, wohl aber mit den Beschlüssen einer Partei-Instanz, welche vom Parteitag laut Organisationsstatut berufen ist, in schwebenden Angelegenheiten zu entscheiden. Die Kontrollkommission hatte diese ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt; die sachliche Grundlage ihrer Beschlüsse bildeten denn auch keineswegs nur Weßbechers Anschuldigungen, sondern noch ein reiches Tatsachenmaterial. Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, auf die höchst bedenklichen Konsequenzen hinzuweisen, die unvermeidlich sind, wenn derartige unverantwortliche Disziplinverletzungen von Parteigenossen ungerügt hingehen. Sie ersucht den Parteitag, daß derselbe mit ihr übereinstimme in der schärfsten Verurteilung dieses Vergehens. Diese Verurteilung trifft sowohl die Mitglieder des Mühlhäuser Wahlvereins wie den Genossen Emmel, der durch die Annahme des Mandats in der gekennzeichneten Situation den Disziplinbruch unterstützte.“

Ich bemerke noch einmal, daß die Kontrollkommission von ihrer Aufforderung an die Mühlhäuser Genossen von weiteren Beschlüssen gegen Emmel nur abgesehen hat, weil sie das definitive Urteil abwarten wollte.

In Düsseldorf haben wir schon seit langen Jahren Verhältnisse, die man eigentlich für undenkbar halten sollte. Es sind dort zwei vollständige Parteien innerhalb der Partei. Das Resultat der Streitigkeiten war ein Schiedsgericht, in dem Gericht den Vorsitz führte. Leider traten innerhalb der Verhandlung Zustände zu tage, die es Gericht wünschenswert ersähen ließen, das Schiedsgericht aufzulösen, um nicht weiteres Material zu einer Demagogation zu liefern. Zu der neuen schiedsgerichtlichen Verhandlung wurden Aonere und ich als Vertreter der Kommission als Zuhörer zugezogen. Es kamen Zustände zum Vorschein, wie ich sie in meiner langen Parteizugehörigkeit noch nirgends gefunden habe, und auch heute noch ist es damit nicht besser. Das können Sie aus den heute verteilten Flugblättern ersehen, wenn Sie Ihre Zeit damit Wegschmeißen wollen, sie zu lesen. Das Resultat der Verhandlung war, daß beide Parteien Rügen erhielten und daß gegen einen Genossen eine besonders scharfe Rüge beschlossen wurde. Zum Ausschluß dieses Genossen hatte man wohl Lust, aber nicht die Courage. (Hört, hört!) Das Urteil, das über diesen Genossen gefällt wurde, war eigentlich noch schärfer als ein Ausschluß, aber man sagte sich: Man kann die Spitze des Ausschusses umgehen, wenn man den Menschen für verrückt erklärt. (Geisterzeit.) Als die Sache dann an die Kontrollleure kam, haben wir sie eingehend geprüft. Im allgemeinen schlossen wir uns dem Urteil des Schiedsgerichts an, aber Windhoff wurde ausgeschlossen, weil wir uns sagten, daß er sich sehr wohl dessen bewußt gewesen sein müsse, was er tat. Sie finden die Begründung auf S. 26 des Vorstandsbereichs (S. 34 des Protokolls).

In der letzten Zeit ist in Viefelfeld ein Schiedsgericht zusammengetreten, das einen der ältesten dortigen Genossen, den Genossen Schwedendiek aus der Partei ausschloß. Es wurde ein Schiedsgericht beim Vorstand beantragt und dies fand unter dem Vorsitz von Lorberg statt.

Es betrifft gerade diese Sache nach Ansicht der Kontrollkommission eine Angelegenheit von großem Interesse. Es handelt sich um den 63 Jahre alten Genossen Schwedendiek, einen der ältesten Genossen in Viefelfeld, der bis heute sich als einer der bravsten Genossen betätigt, schwere persönliche Opfer in den ganzen Jahren gebracht und in den schwersten Zeiten zur Partei gestanden hat. Ein von beiden Seiten berufenes Schiedsgericht hat am 25. Juli einstimmig beschlossen: Der Beschluß des Wahlvereins in Viefelfeld ist aufzuheben und Genosse Schwedendiek auch ferner als Genosse zu betrachten. Ich habe Ihnen in dieser Sache folgende Erklärung der Kontrollleure vorzutragen: „Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Aussperrungen durch ein entzündendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen. Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenzeit bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil der der Berufsgenossenschaft zugehörige Parteigenosse in verjudelter Weise es unterläßt, in dem politischen Massenkampf und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen. Es besteht unter der klassenbewußt kämpfenden Arbeiterjahrgang keine Meinungsverschiedenheit darüber und auch bei der Kontrollkommission ist kein Zweifel darüber gewesen, daß bei der Notwendigkeit mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen einer Abwendung der unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Verurteilung des Deliktes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe der moralischen Verurteilung eines bisherigen Parteigenossen, der nach allen Seiten seine Schuldigkeit getan hat, ausspricht. In der Viefelfelder Streitsache bestreitet

keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer richtete und demgemäß lautete die Kampfsparole. Der Meister des Genossen Schwedenbiel steht diesem Prinzipalsring fern, es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der befehleten Gemeinschaft nicht behauptet werden, auch hatte er dem Genossen erklärt, daß er bereit sei, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen, wenn man nur zu ihm komme. Er steht mit seinem Arbeitgeber in freundschaftlichem Verhältnis. Als wesentlich fest, daß sein Gehalt in jenem Stadium des Kampfes, als Schwedenbiel fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen sollte, die durch Arbeitsniederlegung zur Nachgiebigkeit gebracht werden sollten. Es liegt hier ein Fehler in der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten Methode. Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schwedenbiels über seine Stellung in diesem Streik in dieser Tatsache begründet ist, abgesehen davon, daß Schwedenbiel für Verlässlichkeit seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrachten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikpraxis berufen konnte. Zweifelloß wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenchaft schädigend auf den Streik ein. Es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder bezweifelt werden, daß bei Schwedenbiel das Bewußtsein für sein Unrecht vorhanden war. Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld Schwedenbiels nicht für erbracht und bestätigt das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts; sie ist bei objektiver Würdigung aller Momente der Ansicht, daß es der Streikkommission möglich gewesen wäre, den Fall Schwedenbiel mit etwas mehr Geschick im geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterschaft beizulegen.

Die gegen die Kontrollkommission hat sich namentlich durch das hohe Alter des betreffenden Genossen veranlaßt gefühlt, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten. Bislang ist in allen Gewerkschaften die Praxis geübt worden — ich habe das selbst von leitenden Personen des Maurerverbandes gehört —, daß man so alte Personen der Streiks ruhig weiterarbeiten läßt, denn wenn sie arbeitslos werden, finden sie sehr schwer oder oft gar nicht wieder eine neue Stellung. Die Gewerkschaften sind bislang froh gewesen, wenn es möglich war, in einem solchen Falle den Betreffenden ruhig weiter arbeiten zu lassen, weil sie sich sagten: er kann den Kohl doch nicht fett machen und wir sind einer ganz gewaltigen Verantwortung ledig. Die Kontrollkommission hat daher einstimmig den Protest des Wahlvereins Dielefeld auf Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils abgelehnt.

Weiter beschwerten sich aus Lörrach in Baden die Genossen Marquardt, Bauer und Fröhling gegen den Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei wegen Veranftaltung eines Schiedsgerichts gemäß § 2, Abs. 2 unseres Organisationsstatuts. Dieses Schiedsgericht, welches am 13. März dieses Jahres in Lörrach stattfand und sich mit dem Ausschluß der Beschwerdeführer befahte, ist nach Ansicht der Beschwerdeführer gegen die Bestimmungen unseres Statuts zusammengeleitet gewesen.

Die Kontrollkommission erklärte die Beschwerde für berechtigt und sprach die Wichtigkeit jenes Schiedsgerichtsurteils aus. Mit Rücksicht auf die inzwischen in Lörrach eingetretenen Zustände glaubt die Kontrollkommission, den Lörracher Genossen eine Verständigung empfehlen zu dürfen. Die Einberufung des Schiedsgerichts war in der Tat nicht den Bestimmungen unseres Statuts entsprechend. Der Parteivorstand war gar nicht gefragt worden, wie es das Statut verlangt. Man hatte in Lörrach geglaubt, den häßlichen Zwist beilegen zu können, auch ohne die großen Partei-Instanzen anzurufen; das wird bestätigt durch ein Schreiben des Genossen Pfeiffle, in dem zugegeben wird, daß das betreffende Schiedsgericht eine Entscheidung im Sinne des § 2 Absatz 2 unseres Organisations-

statuts nicht treffen wollte. Man habe aber geglaubt, den lokalen Streit auch auf einen lokalen Herd beschränken zu können. Der Genosse Pfeiffle bittet, diesen Sachverhalt den Genossen zur Kenntnis zu bringen. Der Landesvorstand konnte daher den Ausschluß aus der Partei nicht aussprechen. Da dieser Irrtum dem Landesvorstand untergelaufen war, mußte die Entscheidung der Kontrollkommission so wie mitgeteilt ausfallen.

Weiter beschäftigte sich die Kontrollkommission mit dem Fall des Genossen Max Oppenheim in Bockenheim bei Frankfurt a. M. Dieser wandte sich an uns mit dem Ersuchen, eine Modifikation des Urteils des Parteischiedsgerichts vom 7. September d. J. in seiner Angelegenheit vorzunehmen. Die von Oppenheim zu den Akten des Parteiarchivs gegebene Erklärung war für die Kontrollkommission genügend, um seine Angelegenheit als damit erledigt zu betrachten. Weiter hat sich Frau Gubela-Berlin beschwerend gegen die Vertrauensleute an die Kontrollkommission gewandt, weil sie durch den Beschluß der Vertrauensleute in ihrer Tätigkeit beschränkt sei; sie ersucht die Kontrollkommission um Aufhebung des Beschlusses. Die Kontrollkommission war aber der Meinung, daß ihre Kompetenz nicht so weit gehe. Aus der Partei ist Frau Gubela nicht ausgeschlossen, ob die Berliner aber ihre weitere Tätigkeit als wünschenswert erachten, das muß ihnen selbst überlassen werden. Frau Gubela ist schriftlich dahin beschieden worden. Einem Gesuch von Marek in Jarze um Zuweisung einer Unterfüllung aus der Parteikasse konnte die Kontrollkommission nicht zustimmen. Der Parteivorstand hat den Genossen wiederholt und reichlich unterstützt, allerdings ist auch jetzt noch Not vorhanden, aber wir können es nicht verantworten, wenn der Genosse fortlaufend unterstützt wird. Der letzte Fall, der uns beschäftigte, betrifft den Fall des Genossen Geß kontra habsichen Landesvorstand. Er hat seine Erledigung gefunden, ohne daß die Kontrollkommission gesprochen hat. Wir haben nur den Wunsch, daß beide Teile jetzt befriedigt sein mögen und hoffen, daß dann in dem gemüthlichen Ländle bessere und gemüthliche Verhältnisse Platz greifen werden.

Das ist mein Bericht. Ich habe schließlich noch im Namen der Kontrollkommission zu beantragen, daß Sie dem gesamten Parteivorstand für seine Tätigkeit Decharge erteilen mögen. (Bravo!)

Gerisch nimmt zur Ergänzung seines Berichts nochmals das Wort: Genosse Meister hat das in Düsseldorf tätig gewesene Schiedsgericht kritisiert, und zwar in der ihm eignen drastischen Weise, die ich ihm persönlich nicht im geringsten übel nehme. Aber als Vorsitzender des Schiedsgerichts fühle ich mich doch verpflichtet, das Gericht in Schutz zu nehmen. Genosse Meister sagte, das Gericht habe nicht die Courage gehabt, Windhoff auszuscheiden. Das trifft nicht zu. Das Schiedsgericht ging davon aus, daß unter den in Düsseldorf obwaltenden Verhältnissen ein Urteil, das irgend welchen Wert haben sollte, e i n s t i m m i g gefaßt sein müßte und daß ein mit einer Mehrheit von 4 gegen 3 Stimmen gefaßter Beschluß für Düsseldorf absolut wertlos sei. Dazu kommt, daß der als Hauptschuldiger erklärte Genosse Windhoff jahrelang unser fleißigster und tüchtigster Genosse in Düsseldorf gewesen ist. Das war ein überaus großer Milderungsgrund. Wer übrigens den Genossen Windhoff aus früheren Parteitagen kennt, wird den Eindruck gewonnen haben, daß er im höchsten Grade fanatisch und rechthaberisch ist. Sein Glaube, stets allein Recht zu haben und von einer gefaßten Meinung allen Einwirkungen gegenüber nie abzugeben, ist geradezu krankhaft. Das Schiedsgericht, das einstimmig sein Urteil abgegeben hat, bestand aus lauter alten Genossen, die schon den Mut gefunden hätten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sie den Ausschluß Windhoffs für nötig gehalten hätten. Aber wir haben uns gesagt, wie wir in der bürgerlichen Strafrechtspflege gegen die Todesstrafe sind, so wollen wir es auch Windhoff

gegenüber noch einmal versuchen. Auch mit dem Ausschluß eines Genossen ist durchaus noch nicht alles erledigt, das beweisen die Dinge, wie sie jetzt in Düsseldorf weiter gehen.

Also aus gründlichster Kenntnis der Verhältnisse heraus ist das Schiedsgericht dazu gekommen, zwar mit äußerster Schärfe zu verurteilen, aber den Ausschluß nicht anzusprechen.

Der Vorsitzende Dietz schlägt vor, die Diskussion nach folgenden Punkten zu ordnen: 1. Agitation. 2. Presse. 3. Tagesordnung des nächsten Parteitags. (Zustimmung.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Becker-Dortmund: Am Vorstandsbericht habe ich nichts auszusagen. Ich will nur die Verhältnisse im Ruhrgebiete besprechen. Seit die Reichstagswahlen vorüber sind, hat die Agitation in einem Teile Westfalens fast vollständig brach gelegen. Viele fähige Kräfte werden durch die Bergarbeiterbewegung absorbiert. Haben wir einen tüchtigen Genossen ausgebildet, so kommt der Bergarbeiterverband und nimmt ihn uns weg. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, einen besoldeten Agitator für das westliche Westfalen anzustellen. Unser Kampf gegen das blaue und schwarze Pfaffenium ist schwer, besonders gegen die katholische Kirche mit ihren zahllosen Organisationen. Ihnen haben wir nichts Nebenliches entgegenzusetzen. Und doch handelt es sich hier um ein weites und außerordentlich günstiges Gebiet. Wir können im Sauerland Wurzel fassen, wir können in den Zusangischen Wahlkreis eindringen. So viel Arbeiter sind dort vorhanden, die nach Aufklärung verlangen. Wir können sie ihnen nicht geben, weil Zeit und Personen fehlen. Wenn der Parteitag uns entgegenkommt können wir einen ausrichtsvollen Weg beschreiten.

Noch etwas habe ich über die Presse zu sagen: Man hat mit Recht in den höchsten Tönen das Lob der Presse gesungen. Aber es haben sich mit der Entwicklung auch gewisse Mißstände herausgestellt. Vor allem eine gewisse Uniformität. Ich habe in meiner Mappe zwei Duzend Blätter, die an ein und demselben Tage ein und denselben Leitartikel gebracht haben. (Heiterkeit. Auf: Wam und was war es?) Es handelte sich um die Laßallefeier. Da sollte man doch meinen, daß jedes Blatt etwas Gutes und Selbständiges von eignen Gesichtspunkten zu sagen hätte. Und da wird bei einer solchen Gelegenheit ein und derselbe Artikel aus ein und derselben Fabrik bezogen. (Auf: War er denn gut?) Selbstverständlich war er gut. (Große Heiterkeit. Auf: Das ist doch die Hauptsache!) Nein, darauf kommt es hier nicht an. Wir werfen ja immer der Amtsblattpresse vor, daß sie aus einer Quelle gespeist wird. Auch der Dresdener Antrag, der allerdings nicht die nötige Unterstützung gefunden hat, macht auf einen schweren Mißstand aufmerksam. Es muß einmal gründlich gerügt werden, daß Redakteure für andere Blätter schreiben, für das eigene Blatt aber nichts tun und lieber Mitarbeiter bezahlen.

Schulz-Posen: Zu dem Bericht des Vorstandes haben wir Posener ja schon unsern Denkartel weggenommen. Es ist für mich gerade nicht angenehm, das rückständigste Gebiet des Deutschen Reiches hier vertreten zu müssen. Leider glauben verschiedene Genossen, sich dadurch Vorbeeren erwerben zu können, wenn sie sich in unsere örtlichen Verhältnisse einmischen. Dadurch erhält der Streit immer neue Nahrung. Wir verlangen jetzt, daß die polnischen Genossen, anstatt Radbau zu machen und das große Wort zu führen, gemeinsam mit uns arbeiten. Bis heute ist leider eine gemeinsame Agitation noch nicht möglich. Würden nicht von außen Töne hineingeworfen, die den einen oder den anderen den Kamm schwellen lassen, so wären die Genossen beider Nüchternungen schon viel weiter. Sehr schwer haben wir unter dem Lokalmangel zu leiden. Die Wirte in Posen, die uns ihre Lokale geben, werden ausgeborgert, die Taugeläubnis wird ihnen entzogen, sie werden auf Polizeistunde gesetzt, während Kneipen mit Damen-

Hebienung die halbe Nacht offen haben. Der Wirt, der unser neu eingerichtetes Lokal inne hat, muß um zehn Uhr schließen, vermutlich, damit die Arbeiter sich auschlafen können, um am nächsten Tage wieder für den Kapitalismus kämpfen zu können. (Sehr gut.) Trotzdem lassen wir uns nicht beirren. Bis zum 1. Oktober 1906 haben wir uns kontraktlich ein Lokal gesichert und nachher wird der liebe Herrgott schon weiter helfen. Unsere Mitgliederzahl ist zwar jetzt noch klein, aber sie ist in ständigem Wachsen begriffen, und auf die Mitglieder, die wir haben, können wir uns verlassen. Die Organisations- und Agitationsarbeit ist sehr schwer, denn Posen ist das Land der laßlichen Armut. Von 120 000 Einwohnern wohnen in Posen 24 000 in Wohnungen von einem Zimmer, in denen mehr als 6 Personen leben. Die Kinderarbeit ist dort sehr verbreitet; dazu kommt das Unfruchtbarwerden des Schnapskonsums in Posen. Unter diesen Umständen ist es natürlich nicht leicht, die Arbeiter aufzuklären. Kein Wunder, daß Posen die höchsten Kriminalitätsziffern aufweist! Die schwarze Garde sucht die Arbeiter zu verdammen, die Arbeitgeber zahlen schamlose Löhne, die Stadt selbst verfällt der größten Armut, da die Reichsen aus Posen fortziehen. Wir haben jetzt die 15 Wahlkreise der Provinz Posen in drei Teile geteilt, um die Organisation besser betreiben zu können. Die Genossen, namentlich die von Schönlanke, richten an den Parteitag die Bitte, daß ihnen genügendes Material zur Verfügung gestellt wird, damit sie in der Lage sind, die Arbeiter aus ihrer Stupidität aufzuraffen. Die Presse genügt uns in Posen nicht, wir können mit unrem Breslauer Organ nicht vorwärts. Namentlich, seitdem es keine Unterstützung mehr vom Parteivorstand bekommt, macht es uns mehr Schwierigkeiten als es uns helfen kann. Ich bin dem Parteivorstand dankbar, daß er uns auch in Zukunft unterstützen will. Unberechtigte Förderungen werden wir nicht stellen. Leider hat man Posen früher zu viel bewilligt, weil einzelne Personen es verstanden haben, dem Parteivorstand schöne Bilder vorzugaukeln. Das hat dazu beigetragen, daß die Lodderwirtschaft in Posen zunahm. Wir werden tüchtig weiter arbeiten und hoffen, mit Unterstützung des Parteivorstandes und der übrigen Genossen in Deutschland Fortschritte zu machen.

Allenbaum-Elberfeld: Der Vorschlag des Vorstandes auf Anstellung von Parteisekretären macht unsern Antrag überflüssig. Wir freuen uns, daß kein Widerstand gegen diesen Gedanken jetzt gebrochen ist. Bedenklich erscheint es mir, schon jetzt eine Gehaltskala für die Parteisekretäre festzustellen. Das kann dem einzelnen Landesteiler überlassen bleiben. Pfamund meint, wir sollen nicht immer bekannte Reichstagsabgeordnete als Redner verlangen. Aber wenn wir die indifferenten Massen auffütteln wollen, müssen wir Redner haben, deren Namen einen guten Klang besitzen. Unsere Fraktion ist doch jetzt 80 Mann stark geworden. Da muß es leichter als früher sein, Abgeordnete als Redner zu schicken, oder es muß etwas faul im Staate Dänemark sein. Man freut sich ja, wenn man auf den Parteitagen die alten Kämpfer in voller Frische wiederbesieht. Da sollte man meinen, sie sollten auch ein paar Wochen für die allgemeine Agitation übrig haben. Das muß sich bei irgendwie gutem Willen ermöglichen lassen. Jedenfalls sollte der Vorstand etwas Feuer dahinter machen. Unser niederrheinischer Agitationsbezirk hatte jetzt den Genossen Haubert zu einer Agitationsstour, für deren zweiten Teil nicht weniger als 33 Versammlungen geplant waren, festgemacht. Sie ergeben daraus, welches Bedürfnis vorhanden ist. Mittlerweile kommt die Nachricht, daß Haubert nicht kommen könne, weil er inzwischen einen Redakteurposten in der Erfurter „Tribüne“ übernommen hat. Als Ersatz wird Genosse Hoffmann geschickt, den wir ja akzeptieren.

Es ist ja sehr schön, daß von den Partei-Unternehmungen Ueberflüsse erzielt werden; aber ich halte es für verkehrt, daß die Partei-Verhandlungen hohe Ueberflüsse abwerfen. So hat die Wortwärts-Buchhandlung einen Ueberflus von 35 000 Mk. erzielt. Man sollte mehr Wert auf die Ausgabe von

billigen Agitationsbrotschüren legen. Sie scheint sich aber ein Muster an der Münchener Partei-Buchhandlung zu nehmen, indem sie den Preis für Agitationsbrotschüren in die Höhe setzt. So kostet Bernsteins Agitationsbrotschüre über Lassalle 50 Pf. und die Brotschüre über den Prozeß in Saarbrücken 50 Pf. Solche Brotschüren, die zur Massenverbreitung bestimmt sind, sollten so billig als möglich verkauft werden, sonst dringen sie nicht ins Volk ein. Ich bitte hierin um Remede.

Wiß-Mühlhausen: Ich muß bemängeln, daß der Vorstand bei der Auf-
führung unserer Erfolge bei den Kommunalwahlen Mühlhausen im Elsaß nicht erwähnt hat, obwohl es die einzige Stadt, wo wir die Mehrheit haben, die durch die Nachwahl noch verstärkt worden ist. Die Kontrolleure werfen uns vor, daß wir ihre Anordnungen nicht beachtet hätten. Wie liegt es aber in Wirklichkeit? Wir hatten ein Schiedsgericht gegen 2, 8 Genossen beantragt, aber kein Schiedsgericht gegen Emmel. Das Schiedsgericht beschloß den Ausschluß der zwei Genossen. Nachher kommt von der Kontrollkommission der Bescheid, daß Emmel seine Ehrenämter niederlegen solle und wir ihm keine neuen anvertrauen dürfen. Wie kommt die Kontrollkommission dazu, ohne vorher die Sache zu prüfen, auf die Anschuldigung eines gemeinen Denunzianten, eines politischen Gauners hin (Unruhe), der mit den Mitteln der Gegner arbeitet, einen solchen Bescheid zu fällen. Sie konnten ja ein Schiedsgericht gegen Emmel beantragen. Nur spricht Meister von weiterem Material. Weshalb ist uns dieses weitere Material nicht zur Verfügung gestellt worden? Auf bloße Anschuldigungen hin darf man doch nicht einen Parteigenossen verurteilen; er muß sich vorher äußern dürfen. Ich bitte Sie, die Resolution, die sich gegen die Mühlhäuser Genossen richtet, nicht anzunehmen. Die Kontrollkommission hätte einen andern Weg einschlagen können, dann wären wir einverstanden gewesen. Aber sie hat uns kein Wort gesagt, sondern über den Kopf der Organisation hinweg Beschlüsse gefaßt. Wir haben nicht das Recht, mit der Ehre eines Genossen, der jahrelang in der Partei steht, auf die Anschuldigungen einer einzelnen Person hin, zu spielen. Jede Gelegenheit, sich über diese Anschuldigungen auszusprechen, hat ihm gefehlt. In dem Schiedsgericht, das eingeleitet war, um den Ausschluß gegen die beiden Genossen zu prüfen, ist nicht über Emmel verhandelt worden. Jetzt geschieht ihm Unrecht.

Sindermann-Dresden begründet den Antrag 9. Nur durch eine schlagfertige Organisation können die großen Erfolge des 16. Juni hochgehalten und neue Erfolge errungen werden. Deshalb soll man jedes Mittel ergreifen, um die Organisation auszubauen. Ein solches Mittel ist zweifellos die Pflege der Statistik. Bei uns in Sachsen haben wir schon seit vielen Jahren eine solche Statistik, wie wir sie beantragen, es ist nicht allzuschwer, sie aufzustellen. Der Parteivorstand braucht sich zu diesem Zweck gar nicht an jeden einzelnen Wahlkreis zu wenden, sondern die verschiedenen Provinzial-Agitationskomitees werden ihm das Material zur Verfügung stellen. In Sachsen sind die Organisationen durch die Pflege der Statistik angepörrt, und was für Sachsen möglich ist, wird auch für das übrige Deutschland möglich sein. Es entsteht durch die Pflege der Statistik und durch die Veröffentlichung derselben ein energischer Wettbewerb unter den Genossen der einzelnen Wahlkreise im Ausbau der Organisation und in der Erhöhung des Abonnentenstandes für unsere Parteipresse. Deshalb empfehle ich unsern Antrag zur Annahme.

Wetters-Gießen: Es gibt bei uns noch große Arbeitermassen, die der Aufklärung bedürfen. Von uns aus konnte diese Arbeit in der Weise, wie es notwendig ist, bisher nicht durchgeführt werden. Es ist deshalb erfreulich, daß der Parteivorstand sich bereit erklärt hat, nach dieser Richtung hin das Nötige zu tun. Verschiedene Anträge wünschen die Herausgabe weiterer Brotschüren. Nach meiner Meinung verfügen wir über genug Material; dagegen wäre es nötig, alljährlich einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Reichstags-Fraktion

herauszugeben. Zum Schluß möchte ich den Parteivorstand noch fragen, wie es sich mit der Entlassung eines lange im „Vorwärts“ beschäftigten Buchbruders verhielt. Die Kreisblätter unserer Gegner sind aus Anlaß dieses Falles gegen unsere Partei vorgegangen. Ich will durch meine Anfrage der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ Gelegenheit geben, den Fall darzustellen. Namentlich möchte ich wissen, ob es nicht möglich gewesen wäre, diesen lange Jahre im „Vorwärts“ tätigen Mann anderweitig zu beschäftigen.

Wolf-Vöckum: Wenn es richtig wäre, daß das Verlangen nach einem Reichstagsabgeordneten als Referenten ein Armutszugnis bedeutet, so würde auch Berlin sich ein Armutszugnis ausstellen, denn die Berliner beanspruchen, wie ein Blick in den „Vorwärts“ zeigt, nicht nur für öffentliche, sondern auch für Wahlvereins- und Gewerkschaftsversammlungen häufig Reichstagsabgeordnete. Die Genossen im Lande fordern die Abgeordneten nicht in ihrer eigenen, sondern um die indifferenten Massen heranzuziehen. Wie die Dinge einmal liegen, verspricht man sich draußen im Lande von einem Reichstagsabgeordneten ober, um ein Wort Auers zu gebrauchen, von einem Paradeferd eine große Zugkraft. Man kann es also den zurückgeliebten Gegenden nicht übel nehmen, wenn sie Reichstagsabgeordnete verlangen. Wir wollen ja, wie ich einmal auf einer Konferenz sagte, die Abgeordneten nicht als Paradeferde, sondern als „Jugochsen“. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin nicht derjenige, der glaubt, daß es jetzt, wo unsere Fraktion so stark ist, leichter ist, Abgeordnete als Referenten zu bekommen. Ich weiß sehr wohl, daß unsere Abgeordneten auch noch ihrem Beruf nachgehen müssen, aber man soll es nicht immer so darstellen, als ob nur von den zurückgeliebten Gegenden Abgeordnete gefordert werden. Was nun den Antrag 28 anbelangt, so sind wir seit Jahren in Erwägungen darüber getreten, ob wir für unsern Kreis nicht einen Beamten fest anstellen können, denn wir brauchen im Kohlenrevier eigentlich für jeden einzelnen Kreis einen Beamten und wir hoffen, daß wir bald in der Lage sein werden, aus eignen Mitteln einen Beamten zu besolden; wir wenden uns damit nicht an die Gesamtpartei. Ist aber die Gesamtpartei bereit, uns durch Anstellung eines Provinzial-Agitationsleiters zu Hilfe zu kommen, dann würden wir das dankbar akzeptieren.

Die Verhandlungen werden wegen Eintritts der Mittagspause vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung, indem er die aus dem Auslande erschienenen Genossen Franz Schühmeier, Winarski, Remec und Popp aus Oesterreich und Kskew aus London herzlich willkommen heißt.

Schühmeier-Wien dankt für die Begrüßung: Wir sind erschienen, um Ihnen namens der österreichischen Genossen Gruß und Handschlag zu entbieten. Wenn wir in Oesterreich auch verschiedene Sprachen reden, so sind wir doch eines Sinnes und Herzens in der Sache, und diese ist es, die uns auch mit Ihnen verbindet. Wir verfolgen die Entwicklung unserer deutschen Bruderpartei mit lebhaftem Interesse. Besonders im letzten Jahrzehnt sind Sie sehr erstarbt und haben mit Ihrer Entwicklung betwiefen, wie falsch es ist, so sagen: so war es immer, und so wird es bleiben. Mit Ihnen sind aber auch wir in Oesterreich um ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wir haben die deutsche Sozialdemokratie immer als Kriegsschule des Proletariats betrachtet, und so wollen wir auch diesmal von Ihnen lernen und dann das Erlernte für uns ausnützen. Und wenn man irgendwo zu lernen bestrebt sein muß, dann in Oesterreich, wo

politische und wirtschaftliche Zustände herrschen, wie kaum in einem andren Lande Europas. Gegenwärtig ist das Regiment in Oesterreich ja etwas lockerer. Daraus dürfen Sie aber keinen weitergehenden Schluß ziehen. In Oesterreich gelten nicht Gesetze, sondern Personen. Was wir heute haben, kann uns morgen schon genommen sein. Bei uns herrscht der Absolutismus jetzt mit besonderer Schlamperei. (Heiterkeit.) Wir sind auf einer Stufe angelangt, wo unser ganzes politisches Leben zu versumpfen droht. Nur eine Partei hat bei uns immer ihr Programm hochgehalten: die internationale Sozialdemokratie. Unsere bürgerlichen Parteien haben keine Programme. Sie sind der Spielball von Personen, mit denen sie eventuell auch ihre „Gefinnung“ wechseln. Mit diesen kommen sie herunter. Personen zählen bei uns nicht, die Sache steht oben an. Noch ein paar Worte im Auftrage der österreichischen Reichsrats-Fraktion. Wir haben ja nur ein Scheinparlament in Oesterreich. Wir haben nur ein Parlament, so lange es der Regierung den Willen tut. Mit Reid sehen wir oft auf Ihr Parlament (Heiterkeit. — Beifall ruft: Da sind Sie aber bescheiden!). Ja, denn Sie haben wenigstens die Möglichkeit zu arbeiten, und die haben wir nicht.

Ob wir in Oesterreich überhaupt wieder zu parlamentarischem Leben kommen werden, ist sehr fraglich. Gegen eine Forderung wie das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht, daß die Zeit mit schreiender Notwendigkeit erheischt, sträubt man sich mehr und mehr. Es scheint, als ob wir heute von der Regelung dieser Frage entfernter sind als je. Unser Bürgerrecht fürcht, seine Stütze im Parlament zu verlieren und die Regierung ist überhaupt bei uns nicht gewöhnt, vorwärts zu schreiten. So konnten wir in Oesterreich absolut nicht vom Fieck. Bei uns strebt nicht alles zueinander, sondern auseinander. Ich will schließen mit dem Wunsche: Viel Glück zur Arbeit, die wir wahrlich alle zusammen verrichten im Namen der Freiheit für die Arbeiterschaft und für das gesamte Volk. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Askew-London überbringt die Grüße der Social Democratic Federation.

Zunächst erstattet nunmehr den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission Frau Biez-Hamburg.

Auf Grund der Mandate, die uns zugegangen, und der Anmeldungen, die uns geworden sind, stelle ich fest, daß 279 Besucher des Parteitages hier weilen, darunter als Gäste: Genossin Popp-Wien, Nemes-Frag und Askew-London. Es sind 225 Delegierte mit 268 Mandaten anwesend; 59 Abgeordnete, von denen 5 außerdem ein Mandat besitzen und von denen 5 weitere auch als Funktionäre der Partei anwesend sind. Außer diesen Funktionären der Partei, die gleichzeitig Abgeordnete sind, sind noch 7 anwesend, entweder in ihrer Eigenschaft als Partei-Vorstandsmitglieder, als Kontrolleure oder als Vertreter der Presse oder von Parteigeschäften.

Ferner sind unter den Delegierten 15 Frauen, und zwar Genossin Popp aus Wien als Gast, Genossin Jettin in ihrer Eigenschaft als Kontrolleurin, und ferner 13 Genossinnen mit Mandaten. Ich habe namens der Mandatsprüfungs-Kommission zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. (Wabo!) Allerdings ist uns ein Protest zugegangen aus dem neunten badischen Reichstags-Wahlkreise gegen das Mandat des Genossen Fendrich. Er stützt sich darauf, daß in der Wahlkreis-Konferenz dieses Kreises zum ordentlichen Delegierten Genosse Horst-Durlach ernannt worden sei, daß dann aber außerdem dem Genossen Fendrich ein Mandat ausgestellt worden sei in dieser selben Wahlkreis-Konferenz, weil Genosse Fendrich um das Mandat nachgesucht und versprochen habe, es unentgeltlich auszuüben. Die Parteigenossen erklären in demselben Protest das Mandat für ein sogenanntes Gefälligkeitsmandat. Sie führen aus, daß die Ausstellung eines solchen Mandats die Würde des Parteitages herabsetze. (Sehr richtig!) Ein solches Verfahren würde dazu führen, daß Ge-

nossen, welche Geld genug zur Verfügung haben, um auf eigene Kosten zum Parteitag zu gehen, Gelegenheit gegeben werde, einfach ein Mandat kaufen zu können. (Sehr richtig!) Die Mandate zum Parteitag würden so ihren Charakter als Vertrauensaufträge verlieren. Diese Begründung des Protestes ist der Kommission schriftlich zugegangen. Eine weitere mündliche Aufsechtung dieses Mandats stützt sich darauf, daß Genosse Fendrich gar nicht organisierter Parteigenosse sei. Auf unsere Anfrage hat Genosse Fendrich erklärt, er sei seit März-April d. J. wieder organisiert; inzwischen habe er allerdings 1½ Jahre keiner Organisation zugehört und er entschuldigt das damit, daß er damals abseits von der großen Heerstraße in einem kleinen Orte gewohnt und deshalb seine Parteimitgliedschaft nicht aufrecht erhalten habe. (Lachen.) Auf eine Erkundigung beim Landesvertrauensmann ist ein Bescheid noch nicht eingelaufen. Bevor das geschieht, können wir das Mandat unter keinen Umständen für ungültig erklären. Das Mandat ist ordnungsgemäß in der Kreis-Konferenz ausgestellt. Wir sind allerdings in der Kommission einstimmig der Meinung gewesen, daß die Protestler Recht damit haben, daß auf diese Weise zustande gekommene Mandate nicht den Ausdruck des Vertrauens involvieren. (Sehr richtig!) Wir geben deshalb dem Parteitag anheim, bei der Beratung des Organisationsstatuts einen Passus ins Statut zu bringen, der derartige Ausstellungen von Gefälligkeitsmandaten unmöglich macht. Zurzeit haben wir eine solche Bestimmung im Statut nicht. Es ist auch noch nicht erwiesen, daß Fendrich zurzeit der Ausstellung des Mandats nicht Parteigenosse war, obgleich es einen eigenartigen Eindruck macht, wenn jemand kurz vor den Wahlen zum Parteitag erst wieder Mitglied der Partei wird und dann gleich ein Ehrenrecht der Partei ausüben will. (Sehr richtig!) Aus rein formellen Gründen aber beantragen wir, auch dieses Mandat für gültig zu erklären, es sei denn, daß der Bericht vom Landesvertrauensmann besagt: „Fendrich ist nicht organisiert“.

Eichhorn-Pforzheim: Unser Organisationsstatut gibt uns keine Handhabe, das Mandat von Fendrich für ungültig zu erklären, wenn man nicht von dem geschriebenen Buchstaben absehen und den Geist gelten lassen will. Zweifellos will es der Geist des Statuts nicht, daß solche Gefälligkeitsmandate zukaufen können, daß ein Genosse, dem etwas daran liegt, mal auf dem Parteitag zu erscheinen, auf diese Weise ein Mandat erhält. Wollten wir nach dem Geist des Statuts verfahren, dann müßten wir das Mandat für ungültig erklären. Ich weiß nicht, wie die Genossen darüber denken und bin schon vollständig zufrieden, wenn die Debatte dahin führt, daß für die Zukunft im Organisationsstatut Fürsorge getroffen wird, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht mehr ausgestellt werden können. Es muß das Niveau des Parteitages herabdrücken, wenn die Delegierten sich auf eigene Kosten von Kreisen hierher entziehen lassen, die sonst keinen oder andre Delegierten schicken würden. (Sehr richtig!) Das ist nicht die Art, wie wir den Parteitag zusammenzusetzen zu sehen wünschen.

Darüber, ob Fendrich im Augenblick der Ausstellung des Mandats organisiert gewesen ist, ist noch keine Auskunft erteilt. Unser Statut gibt uns ja auch keine Handhabe zum Eingreifen, denn hiernach ist jeder, der die Partei dauernd unterstützt, Parteigenosse. Ich weiß aber, daß in Mainz diese Bestimmung dahin deklariert ist, daß diejenigen, die nicht durch zwingende Gründe abgehalten sind, sich zu organisieren — und solche Gründe liegen bei Fendrich nicht vor — selbstverständlich organisiert sein müssen. (Zustimmung.) Aus diesem Grunde waren die Genossen in Pforzheim der Meinung, das Mandat für ungültig zu erklären, da Fendrich zurzeit seiner Wahl nicht organisiert gewesen sein soll. Vielleicht empfiehlt es sich, die Weisheitsfassung so lange anzufassen, bis eine Antwort auf die Frage der Organisationszugehörigkeit eingegangen ist.

Fendrich-Freiburg: Es widerspricht mir natürlich, in eigener Sache zu sprechen, deshalb nur wenige Worte. Eichhorn, der die Situation so genau

kennt, wie keiner, hätte manches sagen können, um die Sache in objektivem Lichte erscheinen zu lassen. Ich bin jetzt 15 Jahre in der Partei tätig und ich meine, wenn ein Genosse etwa anderthalb Jahre nicht organisiert ist, so muß das doch seine ganz besonderen Gründe haben. Ich war zwei Jahre schwer krank, dreiviertel Jahr lag ich fast tagtäglich zu Bett in einem weltfremden Orte, nicht einmal in einem Dorfe, oben im Schwarzwald, wo man keine Verbindung hat. Die Ärzte hatten mich aufgegeben. In dieser Lage kann man doch wohl vergessen, einmal die Beitragsmarken zu kleben. In diesem Frühjahr, als ich halbwegs wieder gesund war, zog ich nach Freiburg und hatte mich hier selbstverständlich organisiert. Ich bin seit dem 1. April in Freiburg organisiert. In einem Gefälligkeitsmandat erblicke auch ich eine Gefahr. Aber erstens trifft es gar nicht zu, daß mein Wahlkreis nicht in der Lage war, eine Vertretung aus eigenen Mitteln zu schaffen. Zweitens gehöre ich nicht zu denen, die aus Ueberfluß an Geldmitteln nach Bremen reisen. Die Sache liegt doch so: Ich habe den Genossen in Durlach ganz ehrlich geschrieben: ich habe mich auf das Feuilleton zurückgezogen. Es liegt in Bremen eine Anzahl Anträge auf Herausgabe einer Jugendzeitung vor. Das ist eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt. Wollt Ihr mir die Möglichkeit geben, für mich zu wirken, dann gebt mir ein Mandat. Ich zahle die Kosten. Die Genossen in Durlach haben darin keine Gefahr gewittert und mir das Mandat gegeben. An Ihnen ist es zu entscheiden, ob das eine des Parteitage unwürdige Art der Ausübung eines Mandats wäre. Nicht aus eignen Interessen, sondern um Parteiinteressen willen bin ich hierhergekommen, um in einer Spezialfrage, von der ich etwas verfolge, mitzureden.

Schöpflin beantragt, die Gültigkeitserklärung des Mandats des Genossen Fendrich so lange auszusetzen, bis die Antwort vorliegt, ob Fendrich einer Organisation angehört.

Vorsitzender Dietz glaubt, daß die getrennte Abstimmung über alle übrigen Mandate und das Fendrich'sche Mandat den Schöpflin'schen Antrag überflüssig machen würde.

Sichhorn-Pforzheim hält es für richtiger, über den Schöpflin'schen Antrag abzustimmen, da ja eine sofortige Ungültigkeitserklärung des Fendrich'schen Mandats nicht beabsichtigt sei. Vorsitzender Dietz erklärt, nach diesem Abstimmungsmodus verfahren zu wollen.

Damit schließt die Diskussion.

In ihrem Schlusswort hebt Frau Dietz hervor, daß es für Fendrich, auch wenn er krank gewesen sei, Ehrenpflicht hätte sein sollen, der Parteiorganisation treu zu bleiben. (Zustimmung.) Es geht unmöglich an, daß jemand, der so lange seine Pflichten gegen die Partei vernachlässigt hat, kurz vor der Delegiertenwahl sich wieder aufnehmen läßt. (Zustimmung.) Fendrich's Gesundheitszustand verbot ihm, an den Parteiversammlungen teilzunehmen, aber er erlaubte ihm, auf dem Parteitage zu erscheinen. Uebrigens stand seiner Wahl in der Wahlkreis-Konferenz eine starke Opposition gegenüber: er wurde mit 14 gegen 11 Stimmen gewählt. (Hört, hört!) Ich hatte den Antrag, zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären aus formalen Gründen auch das Fendrich'sche Mandat, falls es sich ergeben sollte, daß er organisiert ist. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Abstimmung über die Gültigkeit des Fendrich'schen Mandats so lange ausgesetzt werden muß, bis die Auskunft des Landesvorstandes vorliegt.

Der Parteitag beschließt, alle Mandate für gültig zu erklären mit Ausnahme des Mandates von Fendrich, das an die Kommission zurückberwiesen wird.

Die Versammlung tritt in die Tagesordnung ein und setzt die Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes und der Kontrollkommission fort.

Böhle-Strasbourg: Ich bin durch die Darlegungen des Genossen Witz gezwungen, auf den Fall Emmel zurückzukommen. Den Schiedsgerichtsverhandlungen habe ich als Zeuge beigewohnt und kann bezeugen, daß Emmel vollständig vom Kläger zum Angeklagten wurde. Jeder andre hätte, nachdem das Schiedsgericht ausdrücklich ausgesprochen hatte, daß er klagbar gegen Beschöfer usw. vorgehen müsse, und nachdem die Kontrollkommission sich diesem Urteil angeschlossen hatte, seine Lehner niedergelegt. Das war Emmel der Partei schuldig, und dadurch, daß er es unterließ, hat er die Partei geschädigt. Die Wortwirke treffen weniger die Mülhauser Genossen als die leitenden Personen in Mülhausen, diese sind allein schuld daran, daß es so weit gekommen ist. Ich bitte, die Resolution der Kontrollkommission anzunehmen; ich bin überzeugt, daß die Mülhauser Genossen sich diesem Beschluß fügen werden.

Düncke - Mülhausen hält eine rege Agitation auf dem Lande für notwendig. Die Frage der Referenten spielt eine große Rolle. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß von Zeit zu Zeit auch Abgeordnete Referate übernehmen. Denn die einheimischen Genossen werden allmählich in ihrem Bezirk zu bekant. Ich bin der letzte, der leugnet, daß unsre Abgeordneten viel zu tun haben. Aber es wird immer angeführt, daß es früher viel leichter war, einen Abgeordneten als Referenten zu bekommen, als jetzt. Das deutet darauf hin, daß sich in dieser Beziehung unter den Abgeordneten eine Art Veruskantheit ausgebildet, jeden Wunsch, Referate in ländlichen Kreisen abzuhalten, abzulehnen. Ich spreche nicht von allen Abgeordneten, aber einige Abgeordnete haben so viel Zeit zu theoretischen Arbeiten, daß ein Teil dieser Zeit wohl besser zu praktischen Arbeiten verwendet werden könnte. Die Ausnahme des Antrages 20 halte ich für unbedingt notwendig. Meines Erachtens sollte jeder Abgeordnete einmal eine Agitationstour auf dem Lande unternehmen. Wenn dann jeder Abgeordnete nur zehn Vorträge hält, so macht das bei 78 Abgeordneten schon 780 Vorträge. Eine solche Agitation würde sicher von Nutzen sein.

Thöne-Kassel bringt eine Beschwerde gegen den Vorstand vor. Wir hatten in unserm Parteiblatt die Namen der Firmen veröffentlicht, die nicht bei uns inserieren, und aufgefordert, bei diesen Firmen nicht zu kaufen. Diese Aufforderung erklärte der Vorstand im „Vorwärts“ für unzulässig und nannte sie einen groben Anflug (Sehr richtig!), ja, die Partei schädigend. (Sehr gut!) Natürlich griffen dies die bürgerlichen Blätter sofort gegen uns auf. Ein Teil der betreffenden Firmen stellte Strafantrag gegen unser Parteiblatt wegen Erpressung und erzielte wirklich die Verurteilung des Redakteurs zu 3 Monaten Gefängnis. Ich meine, es wäre nützlicher gewesen, wenn der Vorstand seine Erklärung nicht öffentlich erlassen und dadurch die Firmen, die Strafantrag stellen wollten, dazu ermutigt hätte, sondern wenn er zunächst an den Redakteur persönlich geschrieben hätte. Hoffentlich wird so etwas nicht wieder vorkommen.

Hoffmann-Bielefeld: Der Fall Schwedenbief ist weniger persönlicher als prinzipieller Natur. Zu der Entscheidung der Kontrollkommission hatte die Bielefelder Parteigenossenschaft noch nicht Stellung genommen, sonst würde wohl schon heute die Berufung an den Parteitag vorliegen. Die Bielefelder Genossen sind keine Kannibalen, die gegen einen alten Mann wüten. Sie fühlen auch menschlich und hatten auch einen guten Grund, als sie den Ausschlussantrag gestellt haben. In dem Urteil der Kontrollkommission ist ein Irrtum enthalten. In Bielefeld haben wir eine Zwangssinnung, der jede Firma angehören muß. Das wußte auch Schwedenbief. Er wußte, daß auch die Firma, bei der er arbeitete, zu der Zwangssinnung gehörte, gegen die vorgegangen werden sollte. Ganz entschieden muß ich mich gegen die theoretischen Ausführungen der Kontrollkommission über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei wenden. Es wird so dargestellt, als wenn sich die Gewerkschaften so zur Partei verhalten müßten, wie die Partei zu den Gewerkschaften. Ich will die Neutralitätsfrage

hier nicht anschnelden, aber soviel steht fest: die Partei verlangt mit vollem Recht, daß ihre Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind, aber man darf nicht umgekehrt von den Gewerkschaften verlangen, daß sie allen ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, einer sozialdemokratischen Organisation anzugehören. Gewiß wird in den Gewerkschaften das Klassenbewußtsein gepflegt, aber sie können nicht von dem nationalsozialen und dem konservativen Arbeiter, der als Novize zu ihnen kommt, verlangen, daß er sozialdemokratisch organisiert sei. Die Partei muß darauf halten, daß der Streikbruch unter allen Umständen als ehrlose Handlung gilt. Noch einmal: nur die sachliche Seite ist in der ganzen Angelegenheit für uns entscheidend. In Bielefeld besteht das allerbeste Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Stets sind sie Hand in Hand in der dunkelsten Ecke, wenigstens des evangelischen Deutschlands, tätig gewesen. Dieses gute Verhältnis sollte nicht gefährdet werden. Wir sind nicht gesonnen, auch nur den kleinsten Teil der Schuld auf uns zu nehmen, wenn aus einer falschen Entscheidung irgend welche Unannehmlichkeiten folgen.

Leber-Jena: Ich will nicht in Klageklieber darüber einstimmen, daß Reichstagsabgeordnete es abgelehnt haben, in Versammlungen zu referieren. Wenn die Versammlungen genügend vorbereitet sind, dann werden wir Erfolge aufzuweisen haben, auch wenn kein Abgeordneter spricht. Man ist es ja recht erfreulich, daß der Genosse Gerisch das günstige Resultat von unserer Parteipresse berichten konnte, aber es gibt noch große Gebiete in Deutschland, wo eine eigene Presse not tut und dazu gehören wir Genossen in Sachsen-Weimar. Für uns in Sachsen-Weimar ist ein eignes Organ nötig. Die Erfurter „Tribüne“ kann unsere speziellen Interessen nicht so vertreten, wie es nötig ist. Was die Einstellung von Beamten betrifft, so sollten einmal die Gewerkschaftsbeamten sich mehr als bisher der Partei widmen und zweitens sollten da, wo es möglich ist, Parteisekretäre angestellt werden.

Berten-Düsseldorf: Nach den Ausführungen des Referenten könnte es scheinen, als beständen in Düsseldorf zwei Parteiorganisationen, die sich bekämpfen. Das ist nicht der Fall. Wir haben eine feste Organisation, die für uns maßgebend ist, die Windhoff allerdings bekämpfte, weil er auf andre Weise seinen Ehrgeiz leichter zu befriedigen hoffte. Wir haben nicht nur mit dem Zentrum, sondern auch mit Gegnern aus unsern eignen Kreisen zu kämpfen. Wenn Sie uns in diesem Kampfe moralisch unterstützen, so werden wir auch mit dieser Gesellschaft fertig werden.

Gastig-Bimburg: In den nassauischen Kreisen sowie in allen ländlichen Kreisen wird der aktuelle russisch-japanische Krieg und die ebenso aktuelle Schulfrage bei untrer Agitation zu wenig behandelt. Es fehlt uns an geeignetem Material. Hier könnten kleine Broschüren sehr wirksam und klärend wirken. Die Anstellung eines Parteibeamten begrüße ich. Natürlich müßten die Beamten die Bevölkerung über alle aktuellen Fragen aufklären und namentlich den ländlichen Arbeitern über alles Auskunft geben können. Sehr wichtig ist die Frage der Neuregelung der Wahlkreiseinteilung. Diese Frage bedeutet für uns ein gutes Agitationsmittel, und wir dürfen dieses Mittel nicht aus der Hand geben aus Furcht, daß uns das allgemeine Wahlrecht entzogen werden könnte. Ich bitte, daß diese Frage mehr in den Vordergrund gerückt wird. Das Gleiche gilt von der Schulfrage.

Wich-Mühlhausen: Wie gegen den Genossen Emmel in Mühlhausen vorgegangen ist, beweist die Behauptung, daß er der Partei 30 000 Mk. unterschlagen habe, eine Behauptung, deren Unsinntigkeit auf der Hand liegt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß Genosse Webel gegen Emmel verschiedene Anschuldigungen erhoben habe und es hat sich herausgestellt, daß Genosse Webel angelogen worden war. Zu denen, die diese Anschuldigung erhoben hatten, gehörte auch Böhle. Die Untersuchungskommission hat sich

an ihn gewendet, aber keine Antwort erhalten. Ob Böhle zu feige war, oder ob er die Kommission nicht für würdig erachtete, lasse ich dahingestellt. Genosse Böhle holt sich sein Mandat auch auf Umwegen. Er ist nicht in seinem Wahlkreis aufgestellt und bezahlt sein Mandat selbst. Wollen Sie unsere Erfolge nicht abschwächen und die Genossen in Mühlhausen nicht entmutigen, dann bitte ich Sie dringend, jeden Beschluß in der Mühlhäuser Angelegenheit auszusetzen, bis die Sache Emmel vor Gericht entschieden ist. Soviel Gerechtigkeit muß man einem Genossen geben.

Reffin-Stuttgart: In Sachen Schwedendiebs hat sich die Kontrollkommission auf das vorliegende reiche Material gestützt. In dem Urteil der Schiedsrichter, die 6 Bielefelder Genossen waren, und gegen deren Kompetenz kein Einspruch erfolgt ist, heißt es ausdrücklich, daß der Meister des Genossen Schwedendiebs dem Unternehmer nicht angehört (Hört! hört!); außerdem habe der Unternehmer behauptet, daß die Streikleitung nicht mit einer Anfrage an ihn herantreten sei (Zuruf: Das stimmt nicht!); er sei bereit gewesen, sofort die Forderungen zu bewilligen. Ich kann Ihnen nur vortragen, was uns als offiziell beglaubigtes Material vorgelegen hat. Unter diesen Umständen erscheint uns das rigorose Vorgehen gegen Schwedendiebs als eine unbegründete Härte, ja als eine gewisse Leichtfertigkeit gegenüber dem Gewerkschaftsinteresse selbst. Jede Gewerkschaft hat doch ein wesentliches Interesse daran, daß die Zahl der Ausgesperrten so klein wie möglich sei, damit sie weniger Unterstützung zu zahlen hat. Gegen die grundsätzliche Auffassung von der Neutralität der Gewerkschaftsbewegung haben wir mit unserm Beschluß nicht zu verstoßen gemeint. Wir wollten nur dem Ausdruck geben, daß unserer Ansicht nach eine innere unzerstörbare Einheit und damit eine gewisse Geselligkeit der Versammlungen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation besteht. Wenn auch die Gewerkschaften als politisch neutrale Organisationen formal nicht in der Lage sind, irgendwie in politischen Kampffragen eine Entscheidung zu treffen, so können sie doch in jenen Fällen, wo Mitglieder, die zugleich politisch organisiert sind, sich schwerer Verfehlungen, ehrloser Handlungen im politischen Klassenkampfe schuldig machen, einen gewissen moralischen Einfluß geltend machen, um denselben die Verantwortlichkeit ihrer Handlungen auf dem andren Kampfgebiete zum Bewußtsein zu führen. Wir haben der Einseitigkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung als gleichwertiger Kampfbewegungen des Klassenbewußten Proletariats dadurch Ausdruck gegeben, daß wir mit allem Nachdruck aufs neue betonten, daß der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß. Also über die Schärfe und Bestimmtheit dieses Standpunktes kann kein Zweifel obwalten.

In der Mühlhäuser Angelegenheit hat es der Kontrollkommission durchaus ferngelegen, einer der beiden Parteien, Webederer oder Emmel, ohne gewissenhafte Prüfung Gefolgschaft zu leisten. Sie hat sich bei ihrer Entscheidung keineswegs ausschließlich auf die Anschuldigungen Webederers gestützt. Es hat ihr vielmehr reiches Tatsachenmaterial vorgelegen, das sich seit langen Jahren im Partei-Archiv angehäuft hat. Bei der Bewertung dieses Materials haben all die Vorgänge, die sich vor dem bürgerlichen Gericht abgespielt haben, nur die Bedeutung von Einzelercheinungen. Abgesehen von dem, was sich als juristisch nachweisbar ergibt, liegen doch eine ganze Reihe bedeutamer moralischer Inponderabilien vor. In deren Erörterung jetzt einzutreten, solange die Verhandlungen vor Gericht noch nicht zu Ende geführt sind, müssen wir als unklug zurückweisen. Wenn aber Wich gemeint hat, der Parteitag dürfe, solange kein endgültiger Beschluß in der Angelegenheit selbst gefaßt ist, die Resolution der Kontrollkommission nicht annehmen, so hat er übersehen, daß es sich um eine Beurteilung der unerhörten Herausforderung, der beispiellosen Disziplinlosigkeit seitens der Mühlhäuser Genossen handelt und nicht um die Angelegenheit

Emmel überhaupt. Ich hoffe, daß Sie der Resolution einstimmig zustimmen werden. Es wäre das erste Mal, daß ein solcher Fall von Disziplinbruch ungezügelt bliebe. (Lebhafter Beifall.)

Gilbers-Viefefeld verbreitet sich über den Viefefeld'schen Fall. Der Genosse Schwendendiek ist zwar jetzt 63 Jahre alt, aber so rüstig, daß er es mit jedem hier im Saale aufnehmen kann. Er lehnte es wiederholt ab, die Arbeit einzustellen. Darauf erst schritt man gegen ihn ein. Es lag gar keine Ursache vor, gegenüber diesem Manne unsere Grundzüge zu ignorieren. Man kann nicht sagen, daß man allgemein gegenüber Leuten von 63 Jahren nachsichtig sein müsse; das kommt ganz auf den einzelnen Mann an. Es ist Schwendendiek vom Schiedsgericht anheim gegeben worden, sich zu organisieren. Wir haben für ein solches Mitglied, das immer nur auf seinen Vorteil bedacht war, gebankt und die Aufnahme abgelehnt. Auf den Schützenfesten spielte er eine große Rolle; in den Parteiversammlungen schimpfte er aber darüber, daß die Arbeiter auf die Schützenfeste liefen. (Heiterkeit.) Wir haben jahrelang durch diesen Genossen Schwierigkeiten gehabt. Solche Leute können wir nicht gebrauchen.

Hoffmann-Viefefeld protestiert dagegen, daß über die Resolution abgestimmt werden soll. Gegen die Entscheidung der Kontrollkommission hat Viefefeld ja noch gar keine Berufung eingelegt. Viefefeld hat daher auch das Material über den Fall nicht vorgelegt. So lange die Berufung nicht eingelegt ist, darf über die Resolution nicht abgestimmt werden. Ich bleibe dabei, daß die von der Kontrollkommission angeführten Tatsachen falsch sind. Was das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei anlangt, so ist die Partei der engere Kreis. Es können sehr wohl in den Gewerkschaften Personen sein, die der Partei nicht angehören. Die Kontrollkommission erklärt, Streikbruch ist eine ehrlose Handlung, aber trotzdem muß von Fall zu Fall entschieden werden. Aber eben diese nachfolgende Einschränkung hebt die vorhergehende Erklärung wieder auf. Das wäre ja auch noch schöner, wenn die Kommission den Streikbruch als eine ehrliche Handlung erklärt hätte. Die Resolution ist übrigens so miserabel formuliert, daß daraus deutlich hervorgeht, wie hallos der Standpunkt der Kommission ist.

Vorsitzender Dick teilt mit, daß die Delegierten Wrons und Stadt-Hagen beantragen, den Fall Schwendendiek durch Vorlegung der Resolution der Kontrollkommission für erledigt zu erklären, da Berufung nicht eingelegt ist. Die Folge dieses Antrages würde sein, daß über die Resolution nicht abgestimmt wird. (Zustimmung der Antragsteller.)

Der Antrag wird genehmigt und erledigt.

Böhlke-Strahburg: Genosse Dreesbach als Vorsitzender des Schiedsgerichts wird bestätigen, daß das, was ich gesagt habe, Wort für Wort zutrifft. Die Art, wie Wich gegen mich polemisiert hat, muß ich als ganz ungebührlich zurückweisen. Wie kommt Wich dazu, zu sagen, ich reise im Lande umher, um mit Mandate zu holen? Auf die Vorgänge in Mühlhausen will ich nicht eingehen. Würde ich alles schildern, was Emmel vorgeworfen wurde, so würden Sie sagen: wie ist es nur möglich, daß in einem Parteiorte ein solcher Genosse noch Vertrauensämter beibehalten kann.

Dreesbach: Ich kann die Erklärung abgeben, daß die gesamten Schiedsrichter die moralische Qualifikation des Genossen Weßbecker nicht im mindesten als unantastbar betrachteten. Das geht daraus hervor, daß wir uns mit dem Ausschluß Weßbeckers und eines anderen Genossen, Kufßhaumer, einverstanden erklärten. Tatsache ist aber doch, daß gegen Emmel ehrenrührige Vorwürfe erhoben waren, die kein Genosse auf sich sitzen lassen darf, und zwar nicht nur von Weßbecker. Drei Monate lang hatte in der Presse ein Kampf um Emmel getobt, in dem Emmel von verschiedenen Seiten der ehrenrührigsten Dinge beschuldigt wurde; Emmel und seine Freunde antworteten darauf, indem sie die

Angreifer wieder beschimpften, aber ohne etwas zu widerlegen. Deshalb waren wir der Ansicht, daß Emmel Klage erheben müsse. In zwei Instanzen erlachte darauf das Gericht, daß für den Vorwurf des Betruges der Beweis erbracht sei. Ich meine, darauf hätten die Mühlhäuser Genossen Emmel sofort klar machen müssen, daß er von seinen Aemtern zurückzutreten habe. Das geschah nicht; und wenn später die Mühlhäuser Genossen aufgefordert wurden, ihn nicht wiederzuwählen, so geschah das im Interesse der Partei. Wenn wir nur zu dem Antrage auf Ausschluß Weßbeckers ja gesagt hätten, so geschah das, weil wir uns sagten: sind die Beschuldigungen nicht wahr, so ist Weßbecker ein Verleumder; sind sie aber wahr, dann ist bewiesen, daß Weßbecker jahrelang Tatsachen verschwiegen hat, obwohl er sie kannte. Erst als er sich mit Emmel entzweit hatte, trat er gegen ihn auf.

Er hat also nicht im Interesse der Partei gehandelt, sondern nur, um seine Rachgier zu befriedigen.

Bortmann-Mey: Es liegt mir fern, die Angelegenheit Emmel hier zu unterjuchen. Es liegt nicht im Interesse der Partei, wenn die Sache öffentlich weiter breigetretet wird. Wir haben wichtigere Dinge zu erledigen.

Die Diskussion ist damit erschlöpft. Das Schlußwort nimmt

Pfannkuch-Berlin und wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Genossen Thöne-Kassel. Die fragliche Notiz, die ich im Falle Garbe geschrieben habe, hat einiges Aufsehen erregt. Daß sie den Anlaß für die Staatsanwaltschaft gab, gegen das „Kasseler Volksblatt“ einzuschreiten, ist sehr unwahrscheinlich. Trotz unserer Warnungen aber hat das „Kasseler Volksblatt“ die fragliche Annonce nun erst recht ausgenommen. Vielleicht hat sich der Staatsanwalt gesagt: Wenn das Blatt auf die parteiantikischen Warnungen keine Rücksicht nimmt, dann müssen wir es ihm noch deutlicher machen. (Heiterkeit.) Leber hat gemeint, daß man in Weimar ein Parteiblatt dringend brauche. Ja, das meinen die Genossen anderer großer Städte auch. In Brünn, die sehr plausibel erscheinen, fehlt es nicht, aber die Prosperität muß doch einigermaßen gesichert sein. Wo die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung eines Blattes vorhanden waren, hat sich der Parteivorstand noch niemals ablehnend verhalten. Die Genossen müssen natürlich nachweisen, daß genügend Kapital und Kräfte für die Leitung eines Blattes vorhanden sind. Verschiedene Redner haben die Art der Agitation des Vorstandes bemängelt. Insbesondere hat Allenbaum billigere Proschüren gewünscht. Demgegenüber weise ich auf die Tatsache, daß der Vorstand 20 000 Exemplare der Proschüre über die Zustände in Saarabien den Genossen unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. (Hört! hört!) Wir sind stets bereit, den Genossen Proschüren im Interesse der Agitation zu Herstellungskosten zu überlassen, wenn entsprechende Anträge an uns gestellt werden. Ueber den Königsberger Prozeß ist eine sehr umfangreiche Proschüre in Vorbereitung, die demnächst erscheint. Schon der Umfang der Proschüre macht es nötig, daß wir einen höheren Preis dafür nehmen. Aber das schließt nicht aus, daß wir kreisen, die nicht in der Lage sind, sie zu kaufen, dieselbe zur Agitation zur Verfügung stellen. Der Genosse Wolf betonte die Notwendigkeit, Abgeordnete als Referenten zu bekommen. Er zitierte das Wort Luers von den Paradeperden. Aber hat damit dem Streben entgegengetreten wollen, die sozialdemokratischen Versammlungen zu öffentlichen Schaustellungen herabzuzuwürdigen. Diesem Streben aber wird Vorjubel geleistet, wenn es immer heißt, es muß der oder der Abgeordnete sein, sonst nützt die Versammlung nichts. Ich meine, bei der fortschreitenden Entwicklung der Partei sind auch hier in unserer Mitte Genossen, die sich mit der Hoffnung tragen, beim nächsten Wahlgang in den Reichstag zu kommen; sind diese nur bis dahin minderwertig? Darin bin ich mit den Genossen einverstanden, wenn sie darauf bringen, daß unsere Abgeordneten nicht bloß die großen Städte besuchen, sondern auch die

kleineren Orte. Wenn da die Worte, die hier gefallen sind, auf guten Boden gefallen sind, dann ist diese Debatte nicht vergebens gewesen. (Zustimmung.)

Gerisch nimmt das Schlusswort zum **Rassenbericht**:

Während sonst immer dem Vorstande vorgeworfen wird, daß er zu knapp wirtschaftete, hat ihm heute Genosse Schulz-Posen vorgehalten, er habe nach Posen zu reichliche Mittel bewilligt und sei deshalb moralisch mißschuldig an der Forterwirtschaft in Posen. Aber ist dieser Vorwurf dem wirklich richtig? So schlimm ist es wirklich nicht gewesen. Wir haben immer die Hand auf denbeutel gehalten, und nur das absolut Notwendige ist bewilligt worden. Hätten wir anders gehandelt, würde uns heute der Vorwurf der Knauerei gemacht worden sein. Nach Posen ist weiter nichts als der Monatszuschuß für den Verkauftmann gegangen, um diesem die Existenz zu ermöglichen. Ferner ist ein Kopfschlag über „Schlesisches Volksrecht“ bewilligt worden, dessen Defizit die Partei getragen hat. Posen beweist wieder, daß dem Versuch, von außen her eine Bewegung zu schaffen, der Erfolg versagt bleiben muß. Nach irgendwelcher Schablone lassen sich solche Fälle nicht beurteilen. Auf Grund unsrer Erfahrung bemühen wir uns, die rechte Mitte zu halten.

Meister recapituliert in seinem Schlusswort nochmals den Verlauf der Affäre Emmel. Milder als die Kontrollkommission gegenüber Emmel vorgegangen ist, konnte unmöglich vorgegangen werden. Ich kann es Ihnen verraten, daß uns sehr viel Material vorlag, und daß in der Kontrollkommission sehr wohl die Ansicht vertreten wurde, daß dies Material durchaus genügt, um Emmel auszuschließen. Diese Ansicht blieb aber in der Minderheit. Was den Stil unsrer Erklärung in der Vielesfelder Sache anlangt, so ist das ja Geschmacksache. Ich glaube, daß diese Erklärung vor der Kritik wohl bestehen kann. Zur Sache selbst wiederhole ich, daß unser Urteil sich auf eingehende Prüfung des uns vorliegenden Materials gründete. Wenn die Vielesfelder reichhaltiges Material haben, warum haben sie es denn nicht eingeschickt? Wenn die Vielesfelder glauben, sie würden mit einer Verurteilung Erfolg haben, so mögen sie Verurteilung einlegen. Wir würden uns deswegen durchaus nicht etwa beleidigt fühlen. Wir urteilen nach Recht und Gewissen, aber allen können wir es nicht recht machen. Dazu sind wir auch nicht eingeseht. (Lebhafte Beifall.)

Schulz-Posen bemerkt persönlich: Es hat mir fern gelegen, dem Parteivorstande den Vorwurf der Verschwendung von Parteimiteln machen zu wollen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß dadurch, daß der Parteivorstand in jeder Weise durch finanzielle Unterstützung die Bewegung in Posen hochzubringen suchte, eine Lotterwirtschaft infolern bei uns eingerissen ist, als die Genossen in Posen auch in Zukunft denken: alles Gute kommt von oben! Sogar die Beschickung von Parteiteilgen geschah auf Agitationskosten.

Vors. Dieß: Sie überschreiten den Rahmen der persönlichen Bemerkung.

Schulz (fortfahrend): Gerisch hat mich also falsch verstanden, wenn er glaubt, ich wollte dem Parteivorstand Vorwürfe machen.

Richard Fischer-Berlin geht als Leiter der Druckerei des „Vorwärts“ in einer persönlichen Bemerkung auf den von Wetters in die Debatte gezogenen Fall der Entlassung des Maschinenmeisters Hellmann ein. Ich möchte vorausschicken, daß es nicht angängig ist, jeden einzelnen Fall, der sich in der „Vorwärts“-Druckerei abspielt, hier vor dem Parteitag zur Entscheidung zu bringen, schon deshalb nicht, weil die Berliner Druckerei Eigentum der Berliner Genossen, nicht das der Gesamtpartei ist. (Sehr richtig!) Unmittelbar nachdem die „Germania“ den Fall aufgegriffen hatte, erschien im „Vorwärts“ eine aktenmäßige Darstellung. Die Parteigenossen hatten also Gelegenheit, die Angriffe der bürgerlichen Presse zurückzuweisen. Hellmann war, nachdem er 15 oder 16 Jahre in der Privatdruckerei beschäftigt war, die früher den „Vorwärts“ druckte, bei uns als Obermaschinenmeister für einen vollständig neuen Typ von Maschinen angestellt

worden. Nach 1½ Jahren sah sich die Leitung der „Vorwärts“-Druckerei genötigt, ihn zu entlassen, weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Wir zögerten, die Maschinen abzugeben, weil sie nicht dem Verträge entsprechend funktionierten. Die Fabrik wies uns nach, daß es nicht an den Maschinen, sondern an der ungenügenden Besetzung derselben durch den Obermaschinenmeister lag. Wir haben alles Mögliche versucht, wir haben einen zweiten Maschinenmeister angestellt, der die Maschine sofort sachgemäß zu bedienen verstand, wir haben Hellmann von der größeren an die kleinere Maschine gestellt, dann klappte es an der größeren, aber nicht mehr an der kleineren. Man kann doch nicht so teure Maschinen einem Mann übergeben, von dem man sich überzeugen mußte, daß er sie nicht beherrscht. Wir haben uns dann bemüht, Hellmann andre Stellung an solchen Maschinen, wie er sie früher bediente, zu verschaffen, er hat sie abgelehnt. Es sind noch andre Dinge vorgekommen, so daß wir uns schließlich fragen mußten, ob wir eine weitere Beschäftigung von Hellmann noch verantworten können. Wir haben mit ihm Rücksprache genommen und ihm Zeit gegeben, sich nach einer andern Stelle umzusehen. Schließlich haben wir ihm, so leid uns das auch tat, kündigen müssen. Wegen seiner persönlichen Eigenschaften war kein Wort zu sagen, aber er war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Daraus irgendwie Kapital gegen die Partei zu schlagen, ist einfach unmöglich. Hätten wir Hellmann für andre Arbeit das hohe Gehalt gegeben, das er früher bezogen hatte, während seine Kollegen an solchen Posten, sogar in leitender Stellung, viel weniger erhalten, so wäre das ein Zustand geworden, der auf die Dauer nicht haltbar ist; und ihm weniger Lohn zu geben, ging er nicht; das habe ich einmal getan, aber nicht wieder; denn dann müßte ich mir den Vorwurf der Lohnrückerei gefallen lassen. Arbeit für die Maschine, die er verstand, hatten wir nicht, sonst hätten wir ihm natürlich daran beschäftigt. Aber auch bei uns muß ebenso, wie in andren Betrieben, jeder, der eine Funktion übernehmen will, seiner Aufgabe gewachsen sein; kann er den Posten, den er übernommen, nicht ausfüllen, dann muß er eben gekündigt werden. (Zustimmung.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vorstande ein stimmig Entlassung erteilt.

Der Antrag 9 wird angenommen, ebenso der Antrag Arons Stadthagen, nachdem Meister erklärt hat, daß die Kontrollkommission keinen Wert auf die Abstimmung ihrer Resolution lege.

Angenommen wird auch schließlich die Mühlhauser Resolution der Kontrollkommission.

Die Debatte wendet sich darauf den Anträgen zu, die sich auf Agitation beziehen: 20, 22 und Antrag Pfannkuch (127): „Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen. Partei-Orte beziehungsweise Kreise oder die Provinzial-Agitationskomitees haben das Vorschlagsrecht. Der Vorschlag ist für den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht bindend. Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 M. Der Parteivorstand ist um einen Sekretär zu vermehren.“

Dr. Südekum: Der Antrag Nürnberg will eine Direktive geben, in welcher Weise die Agitation in Zukunft besser zu gestalten sei. Er schlägt vor, eine Agitationskommission für das ganze Reich zu bilden, die eine systematische Agitation zu betreiben hat. Durch den Antrag 127 ist ein großer Teil dessen, was wir wünschen, bereits zugesagt, nur ermöglicht er nicht das, was unser Antrag hauptsächlich bezweckt, nämlich die lebhaftere Führung des Parteivorstandes mit den Parteigenossen draußen im Lande. Wenn jetzt dem Parteivorstande noch ein Sekretär hinzugefügt wird, so wird es ja möglich sein, daß dieser sich der Agitation mit besonderem Eifer widmet. Aber an dem ganzen System, das bisher geherrscht hat, wird dadurch nichts geändert. Ein Versuch mit einer solchen Agitationskommission könnte doch wenigstens für

ein Jahr gemacht werden. Ich glaube, es wird, wenn der Antrag Pfannkuch angenommen wird, ungefähr so werden, wie unser Antrag will. Wenn die Sekretäre nach dem Bedürfnis der einzelnen Landesteile angestellt werden, so wird man auch dazu kommen, sie von Zeit zu Zeit zu Konferenzen zusammen zu berufen, um sich darüber zu vergewissern, welche Agitationsstoffe auszubereiten sind. Wir denken übrigens bei unserem Antrage nicht allein an die sogenannten dunkelsten Teile Deutschlands. Gerade in den Wahlkreisen, die wir bei der letzten Wahl bei einer Wahlbeteiligung unter 50 Proz. neu gewonnen haben, ist eine rege Agitation dringend notwendig; alle diese Kreise sind ohne weiteres als gefährdet zu betrachten. Wir bitten Sie, dem Antrag Nürnberg zuzustimmen.

Klühs-Breslau beantragt zur Geschäftsordnung, die Beratung des Antrages 20 mit der Beratung der zum Punkte „Organisation“ gestellten Anträge zu verbinden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Nunmehr beantragt Klühs, auch die Anträge 22 und 127 zurückzustellen.

Vorsitzender Dieß: Ich bitte Sie dringend im Interesse der Erfüllung dieser Wünsche, das nicht zu tun. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Diskussion über den Punkt „Organisation“ solche Dimensionen annimmt, daß man gezwungen ist, diese ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Diese Kommission bringt vielleicht erst im nächsten Jahre ihre Resultate, während es sich bei dem Antrage Pfannkuch um sofortige Erfüllung eines seit Jahren gehegten Wunsches handelt. Hindern Sie das nicht, sondern nehmen Sie es an. Lehnen Sie den Antrag 22 ab. Besser wäre es noch, er würde von Elberfeld zurückgezogen.

Der Antrag 22 wird zurückgezogen.

Pfannkuch wiederholt zur Begründung des Antrages 127, daß die Steigerung des Gehaltes der Parteisekretäre nicht ins Unendliche gehen soll. Die Festsetzung der Maximalgrenze wollten wir uns aber für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten, wo wir Erfahrungen gesammelt haben werden.

Vollmar: Ich stehe der Idee des Antrages 127 durchaus sympathisch gegenüber und möchte nur verhüten, daß in einem Punkte ein Mißverständnis entsteht. Es ist in dem Antrage gesagt, daß die Sekretäre vom Parteivorstande ernannt werden, daß ihr Gehalt so und so viel betragen soll u. Es versteht sich meines Erachtens von selbst, daß es sich dabei nur um die Sekretäre handeln kann, die vom Vorstande angestellt und bezahlt werden. Wir haben aber eine ganze Reihe von Sekretären, die von lokalen oder Bezirksorganisationen angestellt sind und auf die der Antrag 127 selbstverständlich keine Anwendung finden kann. (Zwischenruf Pfannkuch: Vollständig einverstanden!) Das wollte ich nur feststellen, da der Wortlaut des Antrages eine andre Deutung zulassen würde.

Hoffmann-Hamburg meint, man könne sehr wohl jetzt schon eine Maximalgrenze etwa von 3000 M. festsetzen. Es steht dem Parteitage dann ja immer noch frei, diesen Beschluß in einem späteren Jahre abzuändern.

Der Antrag Pfannkuch (127) wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag geht über zu dem Punkte: „Presse“.

Die hierzu noch eingegangenen Anträge 124 und 125 werden nicht genügend unterstützt, während Antrag 126 und 148 (Zusätze zu Antrag 33) die nötige Unterstützung finden.

Es stehen demnach zur Diskussion die Anträge 28, 29, 32, 33, 35—39, 105, 126 und 148.

Jentsch-Berlin begründet den Antrag 32. Die „Neue Welt“ hat in ihren Illustrationen eine gewisse Einseitigkeit. Alle Errungenschaften auf wissenschaftlichem und technischem Gebiete werden vollständig übergangen, obgleich sie

für das Proletariat von höchstem Interesse sind. Ebenso wie in der „Neuen Welt“ vor Augen geführt wird, was auf dem Gebiete der Plastik und der Malerei geleistet wird, ebenso ist es auch möglich, die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften zur Kenntnis des Proletariats zu bringen, so daß es einigermassen auf dem Laufenden bleibt. Nehmen Sie daher unseren Antrag an, oder überweisen Sie ihn dem Parteivorstande zur Verächtlichung. Schließlich möchte ich den Vorstand bitten, zu erwägen, ob nicht die „Neue Welt“ in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt werden kann.

Zubeil vertritt den Antrag 29. Der Gedanke ist nicht neu. Es sind schon ähnliche Versuche gemacht worden. Wir betonen immer, daß die Zukunft gehört, wenn die Jugend gehört, trotzdem haben wir heute nicht ein einziges Werk in unserer Literatur, welches erzieherisch auf unsere Jugend einwirken kann. Heute ist dieselbe ausschließlich in die Hände der Eltern gelegt, ohne daß dieselben ein Hilfsmittel besitzen, die Jugend zu der neuen Weltanschauung zu erziehen. Gewiß ist die Aufgabe schwierig, aber wir müssen trotzdem trachten, sie mit der Zeit zu lösen. Das Kapital, das wir für den guten Zweck aufwenden, wird sich reichlich verginsen. Was den Druck der „Neuen Welt“ anbelangt, so ist es durchaus begreiflich, daß die Berliner den Wunsch haben, daß die „Neue Welt“, wenigstens soweit es sich um die Auflage des „Vorwärts“ handelt, in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt wird. Der jetzige Zustand wird immer unerblicklicher. Sobald eine Sonntagsnummer einmal stärker verlangt wird, müssen die Berliner, um die „Neue Welt“ liefern zu können, immer erst in Hamburg nachbestellen. Das dauert 3, 4, 5 Tage. Es ist notwendig, daß hier eine Aenderung eintritt.

Vérard-Hamburg: Ich bin in der angenehmen Lage, mit dem Antrage Berlin IV mich einverstanden erklären zu können. Auch ich meine, daß mehr für Illustrationen in der „Neuen Welt“ geschehen muß. Nun werden Sie sagen: Ja, warum sorgen Sie denn nicht dafür? Nun, in unseren Vertrieben hat der Verleger bekanntlich nichts zu sagen, der Redakteur alles. Deshalb ist es mir angenehm, daß dieser Antrag erfolgt ist. Ich wünsche nur, daß der Redakteur der „Neuen Welt“ sich diesen Antrag als Fingerzeig dienen läßt. Das Beste ist es, den Antrag Berlin IV. dem Vorstande zur Verächtlichung und mit dem Ersuchen zu überweisen, recht bald an die Frage heranzugehen. Es ist weiter der Wunsch ausgesprochen, daß die „Neue Welt“ den technischen Errungenschaften folgen und sie besprechen soll. Wenn wir so die Aufgaben des Blattes erweitern, kann es nicht mehr als Beilage für politische Zeitungen gelten und für einen so billigen Preis abgegeben werden. Der Wunsch Berlins, die „Neue Welt“ entweder in der ganzen oder doch in der Berliner Auflage zu drucken, ist ja begründet. Berlin hat jetzt eine eigene Druckerei und ist in solchem Umfang eingerichtet, daß der Wunsch besteht, viele Druckarbeiten zu erhalten und sie auch andern wegzunehmen. Auch bei uns muß man aber mit Anstand konkurrieren. Auf früheren Parteitagungen haben wir uns lange darüber unterhalten, ob Hamburg sich zum Druck der „Neuen Welt“ eine besondere Maschine anschaffen soll. Ich habe mich lange dagegen gestraubt, denn eine solche Maschine kostet ein großes Stück Geld und kann zu nichts anderem gebraucht werden. Erst als der Vorstand zu mir sagte: „Wenn Sie die Maschine nicht kaufen, dann wird die „Neue Welt“ in Berlin gedruckt,“ entschloß ich mich zur Anschaffung der Maschine. Geht der Druck der „Neuen Welt“ nach Berlin, dann muß sich Berlin sofort eine solche Maschine anschaffen oder unsere Maschine übernehmen. Bei dieser Übernahme werden sich angesichts der großen Auflage viele technische Schwierigkeiten einstellen, so daß mindestens 4 Wochen lang keine „Neue Welt“ erscheinen könnte. Es ist richtig, daß Berlin jetzt den dritten Teil der Auflage besitzt. Es ist ungehalten über die hohen Frachtkosten, die es tragen muß. Aber diese Frachtkosten würden bei dem Druck in Berlin auf Hamburg

fallen, und so wäre an dem finanziellen Ergebnisse für die Gesamtpartei nichts geändert. Zubeil hat mit besonderem Nachdruck betont, es handele sich jetzt in Berlin um ein eignes Parteigeschäft. Ja, das Hamburger Geschäft ist doch auch unser eignes Geschäft. Es ist viel älter, als das Berliner (Peiterfeit) und hat der Partei großen Nutzen gebracht. (Sehr richtig!) In die Lage, in der jetzt der „Vorwärts“ ist, würde beim Druck in Berlin das „Echo“ kommen, dessen Auflage auch unmaßgeblich steigt und dann Nachlieferungen der „Neuen Welt“ erforderlich machen würde. Auf einem Parteitage kann die ganze Angelegenheit nicht erledigt werden. Sie muß sehr genau besprochen und sollte deshalb dem Vorstande zur Erwägung überwiesen werden.

Vorsitzender Dick stellt nachträglich noch den Antrag 105 mit zur Debatte.

Bühler erhebt Widerspruch, daß Hendrich das Wort erteilt werde, bevor über sein Mandat endgültig entschieden sei.

Vorsitzender Dick: Es ist überall Sitte, so lange ein Mandat nicht für ungültig erklärt worden ist, seinen Inhaber zur Abstimmung und zur Rede zuzulassen. (Zustimmung.)

Hendrich-Freiburg: Die Hauptfrage scheint zu sein: Wollen wir eine Zeitschrift, die sich nur an die Jugend wendet oder eine Familienzeitschrift, die dem Unterhaltungsbedürfnisse der Genossen mehr als bisher entgegenkommt. Aus rein praktischen Gründen muß man zu dem Schluß kommen, daß für eine Familienzeitschrift, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, bereits gesorgt ist. Was uns fehlt, ist eine Jugendzeitschrift. Brück hat in seinem Artikel in der Parteitagsnummer der „Neuen Zeit“ durchaus das Richtige getroffen, wenn er sich dagegen wendet, daß eine solche Jugendzeitschrift gewisse Merkmale eine Agitationszeitschrift, für unsere Jugend sei. Eine derartige Zeitschrift wäre von vornherein zum Tode verurteilt; denn sie würde nicht gelesen werden, namentlich nicht von denen, für die sie geschrieben ist. Von der Kommissionsberatung bitte ich entschiedenen Abstand zu nehmen; denn dadurch würde die Schwierigkeit nur noch vergrößert. Eine solche Zeitschrift braucht mehr einen geeigneten Verleger und einen geeigneten Redakteur. Sobald sich diese zwei zusammenfinden, ist jede Kommissionsarbeit überflüssig. Ich will Ihre Geduld, ja zum Teil Ungeduld, nicht lange in Anspruch nehmen, sondern vielmehr bitten, dem Antrage der Genossen in Durlach, der ja den Gedanken einer Jugendzeitschrift am entschiedensten zum Ausdruck bringt, zuzustimmen.

Dr. Liebknecht-Berlin: Einige Worte zur Begründung des Antrags 105. Man wird gegen den Antrag einwenden: Wozu ist eine derartige Agitation notwendig? — Der Kampf gegen den Militarismus ist doch in unserem allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus einbezogen und wird schon seit jeher aufschärfste geführt! Und wer nicht außerhalb der Kaserne Sozialdemokrat geworden ist, wird es sicher in der Kaserne; der Militarismus ist der beste Agitator gegen den Militarismus! — Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir nicht die besondere Art der Agitation unter der proletarischen Jugend, die ja nebenher schon betrieben wird, spezialisieren sollen, gerade deswegen, weil der Militarismus unser schlimmster Feind ist, und weil der Kampf gegen ihn nicht besser geführt werden kann als durch fortgesetzte Vermehrung der Sozialdemokraten unter den Soldaten. Natürlich nicht, während sie Soldaten sind. Aber wenn sie Sozialdemokraten sind, bevor sie Soldaten werden, steht uns unsere Sache am besten. Die bedeutendsten Vertreter unserer Partei sind ja überzeugt, daß der Militarismus in sich zermorschene müsse, bevor der Sieg unserer Ideen gelingen könne.

Da wir nicht in der Lage sind, wie in anderen Ländern in der Kaserne Agitation zu treiben, muß die Agitation in die Zeit verlegt werden, wo die Gejeze sie nicht verhindern. Natürlich ist eine solche spezialisierte Agitation in gewissem Sinne gefährlich; es sind überall kriminelle Fußangeln ausgelegt. Aber es genügt, unter der proletarischen Jugend systematisch unsere Ideen zu propa-

gieren, unter ganz besonderer Hervorhebung des Charakters des Militarismus; die sozialdemokratischen Rekruten wissen, wie sie sich beim Militär zu verhalten haben. Der Militarismus stellt die höchste Konzentration der brutalen Gewalt des Kapitalismus dar. Die Armee wird aber auch viel in wirtschaftlichen Kämpfen mißbraucht, um Streikbrecherdienste zu leisten. Ich erinnere nur an den Eisenbahnerstreik in Ungarn. Ich weiß sehr wohl, daß es eine große Gefahr wäre, wollten wir die Rekruten zum Widerstand auffordern, das würde dazu führen, daß ungezählte Tausende Jugendhaus und Gefängnis verhängt würden. Wohl aber müssen wir dafür sorgen, daß, wenn es einmal zu heftigen Zusammenstößen zwischen der gegenwärtigen Staatsgewalt und dem organisierten Proletariat kommt, sich die Staatsgewalt nicht mehr so stark fühlt, wie gegenwärtig, wo sie sicher ist, daß ihr die blindlings gehorchende Armee auch zu Ungeleglichkeiten zur Verfügung steht. Ich weiß, daß unser Antrag insofern in Deutschland nicht den günstigen Boden hat, wie in anderen Ländern, weil uns ein Glied in der Kette der Organisation noch fehlt, nämlich das Glied der sozialdemokratischen Jugendorganisation. Aber wenn wir den Antrag annehmen, so wird das auch für Deutschland nicht fruchtlos sein. Es würde eine spezielle Aufgabe der Gewerkschaften werden, denen ja viele junge Leute angehören, auf sie einzuwirken. Der Zweck des Antrages ist, einen Impuls zu geben zur Verschärfung und Systematisierung eines besonders wichtigen Zweiges der Agitation, der Jugendagitation gegen das Hauptbollwerk des Kapitalismus, gegen den Militarismus.

Ein Antrag B. Fischer will sämtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen.

Rickhard Fischer-Berlin: Wenn Sie den Antrag 105 dem Parteivorstande zur Erwägung überweisen, so stellen Sie ihm eine Aufgabe, die er einfach nicht erfüllen kann. Der Vorstand wird, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, dem Wunsche des Kongresses widersprechen und sagen müssen: Ich kann den Antrag nicht ausführen. Sie können doch dem Parteivorstande nicht zumuten, Anträge anzunehmen, von denen er überzeugt ist, daß er sie nicht ausführen kann. (Sehr richtig.) Daß wir alle das Interesse haben, die Jugend sozialdemokratisch zu machen, darüber brauchen wir uns hier nicht zu unterhalten, das müssen wir tun, das ist unsere Lebensaufgabe und außerdem eine aus den Verhältnissen sich ergebende Notwendigkeit. Aber durch solche Anträge kann man die Jugend nicht sozialdemokratisch machen. Bis zu einem gewissen Grade ist die Jugend eben Jugend, muß sich austoben und ist für den Ernst des Lebens noch nicht zu haben. Wir müssen mehr Vertrauen zu unsrer Sache selbst haben. Ich möchte ein schlechter Vater sein, wollte ich nicht meinen Sohn in meiner Gedankenswelt erziehen, und der müßte ein schlechter Arbeitskamerad sein, der nicht schon den Lehrling zum Sozialdemokraten macht. Das ist eine Aufgabe, die Sie überall zu erfüllen haben. Derartige Anträge dürfen wir nicht annehmen, denn sie haben keinen Erfolg. In dem Augenblick, wo wir sie ausführen wollten, würde uns die Möglichkeit dazu genommen sein. Ich habe heute schon das Vertrauen zu unsern Richtern, daß sie durch entsprechende Auslegung der bestehenden Gesetze eine derartige Propaganda verhindern werden, und wenn das nicht möglich sein sollte, dann würde der Reichstag innerhalb vierzehn Tagen bereit sein, ein Gesetz zu apportieren, das eine solche Agitation unmöglich macht. (Sehr richtig!) Ueberhaupt die ganze Jugendagitation! Schauen wir doch unsere Vereinsgesetze an! Was in Oesterreich, Belgien usw. möglich ist, ist bei uns, selbst wenn es wünschenswert wäre, unmöglich. Sie treiben damit nur Spielerei! (Zustimmung. — Kollmar: Eine sehr böse Spielerei!) Ich glaube, der Parteitag wird den Antrag ablehnen. (Wehe! Sehr richtig!)

Run zu V e r a r d. V é r a r d befindet sich in einem Mißverständnis. Weder Zubeil noch Zentich haben davon gesprochen, daß der Druck der gesamten „Neuen Welt“ nach Berlin kommen soll, sondern nur den Gedanken ausgedrückt, daß

diesigen Exemplare, die dem „Vorwärts“ beigelegt werden, in Berlin gedruckt werden. Nach meiner Meinung kann es nicht die Aufgabe des Parteitagcs sein, hierüber Beschluß zu fassen. Das müssen die in Betracht kommenden Faktoren unter sich regeln, und ich glaube, wir werden uns darüber verständigen, um so mehr, als wir dadurch einen Zustand wieder herstellen, der schon bestand. Daß es ein Unfinn ist, jährlich über 4000 Mk. für Fracht auszugeben, wenn sich diese Ausgabe vermeiden läßt, ist doch klar. Außerdem ist die Auflage der „Neuen Welt“ so gestiegen, daß der Druck Bérard schon Kopfschmerzen macht.

Eine Reihe von Anträgen bezieht sich auf die Zugend-Zeitchriften. Es sollen entweder neue Zeitchriften herausgegeben oder alte wieder ins Leben gerufen und die Defizits durch Parteizuschüsse gedeckt werden. Das ist ja sehr schön. Aber heute früh haben wir eine Rede von Ullensbaum-Elberfeld gehört, der es geradezu als Verbrehen hingestellt hat, daß die Buchhandlung Vorwärts so unverschämte Ueberschüsse erzielt. (Große Heiterkeit.) Sonst habe ich immer gefunden, man kriegt keine Siebe, wenn man Defizits macht. (Heiterkeit.) Daß man aber gepörrügel wird, wenn man Ueberschüsse hat, ist mir neu. (Erneute Heiterkeit.) Wenn Sie beschließen, daß wir Defizits machen sollen, ich glaube, das Kunststück kriegen wir auch fertig. (Heiterkeit.) Aber dem Tröpschen jüdischen Bluts, das ja in der Buchhandlung Paul Singer vorhanden ist, würde es weh tun, wenn wir mit Defizits arbeiten sollten. (Stürmische Heiterkeit.) Die Ueberschüsse sind nicht auf die Weise erzielt, wie Ullensbaum glaubt, der da meint, wir hätten nur infolge des hohen Preises der Agitationsbroschüren 35 000 Mk. abliefern können. Ich will Ullensbaum verraten, daß der Ueberschuß sogar noch höher ist. Wir haben nur noch nicht alles abgeliefert. (Heiterkeit.) Woher kommen die 35 000 Mk. Ueberschuß? Wir haben z. B. 650 000 Hefte „Wider die Pfaffenherrschafft“ in einem halben Jahre vertrieben bei 1 Pf. Gewinn pro Hefte. Das sind 6500 Mk. Wir haben 650 000 „Der wahre Jacob“ in Berlin und Umgebung verschickt; das macht bei $\frac{1}{4}$ Pf. Profit pro Nummer 4500 Mk. Wir haben weiter ca. 600 000 Mai-Zeitungen und dergleichen verbreitet, das macht bei 1 Pf. Profit 6000 Mk. An den 40 000 Protokollen, die wir für 75 Pf. verkauft haben, haben wir $2\frac{1}{2}$ Pf. pro Exemplar verdient. Bei 75 Pf. wird man doch $2\frac{1}{2}$ Pf. verdienen müssen. Das macht wieder 1000 Mk. Ebenso an den ca. 40 000 Arbeiter-Notizkalendern. Wir haben vielleicht 1 250 000 Hefte „In freien Stunden“ verkauft, da muß es uns gestattet sein, 1 Pf. zu verdienen. Das sind wieder 12 500 Mk. Rechnen Sie das zusammen, so haben Sie schon da allein über 80 000 Mk. Ueberschuß. Die Ueberschüsse können nur erzielt werden in der Massenaufgabe und den Massenumsätzen, und kein einziges von den angeführten literarischen Erzeugnissen hätte auch nur um 5 Pf. billiger sein können. Einzelne haben ja überhaupt nur 5 Pf. gekostet. Die Zusammenstellung, die ich jetzt aus dem Handgelenk gemacht habe, zeigt, daß an den übrigen Broschüren kein unverhältnismäßig hoher Profit bleibt. Da sind wir oft froh, wenn wir die Kosten decken. Wir fragen uns bei der Herausgabe einer Broschüre doch jedesmal, wie hoch der Absatz sein wird, und auf der Grundlage dieser Berechnung wird der Preis festgesetzt. Nun kommt es ja vor, daß manche Broschüre, z. B. „Saarabien“ und „Der Zunkerstaat“, die wir zu 20 000 angenommen haben, in 60 000 Exemplaren abgesetzt werden. Dann ist der Profit natürlich erheblich größer, als wenn wir drei Broschüren in je 20 000 Auflagen herstellen. Also ich meine, Sie sollten sich vor den Ueberschüssen der Buchhandlung nicht so sehr fürchten. Ich halte es für eine Aufgabe der Partei-Institute, möglichst hohe Ueberschüsse zu erzielen, und ich würde es mir zum großen Verdienst anrechnen, wenn wir z. B. an dem „Vorwärts“ solche Ueberschüsse erzielen könnten, daß wir nicht nur der Partei noch viel mehr abführen, sondern auch den Wunsch der Berliner nach Verbilligung ihres Organs um zehn Pfennige erfüllen könnten. Ich glaube heute schon sagen zu können, daß wir im nächsten Jahre vielleicht 150 000 Mk. Ueberschuß

aus dem „Vorwärts“ haben werden. Eigentlich dachte ich, wir von der Buchhandlung Vorwärts würden hier als Muster hingestellt, vielleicht nach dem Vorgange von heute früh photographiert werden, statt dessen bekommen wir jetzt Siebe. (Heiterkeit.) Wir haben heute morgen die Anstellung von Agitatoren beschlossen, die planmäßig den sozialistischen Gedanken verbreiten sollen. Ja, wozu sollen die bestellt werden? Der Parteikassierer wird mir bestätigen, daß drei Viertel sämtlicher Einnahmen aus den Beiträgen der Berliner und Hamburger Parteigenossen und aus den Ueberschüssen der Partei-Institute kommen. Die Partei-Institute haben also geradezu die Aufgabe, Ueberschüsse zu erzielen, natürlich, ohne daß dadurch die Aufgaben dieser Institute oder die Interessen der Partei verletzt werden, und ich glaube nachgewiesen zu haben, daß wir nach der Richtung in der Buchhandlung Vorwärts nicht gesündigt haben. Wahrscheinlich werden Sie die Herausgabe einer Jugendzeitschrift beschließen, und wenn die Frage so gestellt würde: ob es wünschenswert ist, eine Jugendzeitschrift zu begründen, so würde ich sogar mit 2 Händen dafür stimmen. (Heiterkeit.) Es fragt sich nur, ob es möglich ist. Wir haben ja wiederholt Versuche nach der Richtung unternommen. Schon vor 12 Jahren haben wir im Parteivorstande einen Lehrer mit den Vorarbeiten betraut, zwei Hefte wurden fertiggestellt, aber wir mußten von der Ausgabe absehen, weil sie den zu stellenden Anprüchen nicht genügte. Einige Jahre später haben wir dem verstorbenen Genossen Kehler denselben Auftrag erteilt, das Resultat war wieder ein negatives. Man spricht von der „Güte“. Es liegt mir fern, auch nur ein tabelndes Wort dagegen zu sagen, aber daß das eine Jugendzeitschrift war, wie die Genossen sie wünschen, das muß ich verneinen. Es war eine sehr gute Zeitschrift, aber keine Jugendzeitschrift. Die Frage ist überhaupt nicht die, ob wir eine Jugendzeitschrift haben wollen, sondern ob wir sie schaffen können, ob wir den geeigneten Redakteur und die geeigneten Mitarbeiter finden. August hat selbst schon Beiträge für Jugendblätter geliefert. (Heiterkeit. — Bebel ruft: Sie waren auch danach. Erneute Heiterkeit.) Gewiß wie alles, was von Dir kommt, gut ist. (Große Heiterkeit.) Aber ich glaube, er bildet sich selbst nicht ein, daß das das Beste war, was er geschrieben hat. Ich kenne keinen Parteischriftsteller, der der geeignete Mann für die Leitung einer Jugendzeitschrift wäre. Wer für die Jugend schreibt, muß den Stoff vollkommen beherrschen, er muß die Gabe haben, das Wesentlichste abgerundet, sozusagen plastisch darzustellen zu können, er muß gleichsam in der Jugend aufleben. Wir haben auch in der bürgerlichen Welt sehr wenig gute Jugendzeitschriften. Jedes Jahr kommen und verschwinden ganze Berge solcher Jugendzeitschriften. Dazu kommt noch eins. Die bürgerliche Welt hat ein nahezu unbefränktes Absatzgebiet für solche Sachen. Wenn wir ein solches Buch herausgeben, dann ist der Absatz nach einem Jahr abgeschlossen. Das wird mir Genosse Diez bestätigen, der auch einen praktischen Versuch damit gemacht hat. Nur alle Menschenalter einmal gibt es einen wirklich guten Jugendzeitschriftsteller, der für lange Zeit schreibt, darüber müssen wir uns klar sein.

Wenn eine solche Jugendzeitschrift herausgegeben werden soll, so kann das nur von Parteiwegen geschehen. Es dürften nicht zu diesem Zweck Parteigelber an Privatleute gegeben werden, die man nicht kontrollieren kann. Suchen Sie uns solche Leute, die gute Jugendzeitschriften leiten und gute Beiträge für die Jugend schreiben können. Die Partei ist es aber sich selbst und der Bedeutung der Dinge schuldig, ein solches Unternehmen nicht in Angriff zu nehmen, ehe die geeigneten Leute gefunden sind. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Diez teilt mit, daß W. Fischer-Berlin I und Freiwaldt-Pantow aus dem Antrage auf Ueberweisung der Anträge zur Presse an den Parteitag den Antrag 105 gestrichen haben.

Hierauf vertagte der Parteitag die Beratung auf Dienstag 9 Uhr.
Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Dietz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 10 Minuten und bringt Begrüßungstelegramme der sozialistischen Partei Amerikas, des Parteivorstandes der holländischen Parteigenossen, des Generalrats der revolutionären Partei Rußlands, des Komitees des Bundes des kämpfenden jüdischen Proletariats von Litauen, Polen und Rußland, des sozialdemokratischen Leseklubs in Luxemburg und einer Anzahl einzelner Parteigenossen zur Kenntnis der Versammlung.

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein und setzt die Debatte über die zur „Presse“ gehörenden Anträge fort.

Liebknacht, Müllenkädt und Otto Brann beantragen zu Antrag 105: „In Anerkennung der Notwendigkeit, unter der proletarischen Jugend eine systematische Agitation für die sozialdemokratischen Lehren zu entfalten; in Anerkennung weiter der Notwendigkeit, bei dieser Jugendagitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen, hält der Kongreß den Antrag 105 für erledigt.“

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Dr. Südekum: Ich glaube, daß die klaren und scharfen Worte, die Fischer gestern abend schon gegen den von dem Genossen Liebknacht verteidigten Antrag, auf einen fruchtbaren Boden bei Ihnen gefallen sind. Die Parteigenossen, in deren Namen Liebknacht sprach, sind in der Tat auf vollständig falschem Wege. Die Agitation, die sie sich denken, kann keinen Nutzen haben, würde aber eine Menge von unsern jetzigen und zukünftigen Parteigenossen in schwere Gefahr bringen. Und zwar nicht diejenigen werden in Gefahr kommen, die schon lange sich in unsre Ideenwelt hineingelebt haben, sondern gerade jene guten Leute, die sich nicht sowohl durch große Schiefertreue auszeichnen — wie Herr v. Einem im Reichstage sagte — wie durch eine gute patriotische Gesinnung, die zum ersten Mal von einer solchen Agitation hören und dann nicht Selbstherrschung genug besitzen, um allen Situationen gepaßt zu sein. Aber nicht nur gefährlich, sondern auch nutzlos ist diese Agitation. Als ich vor zwei Jahren zur Zeit des verunglückten Generalfreiks in Belgien war, bei dem auch die Gefahr bestand, daß das reguläre Militär auf die Straße geführt wurde, erkundigte ich mich bei den Genossen, ob sie wohl glaubten, daß die in den Kasernen konfiszirten Truppen im entscheidenden Augenblick schießen würden. In Belgien ist das Experiment gemacht worden mit dieser sozialistischen Propaganda in den Kasernen, und zwar unter ganz andern Umständen als bei uns. Es entspricht dem ganzen Volkscharakter in Belgien viel mehr, daß man dort mit einer gewissen Frechheitigkeit an die geheiligten Institutionen des Klassenstaates herangeht. Trotzdem waren die belgischen Genossen überzeugt, im entscheidenden Moment würden die Soldaten unter dem Eindruck einer Massenpsychose doch schießen und wenn auch nur ein Drittel schießen würde, so würde das genügen, um entsetzliches Unheil anzurichten. Ich glaube, das Beste ist, wenn der Parteitag über den Antrag 105 zur Tagesordnung übergeht, und zwar nicht erst auf dem Umwege des neuen Antrages.

Nun zu etwas anderm. Die vielen Anträge auf Schaffung einer Jugendzeitung zeigen doch, daß in den Massen unseres Proletariats das Bedürfnis nach einer solchen Zeitschrift unzweifelhaft besteht. Nicht ohne eine gewisse Bitterkeit kann man jetzt die Metrologe für die „Gütte“ hören, nachdem sie längst selbstdenkend ist. Als es damals darauf ankam, diese Zeitschrift zu fördern, hat sie nicht so viel freundliche Hilfe gefunden, wie man jetzt nach den Reden glauben sollte. (Leichenreden!) Ja, Leichenreden sind es. Im entscheidenden Augenblick,

als Verhandlungen zwischen Wallfisch und den Leipziger Genossen im Gange waren, haben es auch führende Parteigenossen an der Bestürzung, daß die Leipziger die Zeitschrift übernehmen sollten, sehen lassen, sie haben im Gegenteil den Leipzigen abgewinkt. Es wäre durchaus möglich gewesen, die „Gütte“ weiterzuführen und ganz anders auszugestalten, wenn man nur wenige Tausende, höchstens 10 000 M. zur Verfügung gehabt hätte. Das Defizit im ersten Jahre war durch die Einführungskosten bedingt. Eine halbe Million Prospekte der deutschen sozialdemokratischen Presse bezulegen, kostet allein 8 bis 4000 Mark. Das kann man aber nicht als Defizit der Zeitschrift aufmarschieren lassen, denn das wiederholt sich doch nicht alle Jahre. Fischer sagte, es sei sehr schwer, die geeigneten Leute zu finden. Das mag sein; gibt es aber solche Leute, so hätten sie doch heute gar keine Möglichkeit, ihr Talent zu entfalten. Damals hat man die Erfahrung gemacht, daß sehr bald höchst talentvolle Leute mit wertvollen Beiträgen auch aus Kreisen kamen, wo wir sie gar nicht vermutet hätten. Der Redakteur der „Gütte“ hatte sicher in seiner Mappe noch viele gute Beiträge. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß ein solches Unternehmen unter allen Umständen nur als Partei-Unternehmen zu denken wäre. Auch die „Neue Zeit“ ist doch jahrelang Privatunternehmen gewesen. Uebrigens Geldgeschäfte machen wollte auch Wallfisch mit der „Gütte“ nicht, er war sich klar, daß die Partei das Unternehmen eines Tages für sich reklamieren würde, und mit Recht. Also stoßen Sie nicht die Privatinitiative von vornherein zurück auf einem Gebiete, wo jeder Schritt auf unbekanntes Terrain führt. Beschließen Sie vielmehr, daß jemand, der einen solchen Versuch aufnehmen will, auf Ihre moralische und, falls nötig, finanzielle Unterstützung rechnen kann.

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich bin der Meinung, daß wir die Schaffung der Jugendzeitung keinesfalls der Privatinitiative überlassen können. Die Erfahrungen beweisen, daß es sich um eine sehr schwierige Aufgabe handelt. Es ist nicht leicht, eine Jugendzeitung unter die Arbeiter zu bringen, wo wir zum großen Teil noch nicht einmal die Frauen haben. Ueber die Notwendigkeit einer Jugendzeitung in einer Zeit, wo die Verminderungsversuche und die Geschichtsfälschung in der Volksschule immer mehr zunimmt, sind wir uns alle klar, aber die Ausföhrung ist schwierig, und daß die Sache viel Geld kosten wird, kann ich Ihnen versichern. Wir haben es mit der von Dr. Wille redigierten „Freien Jugend“ erlebt, wie teuer und wie schwer es ist solche Schrift im Volke einzuföhren. Freilich, als ich gestern Bendrich hörte, hatte ich den Eindruck, daß er einen Verleger und Redakteur schon in der Tasche habe und nur noch die Geldbewilligung brauche. Ich meine, so etwas kann nur von Parteivegen gemacht werden. Die moralische Verantwortung müssen wir doch tragen, da ist es auch unsre Pflicht, sie von Parteivegen herauszugeben, damit wir die nötige Kontrolle haben. Es wäre vielleicht am leichtesten als Beilage zur „Gleichheit“ eine solche Jugendzeitung zu schaffen, etwa unter dem Titel „Für unsere Kinder“, da bekämen unsere Frauen es in der Hand. Noch besser wäre es wenn es allen Parteiblättern beigelegt werden könnte; aber alle solche Unternehmungen müssen in der Hand der Partei sein, damit wir nicht zu Zuständen kommen, wie wir sie in andern Ländern haben.

Jacob-Bant: Die „Neue Welt“ müßte vielseitiger und aktueller sein und bessere Illustrationen bringen. Wir haben bürgerliche Unterhaltungsblätter, die uns da als Vorbild dienen können. Die „Neue Welt“ ist eben nicht das, was sie sein soll, es ist kein Familienblatt, das man sich aufbewahrt, sie wird vielfach als Butterbrotpapier benutzt, und das Geld dafür ist weggeworfen. Ich bitte den Parteivorstand dringend, für die Schaffung eines guten Familienblattes zu sorgen.

Bühler-Essen: Im Interesse unsrer Agitation, namentlich im Kampf gegen das Zentrum, ist es nötig, daß die große Masse darüber aufgeklärt wird, warum

unsre Reichstagsfraktion diesem oder jenem Gesetzentwurf gegenüber eine negierende Haltung eingenommen hat. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrags 87.

Ragenstein-Charlottenburg: Ich bitte, den Antrag Liebknecht dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, wenn ich auch mit seinen Einzelheiten nicht einverstanden bin. Was wir in der Presse lesen, beweist uns, daß die Soldatenmißhandlungen trotz der alljährlichen Militärdebatten im Reichstage nicht abgenommen haben. Wir können den Mißhandlungen nicht ruhigen Blutes gegenüberstehen, denn ein so großer Vorzug auch die Ruhe ist, so gibt es doch Dinge, bei denen die Leidenschaft am Plage ist. Heute, wo die Selbstzerückung des Militarismus so an die Öffentlichkeit tritt, liegt für die Sozialdemokratie wichtiger als je die Veranlassung zu ängstlicher Zurückhaltung mehr vor. Es ist unsre Aufgabe aggressiv vorzugehen, nicht aber zu warten, bis die Dinge an uns herankommen. Südekum sprach von einer Volkspsychose, aber die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, derartige Volkspyschosen ruhig wirken zu lassen, sie soll vielmehr das Volk davon kurieren. Und die Erfahrungen in Rußland beweisen, daß auch diese Einflüsse von oben her nicht unüberwindlich sind. Wir müssen dafür sorgen, daß an Stelle des blinden Gehorsams das Gefühl der menschlichen Persönlichkeit, das Mitleid mit den Klassenossen, tritt. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, denn es wäre bedenklich, hier Vorkläge zu machen, die nicht vorher beraten und geprüft worden sind. Der Parteivorstand muß die in weiten Kreisen herrschende Stimmung gegen den Militarismus für unsre Zwecke auszunutzen suchen. Selbstverständlich ist es, daß er, wenn wir ihm Anträge überweisen, uns auch Rechenschaft darüber ablegen muß, wie er die Aufträge ausführt.

Noch ein Wort über die Jugend-Zeitschriften. Es wäre nach meiner Meinung sehr leicht gewesen, die „Gütte“ zu halten, wenn man sich nur mehr um Abornenten bemüht hätte. Die „Gütte“ stand auf der Höhe dessen, was wir erwarten und verlangen können. Daß ein Bedürfnis nach einer Jugend-Zeitschrift vorhanden ist, beweisen die vielen Anträge. Möge der Vorstand dafür sorgen, daß das Bedürfnis befriedigt wird.

Schüpkin-Leipzig. Ich bitte Sie, den Antrag 105 abzulehnen. Würden wir ihn annehmen, so würde seine Wirkung so schlimm sein, daß wir in ein, spätestens in zwei Jahren bestimmt bedauern würden, einem derartigen Antrag unsre Zustimmung gegeben zu haben. (Sehr richtig!) Was sollen wir denn eigentlich dem jungen Arbeiter, der ins Heer eintritt, für Verhaltensmaßregeln erteilen? Sollen wir ihm sagen, verhalte Dich in Deinem Interesse ruhig, benimm Dich wie ein geduldiges Lamm. Das wäre doch zweifellos verfehlt. Oder sollen wir ihm raten, laß Dir nichts gefallen, vergilt gleiches mit gleichem? Was aber würden wir dann für Erfahrungen machen! (Sehr richtig!) Wie viel Mißheiligkeiten würden entstehen! Was für Gerichtsverhandlungen würden wir erleben! (Sehr richtig!) Es ist ja ganz unmöglich, 18, 19jährigen jungen Leuten in ein paar Monaten genaue Instruktionen über ihr Verhalten beim Militär zu erteilen. Das geht bei einer Instruktion für den Wachtposten; dem wird gesagt, wenn Dich einer belästigt, dann verhaftest Du ihn, stellst ihn ins Schilderhaus mit dem Rücken zur Straße, knöpfst ihm die Hosenträger ab usw. (Heiterkeit.) Das kapiert der junge Mann. Aber in den ganz verschiedenartigen Fällen, die das Militärleben bringt, würde der junge Mann in den ersten zwei Stunden, die er in der Kaserne verlebt, elend Schiffbruch erleiden, wenn er sich auf Instruktionen von außen verlassen wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die jungen Leute Sozialisten sind, ist es gar nicht nötig, ihnen Instruktionen mitzugeben. (Lebhafte Beifall.) Dann hat der junge Mann so viel Takt, so viel sicheres Gefühl, daß er weiß, wie er sich in ersten Situationen zu verhalten hat. Und angenommen, es wäre möglich, in Berlin, Hamburg oder Leipzig mit

ihren starken Organisationen solche Instruktionen zu erteilen, in den andern Städten wäre es gar nicht durchführbar. Stellen Sie sich dann einmal vor, daß es zu einer Gerichtsverhandlung kommt und der schüchterne Rekrut — sichüchtern sind sie alle, wenn sie vor den Offizieren stehen — sagt uns, er habe sich nach unseren Instruktionen gerichtet. Das wäre eine schöne Geschichte. General v. Andres hat im Reichstage Nebel erwidert, die Sozialdemokraten leisteten beim Militär passiven Widerstand, machten damit die Vorgesetzten nervös und bewirkten so die Soldatenmißhandlungen. Der General glaubt das, und diese Anschauung würde, wenn wir den Antrag 105 annehmen würden, sich um so rascher verbreiten, und das Resultat würde in kriegsgerichtlichen Urteilen zum Ausdruck kommen. Die jungen Rekruten, die aus sozialistischen Kreisen kommen, würden noch schärfer als bisher angefaßt werden, und ein paar hundert Jahre Gefängnis wären der materielle Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kampf gegen den Militarismus muß doch anders geführt werden. Wir müssen versuchen, die Jugend im Allgemeinen zum Sozialismus zu erziehen und nicht im speziellen am Militarismus herumzuführen. (Sehr richtig!) Mit der Annahme des Antrages 105 würden wir nur dem Staatsanwalt mehr Arbeit verschaffen, und dazu haben wir keinen Anlaß. Die Wirkung des Antrages würde eine sehr läßliche sein; er würde sehr schlimm ausgelegt und auf sein Konto alles geschoben werden, was beim Militär passiert. (Wapo!)

Mollenhuth: Bei der Rede Ragensteins fragte ich mich unwillkürlich, ob denn Ragenstein unserer Agitation so ganz fern stehe, weil er sagte, daß der Kampf gegen den Militarismus mehr in den Vordergrund gerückt werden müsse. Sehen Sie sich die Wahlsflugblätter der letzten Reichstagswahlen an: keine andre Frage nimmt in diesen einen so breiten Raum ein, wie der Kampf gegen den Militarismus. Von jeher ist der Militarismus systematisch bekämpft worden, weil wir in ihm die Hauptstütze des Klassenstaats sehen. Was soll denn eigentlich geschehen? Das sagen uns die Antragsteller nicht. Es ist gesagt worden: Auf Einzelheiten dürfe man nicht eingehen, das sei zu gewagt. Der Grundgedanke des Antrags ist von der Partei bis jetzt entschieden abgelehnt worden. Als Domela Nieuwenhuis seine Propaganda für den Militärstreik betrieb, war es die deutsche Sozialdemokratie, die dieser Utopie entschieden entgegental. Derselbe Gedanke verbirgt sich hinter all den Wendungen des Antrages 105. Nun wird gesagt, wir müßten für die Jugend eine besondere Agitation haben. Darauf erwidere ich, daß es für uns darauf ankommt, die Einheit des Prinzips zu wahren und nicht für die Jugend andre Grundsätze zu haben als für die Erwachsenen. (Sehr richtig!) Die Bekämpfung des Militarismus geschieht durch die Propagierung des Sozialismus. Mit dem Siege des Sozialismus wird auch der Militarismus gestürzt werden, vorher nicht. Es kommt also darauf an, tüchtige Sozialdemokraten zu erziehen, die werden dann schon genug Ehrgefühl, Selbstbewußtsein und Erkenntnis haben, um zu wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Die Schaffung einer besondern Jugendbewegung könnte schließlich zu ganz erheblichen Gegensätzen führen. Hätten wir eine solche Bewegung, so müßten wir sie bekämpfen (Sehr richtig!), denn das Streben der Partei geht auf Zentralisation und größere Einheitslichkeit. Solche besondern Jugendorganisationen mögen gut sein für die Nationalliberalen. Sie entsprechen dem ganzen Charakter des Nationalliberalismus, bei dem die Alten alle Grundsätze, die sie in der Jugend vertreten haben, verleugnen, und bei deshalb besondre Jugendorganisationen zur Vertretung der Ideale hat, für die die Alten nicht mehr zu haben sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Bei uns ist das anders. Deshalb halte ich den Antrag für verfehlt, ganz abgesehen davon, daß er uns mit dem Staatsanwalt in Konflikt bringen würde. Wenn die Väter des Antrages diese Dinge einmal durchdenken, so werden sie gewiß selbst den Gefallen an ihrem Antrag verlieren. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende Dieß gibt hierauf Vollmar das Wort. (Vollmar: Ich denke, erst kommt Debel?)

Vorsitzender Dieß: Debel hat verzichtet. Debel: Der Antrag ist genug totgeschlagen!

v. Vollmar: Ich bedauere es, daß diese Debatte überhaupt herborgezogen worden ist (Sehr wahr!). Denn je weniger man über die Frage des Militarismus in der sonderbaren Form, wie sie hier angeschnitten worden ist, redet, desto besser ist es. (Sehr wahr!) Schon als ich hierher ging, nahm ich mir vor, gegen den Antrag 105 zu stimmen und womöglich auch zu sprechen. Die Begründung aber, welche gestern diesem Antrage gegeben worden ist, nötigt mich vollends, auf das allerentschiedenste dagegen Stellung zu nehmen. Aufrecht gestanden bin ich darüber erstaut, wie jemand, der imstande ist, die Folgen einer Sache zu erkennen und der weiter über den Augenblick, in dem er spricht, hinaus zu denken versteht, es fertig bringt, eine solche Sache in solcher Form hier zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig!) Anträge wie diese, Begründungen wie diese, mögen ja recht stark ausfallen, aber in Wirklichkeit sind sie nichts als ein Spiel mit Schießgewehr, und zwar auf anderer Leute Kosten (Sehr richtig!). Auf Kosten in erster Linie derjenigen, die in die Kasernen hinein müssen (Sehr richtig!), und dann weiter auch auf Kosten der Partei im allgemeinen und ihrer einzelnen Genossen, ihrer Redner im besonderen. (Sehr wahr!) Denn es ist doch sicher, daß nicht nur ein großes Maß von Kenntnissen, sondern auch eine außerordentliche Gewandtheit dazu gehören würde, die fraglichen Dinge so zu besprechen, daß man nicht gefaßt werden könnte. Ist doch gerade hier der wichtigste Punkt in Deutschland, und man würde keinerlei Bedenken tragen, durch Geleß, Verwaltung und Rechtsauslegung jedem Versuch in der vorgeschlagenen Richtung zu begegnen. Wie man die Sache auch ansehen mag, sie ist außerordentlich ernst und müßte schwere Folgen nach sich ziehen. Es ist auf die Jugendorganisationen anderer Länder hingewiesen, z. B. auf die bekannten jeunes gardes in Belgien. Aber ich finde es an sich noch keineswegs besonders verdienstvoll, in anderen Ländern bestehende Dinge ohne weiteres zu uns verpflanzen zu wollen; man muß doch die Verhältnisse berücksichtigen, und daß diese in Belgien ganz andre sind als bei uns, das braucht nicht erst gesagt zu werden. (Sehr wahr!) Es ist gesagt worden, es geschehe nicht genug in bezug auf den Kampf gegen den Militarismus; es würden wohl Reden im Parlament gehalten, aber dann sei wieder alles still. Ja, um des Himmels willen, hat denn der Genosse, der das sagte, die Jahre über geschlafen? Ist es nicht vielmehr richtig, daß wir auf dem ganzen Gebiet untrer Agitation kaum irgend etwas haben, über das von jeher so viel gesprochen und das so viel bekämpft ist wie gerade der Militarismus? Ich habe wahrlich nicht nötig, über die Schäden des Militarismus hier zu reden jede Minute des Parteitagcs, die man zu diesem Zweck benutzte, wäre hinausgeworfen. Aber man soll doch die Dinge nicht überreiben. Gestern hat Liebknecht gesagt, der Militarismus sei unser ärgster Feind. Ja, wieviel ärgste Feinde haben wir denn? (Heiterkeit.) So lange ich in der Partei bin, habe ich immer geglaubt, der ärgste Feind sei das, was wir mit dem kurzen Wort „Kapitalismus“ bezeichnen, und alles andre seien mir mehr oder minder Begleit- und Folgeerscheinungen. (Sehr richtig!) Man stelle also doch die Dinge nicht auf den Kopf! Gewiß soll jeder Sozialist auch auf diesem Gebiet, wie in allen Dingen mit Eifer vorgehen; aber er muß sich doch auch jederzeit der Verantwortung der Partei bewußt sein und darf nicht einer Augenblicksluene folgen. Und wer die Dinge bei uns überblickt, der weiß, wohin es führen würde, wenn wir eine andre Stellung als bisher einnehmen würden. Wir haben uns im Reichstage und im bayerischen Landtage stets darüber beschwert, daß man die Sozialisten in der Armee anders behandelt, als andre Wehrpflichtige, daß die Behörden geheime Erhebungen darüber machen

und an die Militärbehörde weiter geben, welche Rekruten vor dem Eintritt sozialdemokratische Versammlungen besuchten, welche sich als lokale Führer herborgetan haben, und welche eine größere Rolle in der Partei gespielt haben. Man weiß, daß die so Gefenzeichneten unter spezielle Aufsicht gestellt werden und man kann sich denken, welche Unnehmlichkeiten ihnen daraus erwachsen. Wir haben stets die Rechtswidrigkeit dieser Methode bekämpft, indem wir hervorhoben, daß der sozialistische Soldat kraft desselben Gesetzes zum Militär einrücke, wie jeder andre, und daß er auch ebenso seine Pflicht genau wie jeder andre tue und darum auch keine Ausnahmestellung einnehmen dürfe. Die Kriegsminister haben ihr Vorgehen dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß sie in Folge der Besonderheit der sozialistischen Bewegung der Leute nicht sicher seien. Wir haben demgegenüber stets dargetan, daß von solchen Maßnahmen keinerlei Veranlassung vorliege. Aber wenn derartige Anträge angenommen würden, wenn wir Maßnahmen träfen, die zweifellos der erste Schritt zur Kasernen-Agitation wären, die wir von jeher zurückgewiesen haben — dann würden es die Kriegsminister leicht haben, weil ein großer Teil untrer Argumente gegen das jetzige Vorgehen der Militärverwaltung dann fortzufallen würden. Ich will keine weiteren Worte machen, schon auch deshalb, weil gerade auf diesem Gebiet die Zahl der Sachverständigen bei uns eine so große ist, daß Sie sich das, was man nicht weiter ausspricht, von selbst sagen können. Der Parteitag kann den Antrag 105 unmöglich annehmen. Und wenn Liebknecht dann, nachdem er dies erkannt hat, uns nun einen anders formulierten Antrag einbringt, so wundere ich mich nur darüber, wie ein Jurist uns dergleichen zumuten kann; denn dieser Antrag bedeutet sachlich ganz dasselbe wie der erste Antrag, nur noch mit einer besonderen Unterbreitung. Ich bin der Meinung, daß wir sowohl den Antrag 105 als auch den Antrag Liebknecht kurzerhand und rundweg ablehnen müssen. Der Parteitag erklärt damit, daß er die ihm angebotene neue Methode nicht zu der feintigen macht, sondern auf der bewährten Taktik, die wir in dieser Sache seit Jahrzehnten eingehalten haben und in der wir vorbildlich gewesen sind auch für Parteien außerhalb Deutschlands, bestehen bleiben will. (Lebhafte Weisfall.)

Wolf-Voguum: Was den Antrag 105 anlangt, so kann ich mich den Ausführungen der Vorredner nur anschließen. Der Antrag stellt uns das Armutszugnis aus, als hätten wir kein Vertrauen mehr zu der Jugend und ihrer Empfanglichkeit für den Sozialismus, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten und Gefährlichkeiten des Antrages. Ich bitte Sie, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Die Gründung einer speziellen Jugend-Zeitschrift würde jedenfalls ihre großen Schwierigkeiten haben. Wenn aber vom Genossen Fischer die Redaktionsfrage als Hindernis ins Feld geführt wird, so kann ich das nicht als ausschlaggebend anerkennen. Da wäre die Geduld und Ausdauer am Plage, die wir bei den „Freien Stunden“ beobachtet haben, die doch Jahre hindurch fast alles zu wünschen übrig ließen. Inwiefern es damit besser geworden, will ich nicht entscheiden. Was wir jedoch brauchen, wäre eine in unfrem Geiste geleitete illustrierte Familien-Zeitschrift. Das Bedürfnis danach ist zweifellos vorhanden, und eine solche Zeitschrift könnte auch eine besondere Abteilung für die Jugend haben. Natürlich dürfte das kein Disziplinationsorgan sein, sondern es müßte ein bestimmtes Programm festgelegt werden, innerhalb dessen sich die Beiträge unbedingt bewegen müßten. An Stoff und an Kräften dürfte es uns dafür nicht fehlen. Die „Hütte“ hat uns da schon ein Beispiel gezeigt. Fordern wir den Parteivorstand auf, nochmals einen ernstlichen Versuch in dieser Richtung zu machen. Das beste wäre, wie gesagt, die Gründung einer illustrierten Familien-Zeitschrift. Was die „Neue Welt“ anbelangt, so ist es richtig, daß die Illustrationen sehr mangelhaft sind. Das muß gesagt werden, wenn schon nicht außer acht gelassen werden darf, daß es sich hier um eine Zeitungsbeilage handelt, die möglichst

billig sein muß, wenn die kleinen Parteiblätter sich dieselbe leisten können sollen. (Bravo!)

Dr. Liebknecht-Berlin: Haben Sie keine Sorge, daß ich noch lange Erörterungen pflegen werde. (Bravo!) Es ist meinem Antrage so gegangen wie einem Opfer in der Schlacht, das erst totgeschossen, dann nochmal totgeschlagen, dann gebierteilt und schließlich ins Wasser geworfen und eräuft wird. Also vier- bis fünffacher Mord ist von den verschiedensten Partei-Autoritäten schon an dem Antrag geübt worden, es ist sogar behauptet, ich hätte Selbstmord an ihm geübt durch meinen neuen Antrag. Das ist nicht zutreffend und ich habe mich vor allem zum Worte gemeldet, weil Genosse v. Kollmar meinen Antrag gänzlich mißverstanden hat, jedenfalls infolge eines Hörfehlers. Mein Antrag geht nicht dahin, daß Jugendorganisationen gegründet werden sollen in Deutschland und daß diese Jugendorganisationen die besondere Aufgabe haben sollen des Kampfes gegen den Militarismus. Der Antrag geht vielmehr dahin, den Antrag 105 für erledigt zu erklären, indem der Parteitag anerkennt, daß es notwendig ist, eine besondere Agitation für den Sozialismus in der Jugend zu entfalten und in dieser Agitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen. Das ist etwas ganz andres, als was Genosse Kollmar behauptet hat. Unberechtigt ist auch der hier mit besonderer Pointierung erhobene Vorwurf, daß hier eine neue Methode versucht werde. Es ist ja besonders pikant, diesen Vorwurf aus dem Munde Kollmars zu hören, er ist aber unzutreffend. Ich will nichts, als daß die alte Methode, meinetwegen um die Phrase zu gebrauchen, die altherkömmliche Methode angewandt werde mit besonderem Nachdruck auf einem besonderen Gebiete, nämlich dem der Agitation in der Jugend gegen den Militarismus. Genosse Kollmar meinte, meine Ausführungen schon durch den Hinweis darauf abtun zu können, daß ich den Militarismus als das ärgste Uebel bezeichnet hätte. Das habe ich nicht getan. Ich nehme es ja niemand übel, wenn er vergißt, was ich gestern gesagt habe. Ich habe begonnen: Ich vermutete, die Gegner würden sagen: Dieser Antrag rennt offene Türen ein. Das ist ganz richtig: er rennt, was die Prinzipien unserer Taktik anbelangt, offene Türen ein, aber die Prinzipien der Taktik werden nicht immer mit gleichem Nachdruck durchgeführt. Ich habe den Militarismus als das wichtigste Bollwerk des Kapitalismus bezeichnet — das ist doch selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist die Notwendigkeit, ja die Pflicht, die Jugend ihren besonderen Interessen, ihrer besonderen Lebenslage entsprechend zu packen in der Agitation für den Sozialismus und insbesondere gegen den Militarismus. Man hat darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus besonders bei den Wahlen mit großem Nachdruck geführt sei. Da zeigt sich gerade ein Hauptmangel der Agitation. Bei den Wahlen, die gewissermaßen den Grundstock unserer großzügigen Agitation bilden, wendet man sich naturgemäß hauptsächlich an die Leute, die bereits über das militärpflichtige Alter hinaus sind; es handelt sich aber gerade darum, schon vorher die Jugend zu packen. Das sind natürlich abgetretene Sachen, daß die Jugend durch die Zustände von selbst zum Sozialismus erzogen wird, daß sozialistische Eltern ihre Kinder sozialistisch erziehen, aber so richtig es ist, daß unsere Partei die Agitation nötig hat, und daß wir dann und wann auch spezielle Agitation bei den Landarbeitern, bei den Frauen usw. entfalten, genau so erwägenswert ist die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, unter der Jugend eine besondere prinzipielle Agitation in Angriff zu nehmen. Von einer neuen Methode ist keine Rede. — Daß der Antrag 105 unglücklich gefaßt ist, darüber sind wir uns alle einig, ich habe jedoch von vornherein selbst verschiedene Vorbehalte gemacht. Alles was hier angeführt ist, um zu bezuieren, daß ich ein Mensch wäre, der nicht über seine Nase hinausehen kann, habe ich gestern selbst ausgeführt. Aber durch meinen heutigen Antrag sind alle Bedenken beseitigt. Es ist für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft, daß wir

berpflichtet sind, die Jugendberziehung in Angriff zu nehmen und Jugendberziehung heißt Erziehung gegen den Militarismus. Diesem Antrag stehen keinerlei juristische und politische Schwierigkeiten gegenüber, ich bitte Sie um seine Annahme.

Es ist folgender Antrag Dr. Südekum = Segitz = v. Kollmar eingelassen: Der Parteitag geht über den Antrag 105 und den Antrag Liebknecht zur Tagesordnung über.

Brähe-Hamburg: Nach der geradezu vernichtenden Kritik, welche der Antrag Liebknecht bereits erfahren hat, war es nicht meine Absicht, diese Kritik noch zu vervollständigen. Was mich veranlaßt, jetzt noch das Wort zu nehmen, ist die geradezu verblüffende Dreistigkeit, mit der Genosse Liebknecht auftritt, um auf Umwegen das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nicht erreichen kann. Liebknecht macht sich die Sache außerordentlich leicht mit Hilfe einer rücksichtslosen juristischen Abulistik. Es kommt ihm offenbar darauf an, unter allen Umständen in irgend einer Weise das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nach der gehörten Kritik nicht erreichen kann. Wir sind es — dafür sind ja Gründe genug beigebracht worden — unserer Partei in mehrfacher Hinsicht unter den wichtigsten Gesichtspunkten schuldig, daß wir diesen Antrag und alles, was sich daran knüpft, also auch den zweiten Antrag, auf das allerentschiedenste zurückweisen. Ich bitte Sie, auch über diesen zweiten Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Damit kommen wir am passendsten über diese ganze geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinweg. (Bravo!)

Lementow-Hamburg: Ich kann mich dieser Aufforderung nur durchaus anschließen. Als einstiger Kommisjunge, der als überzeugter Sozialdemokrat zum Militär kam, kann ich die Sache aus eigener Erfahrung beurteilen. Infolge einer solchen Jugendagitation würden die jungen Leute sehr leicht dazu gedrängt werden, in irgend einer Form Unbesonnenheiten zu begehen, die sie nachher sehr schwer zu büßen haben. Schon jetzt werden von den Behörden schwarze Listen über diejenigen, die ihnen als Sozialdemokrat bekannt sind, geführt und der Militärbehörde überwiesen. Es finden Nachforschungen nach sozialdemokratischen Schriften in den Kasernen statt. Die Folge der Annahme des Antrags würde sein, daß die jungen Leute versuchen würden, ihre sozialistische Gesinnung in der Kaserne in irgend einer Form zu betätigen, aber nur der intelligente und in allen Dienstfächern tüchtige Soldat kann sich einen gewissen passiven Widerstand erlauben. Alle übrigen würden ihn schwer büßen und dazu dürfen wir die jungen Soldaten nicht auffordern. Wir wissen ja alle, mit wie schweren Strafen militärische Vergehen bedacht werden. Lehnen sie den Antrag ab!

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge zur „Presse“ werden mit Ausnahme von 105 dem Parteivorstand zur Ermägung überwiesen.

Entsprechend dem Antrage Südekum geht der Parteitag über Antrag 105 und den später hierzu gestellten Antrag Liebknecht mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Es folgt die Diskussion über den Punkt „Anträge zur Tagesordnung für den nächsten Parteitag“ (108—110).

Klüß-Vreslau begründet den Antrag 108, auf dem nächsten Parteitag über Sozialdemokratie und Strafrecht zu verhandeln. Seit einiger Zeit behandelt bereits eine vom Reichs-Justizamt berufene Kommission über eine Reform des Strafrechts. Das ist eine Gelegenheit, den Massencharakter unserer Justiz von neuem dem Volke zu Gemüte zu führen. Dazu soll unser Antrag den Vorstand anregen; darauf kommt es uns an, weniger auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages. Wir würden es freilich für sehr erwünscht halten, daß der nächste Parteitag die Frage gründlich erörtert.

Liebnecht empfiehlt Antrag 110, den Generalfstreik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs zu setzen. Die Spandauer Genossen, von denen der Antrag ausgeht, verstehen unter dem Generalfstreik den politischen Streik, nicht den eigentlichen Generalfstreik. Beide Begriffe werden ja oft durcheinander geworfen. Die Frage des Generalfstreiks ist sehr alt und nicht etwa von Friedeberg erfunden. Unsere Bruderparteien im Ausland diskutieren sie seit ihrer Entstehung und in Deutschland hat sie vor einigen Jahren Bernstein wieder zur Debatte gestellt; auch Kautsky, Parvus und Klara Zetkin verteidigen den Generalfstreik. Schon diese Tatsache müßte verhindern, daß unser Antrag einfach als lächerlich abgehalftert wird, wie es in dem Begrüßungsartikel der „Chemnitzer Volksstimme“ zum Parteitag geschehen ist. Von dem Genossen Friedeberg rüde ich auf das allerjüngste ab. Die Spandauer Versammlung, in der der Antrag beschlossen wurde, verschluckte allerdings Friedeberg mit Haut und Haaren. Das lag aber wohl daran, daß die Spandauer Genossen ihn nicht kannten. Die Ausführungen Friedeberts sind in der Tat unerhört; auf den Generalfstreik im Sinne Friedeberts paßt allerdings das Wort Auers: Generalfstreik ist Generalaufrühr. Friedeberg propagiert den Generalfstreik im anarchistischen Sinne; er ist nichts als ein aufgewärmerter Kiewenhuis. Das Auftreten Friedeberts widerspricht den primitivsten Interessen der Partei. Es steht im Gegensatz zu allem, was die Partei bisher war und getan hat. (Sehr richtig!) Er stellt den Parlamentarismus in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung, weil diese von den Gegnern unabhängig sei. Das ist einfach unrichtig. Überall haben unsere Gewerkschaften mit den Tücken der Gegner zu kämpfen. Sobald wir keine politische Bewegung, sondern nur Gewerkschaften hätten, könnten die Gegner jeden Tag die Gewerkschaften einfach von der Bildfläche wegwischen. Formell stände dem nichts entgegen. Tatsächlich allerdings steht jetzt hinter den Gewerkschaften eine so gewaltige Macht, daß die Gegner nicht leicht wagen werden, dies Ventil für die Unzufriedenheit der Arbeiter zu verschließen. Daß es aber ganz ähnlich mit dem Parlamentarismus steht, werde ich noch ausführen haben. Friedeberg sagt, unsere Bewegung könne vorwärts kommen nur durch freie Persönlichkeiten; auch das ist unrichtig. Gerade die bedrückten Persönlichkeiten, die gewissermaßen fasziniert sind durch das Gefühl der allgemeinen Unterdrückung, sind es, die unsere Bewegung unüberstehtlich machen. Wir erstreben auch durchaus nicht die absolute Freiheit des Einzelnen. Die Pflichten an der Solidarität, die allerdings hoffentlich freiwillig übernommen werden, können nie verschwinden. Die Konsequenz des Friedebertschen Standpunkts ist der Anarchismus. Denn wenn — wie er ausdrücklich hervorhebt — der Anarchismus einen Fortschritt über den Sozialdemokratismus bedeutet und diesen in sich schließt, weshalb sollten wir denn Sozialdemokraten bleiben. Haben wir uns denn je geteilt, mit unseren Idealen möglichst weit in die Zukunft hinauszugreifen? — Ich habe mich so scharf gegen Friedeberg gelbndert, weil dieser die Idee des Generalfstreiks diskreditiert und mir an einer ersten sachlichen Debatte der Frage, um die ich Sie dringend bitte, sehr viel liegt. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner meldet sich von neuem zum Wort.)

Rosenstein-Charlottenburg: Ich habe über die Alkoholffrage zu sprechen. (Rufe: Oh! Oh!) Ihre Zustimmung beweist mir (Große Heiterkeit), daß ich einen minder unfruchtbaren Boden zu beackern habe, als die Anhänger des Generalfstreiks. Wir Alkoholgegner müssen nun endlich aus der Bescheidenheit herauskommen. Wir müssen daran erinnern, daß es Klara Zetkin gewesen ist, die auf dem Stuttgarter Kongreß die erste Anregung zur Behandlung der Alkoholffrage gegeben hat. Sie ist dem Antrag allerdings keine gute Mutter gewesen (Heiterkeit), sondern hat ihn rauen Wämerhänden überlassen. (Heiterkeit.) Offenbar war sie zu schlichtern (Große Heiterkeit), so vielen Männern ihre Sünden

vorzuhalten. Die Alkoholffrage verdient, ernsthaft behandelt zu werden. Wir sozialdemokratischen Abstinenten halten uns von dem Bldßsinn der bürgerlichen Abstinenten fern, der den Anti-Alkoholisimus in den Kreisen der Arbeiterschaft diskreditiert hat. Besonders von frommer Seite sind solche Fehler begangen worden, die heuchlerisch Wasser predigt, während sie heimlich Wein trinkt. (Sehr gut!) Wir sind keine Muder, die den Völke keine Freude gönnen und die Erde in ein Jammertal verwandeln wollen, damit die Sehnsucht nach dem Himmel um so größer wird. Davon sind wir himmelweit entfernt. Wir wollen der Arbeiterklasse nicht ihre bescheidenen Freuden trüben, sondern im Gegenteil ihre Empfindlichkeit für größere und höhere Genüsse wecken. Ist doch die verdammte Bedürfnislosigkeit der Boden, auf dem der Alkoholisimus wuchert und wiederum die Wirkung des Alkohols. (Sehr richtig!) Der hochverdiente, jetzt verstorbene Stefan Gschwind in der Schweiz, hat aus seinen Erfahrungen als Fabrikbesitzer geschrieben: „Ich muß konstatieren, daß die abstinente Arbeiter die unzufriedensten Arbeiter sind. Die Alkoholkontrinker arbeiten viel länger und erheben keine Ansprüche.“ (Widerspruch.) Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die alkoholgegnerischen Arbeiter in bezug auf das Familienleben höhere Ansprüche erheben, als die alkoholkontrinkenden; sie sehen es viel eher, wenn das Kind im zerrissenen Kleidchen umherläuft. Wir müssen den Mut haben, auch auf die Schäden hinzuweisen, die sich in der Arbeiterbewegung zeigen. Und das muß zugestanden werden, daß das Familienleben vielfach gehemmt und gestört wird durch den Alkoholkonsum. (Sehr richtig!) Dieser Alkoholkonsum aber wird durch Vorurteile verursacht. Dabei sind die Schäden, die der Alkohol verursacht, unendlich. Unser Genosse, Oberbürger Lang in Zürich, hat darauf hingewiesen, daß nach der Kriminalstatistik am Sonntag sechsmal soviel Körperverletzungen vorkommen, als vom Dienstag bis Freitag. (Hört!) Unter dem Einfluß des Alkohols kommt diese Vermehrung an einem Tage zustande, wo man meinen sollte, daß die Leute friedlich beieinander sitzen, während in der Woche doch viel mehr Konfliktstoff vorhanden sein sollte. Dasselbe wie für die Körperverletzungen gilt für Totschlag und Sittlichkeitsverbrechen. Die Schädigungen, die der Alkohol auf gesundheitlichem Gebiete anrichtet, liegen ebenso klar zutage. Die Arbeiterkategorien, die in ihrem Verufe mit dem Alkohol zu tun haben, die Kellerer und Brauer, haben eine zwei- bis dreifach höhere Sterblichkeit als die andern Verufe. Auch die Unfallziffer steigt mit dem Alkoholgebrauch. Nach der Reichsstatistik ist die Unfallziffer am Montag durchschnittlich viel höher als am Freitag, wo die Leute von der Arbeit doch ermüdet sind.

Nun sagt man: wir sind ja alle gegen den Suf! Der Alkoholgebrauch muß sich in den Schranken vernünftiger Mäßigkeit halten. Ja, wenn die Selbstkontrolle so leicht wäre! (Sehr richtig!) Nun wäre es ja ausichtslos, die Partei auf die Abstinenz verpflichten zu wollen. Das wäre ja auch lächerlich, weil es ein Eingriff in die persönliche Freiheit wäre. Aber die Partei soll mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sich die Arbeiterklasse erster als bisher mit der Frage zu befassen hat. Das ist zu erreichen und das muß erreicht werden. In Mannheim hatten wir Alkoholgegner mit sehr viel Hohn und Spott zu kämpfen, jetzt aber besteht dort ein stattlicher Abstinentenverein, und der Genosse Lehmann, der an der Spitze steht, ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie gut es den Mitgliedern bekommt. (Heiterkeit.) Franz Joseph Ehrhart ist allerdings noch nicht gewonnen, aber den frigen wir auch noch. (Stürmische Heiterkeit.) Ehrhart schüttelt den Kopf.) Am schlimmsten sind die Gefahren, die der Alkohol für die Nachkommenschaft mit sich bringt, die Kinder im Mutterleibe werden bereits geschädigt. Der Alkoholkonsum der Eltern ist die Ursache für die Entstehung von Ziboten und Epileptikern. Auch die Mehrzahl der Mörder stammt von Alkoholikern ab. Daß Kinder unter keinen Umständen Alkohol erhalten dürfen, ist eine Ueberzeugung, die in Arbeiterkreisen noch lange nicht so verbreitet ist, wie in der

Bourgeoisie. (Sehr richtig!) Während in der Arbeiterklasse noch das Vorurteil besteht, daß der Alkohol Nährwert enthalte und daß schwächliche Kinder durch seinen Genuß dick würden, hält die Bourgeoisie viel mehr darauf, daß die Kinder keinen Alkohol bekommen, wenn sie auch selber trinkt. Die Lehrer haben festgestellt, daß die Kinder, die Alkohol trinken, in der Schule rückständig sind. Ja, wir wissen, daß sechs, sieben Jahre nach einem guten Weinjahr die unterste Schulklassen mündertüchtig ist. (Hrhart: Es wird nur gesagt, es sei 'ne böse Schulklassen! — Heiterkeit.) Es ist beliebt bei uns, den Alkoholismus als Folge des Glends hinzustellen. Wo ist er aber am stärksten verbreitet? Doch unter den Corpsstudenten und in gewissen Kreisen der Offiziere. Diese armen Teufel besaufen sich aus geistigem Glend und nicht aus physischem. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch die Arbeiterschichten, denen es am schlechtesten geht, die russischen Juden, die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter können nicht als Alkoholtrinker bezeichnet werden. Nein, die Alkoholfucht herrscht gerade in der besser situierten Arbeiterschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

K a g e n s t e i n bittet noch weiter reden zu dürfen. (Stadhagen: Sie sind unmäßig! Das ist es eben! — Heiterkeit.) Vorsitzender Die g erklärt, keine Ausnahme machen zu können.

Reinert-Hannover wendet sich gegen Antrag 110. Dieser und Antrag 57 sind in einer Versammlung des Wahlvereins Hannover abgelehnt worden. Kniefeldt und 88 Genossen haben dann auf einem Umwege, den das Statut zuläßt, die Anträge vor das Forum des Parteitagcs gebracht. Das muß konstatiert werden. Wollten wir Friedeberg folgen, so müßten wir unsere bisherige Laktik aufgeben. Friedeberg verfährt unehrlich, indem er mit einer in den 70er Jahren getanen antiparlamentarischen Aeußerung Liebknechts operiert, in der es heißt: „Was, wir sollten aus praktischen Gründen parlamenteln? Nur Verrat und Kurzsichtigkeit könnten uns dazu bringen.“ Damit geht man nur haustieren, und es ist nicht richtig, daß, wie der Vorredner sagte, es sich um den politischen Massenstreik bei den Antragstellern in Hannover handelt. Sie wollen den Generalstreik, so wie ihn Friedeberg propagierte, und nichts andres. Dieser Aeußerung des alten Liebknecht steht seine Aeußerung auf dem internationalen Kongreß 1890 gegenüber, wo er sich gegen den Generalstreik aussprach, und ausführte:

„Der Generalstreik ist ein Ding der Unmöglichkeit, da er eine so starke und einheitliche Organisation voraussetzt, wie sie zurzeit noch nicht existiert und in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht existieren kann. Die englischen Arbeiter waren Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre trefflich organisiert, weit besser, als es die Franzosen jetzt sind, und doch scheiterten ihre großen Streiks sowie andre Versuche einer allgemeinen Arbeitseinstellung.“

Haben die Arbeiter aber erst einmal eine so starke Organisation, um den Generalstreik durchsetzen zu können, so werden sie sich hoffentlich nicht mit einem solchen begnügen, sondern einen besseren Gebrauch von ihrer Organisation machen. Dann sind sie die Herren der Welt. Und die Arbeit dann einzustellen, wäre erst recht eine grenzenlose Torheit.“

Wenn man also mit Aeußerungen, die länger als 20 Jahre zurückliegen, agitiert, so treibt man damit nur eine die Partei schädigende Verwirrung. Friedeberg kann sich um so weniger auf Liebknecht berufen, als Liebknecht noch 1897 auf dem Parteitage in Hamburg die praktische Tätigkeit der Fraktion im Reichstage besonders hervorhob und damals die Waffe des Parlamentarismus empfohlen hat. Wir in Hannover haben es abgelehnt, den Antrag auf Verpfehlung des Generalstreiks zu stellen, und die 88 Leute, die den Antrag eingebracht haben, sind noch nicht einmal alle Genossen. Wir werden uns bei der Beratung des Organisationsstatuts die Frage vorzulegen haben, wie dem Unfug, daß auf solche Weise Anträge hier gestellt werden, ein Ende gemacht werden kann. Friedeberg will keineswegs den politischen Streik, sondern den Generalstreik, um

auf diese Weise die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen. Friedeberg will durch den Generalstreik den Parlamentarismus nicht schützen, für ihn bedeutet er das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Bedeutet nun aber der Generalstreik das Ende der heutigen Gesellschaftsordnung, so müßte letztere ja blind sein, wenn sie nicht zu einer Zeit, in der sie noch die Macht besitzt, die Voraussetzung für ihr Ende — das Koalitionsrecht — beiseitejagt. Aber ich gebe zu bedenken, ob wir, wenn wir keinen Parlamentarismus mehr haben, noch das Koalitionsrecht besitzen. (Beifall.)

Pfaundsch: Es sind zur Begründung der vorliegenden Anträge die wunderbarsten Sprünge gemacht worden. Die Genossin Zettin ist einmal unter die Männer versetzt worden (Heiterkeit), die die Anregung zum Generalstreik auf dem Gewissen haben. Kagenstein hat das Geschlecht wieder hergestellt und die Mutter-schaft der Genossin Zettin für die Alkoholfrage festgestellt. (Erneute Heiterkeit.) Doch sei dem, wie ihm wolle, ich bin der Ansicht, der heutige Parteitag kann gewiß beschließen, was auf die Tagesordnung des nächsten kommen soll. Was ist natürlicher, als daß einer der Punkte, die den nächsten Parteitag in erster Linie beschäftigen werden, die Schulfrage ist. Dazu kommt, daß heute noch gar nicht abzusehen ist, welche aktuellen Fragen im laufenden Jahre aufgerollt werden, zu denen der nächste Parteitag Stellung nehmen muß. Es trägt nicht zur Förderung der Geschäfte bei, wenn wir heute schon beschließen würden, wie die Tagesordnung des nächsten Parteitages sein soll, der Parteivorstand würde dann mit gebundenen Händen dastehen. Ich ersuche Sie aus diesen rein sachlichen Gründen um Ablehnung der Anträge 108, 109 und 110.

Ed. Bernstein: Die Debatte über den Generalstreik oder den politischen Streik ist nach meiner Auffassung in ganz falsche Bahnen gelenkt. Daß ich mich in den „Soz. Monatsheften“ für den Generalstreik behufs Erlämpfung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen haben soll, ist mir nicht erinnerlich. Ich habe jedoch in den „Soz. Monatsheften“ und schon früher in der „Neuen Zeit“ über den politischen Streik geschrieben und bin der Auffassung entgegengetreten, daß der politische Streik unter allen Umständen zu verwerfen sei. Wir haben ja in Belgien und Oesterreich die Erfahrung gemacht, daß unter bestimmten Konstellationen in der Tat der Massenstreik ein Mittel war, eine Bewegung zur Erlämpfung politischer Rechte zu unterstützen. Es handelt sich für mich darum, den Gedanken zu propagieren, daß die Zeiten kommen können, wo wir genötigt sind, zu stärkeren Formen der Demonstration zu greifen als etwa nur zu Versammlungsbeschlüssen. Ich bin, als vor einigen Jahren die Belgier in ihrem Generalstreik geschlagen wurden und sich Stimmten in der deutschen Parteipresse geltend machten, es sei damit der Beweis geliefert, daß der Generalstreik ein verfehltes Mittel sei, in Versammlungen diesem Gedanken entgegenzutreten. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir, wenn man uns vielleicht zu überumpeln und das Wahlrecht zu nehmen versucht, es nicht dabei bewenden lassen können, daß wir dagegen lediglich in Versammlungen protestieren oder gar sagen: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen! Der Name des Herrn sei gelobt in Ewigkeit! (Sehr gut!) Das geht nicht, dann müssen wir eben zu andern Mitteln greifen. Der Barrikadenkampf ist überlebt, unser einziges Mittel ist der politische Massenstreik. Ob er zum Siege führt, kommt ganz auf die Verhältnisse an. Bei dem Barrikadenkampf war das Hauptziel, zu demonstrieren und Uneinigkeit und Verwirrung in die Reihen der Gegner zu bringen. Das kann unter Umständen auch der politische Massenstreik bewirken. Stellen Sie sich doch vor, was es heißt, wenn Hunderttausende von Arbeitern streiken, wie viel Interessen da in Willkür gezeugt werden, wie ein solcher Streik die Strömungen, die den reaktionären Maßnahmen entgegenzutreten, stärken, wie er die Strömungen, die für die Reaktion eintreten, verwirren und uneinig machen kann! Ich gehöre keineswegs zu denen, die dafür schwärmen, daß der politische Streik auf die

Tagesordnung kommt, ich habe solchen Antrag nicht gestellt, ich bin auch nicht unglücklich, wenn er abgelehnt wird. Aber daß man sich über die Frage klar wird, das halte auch ich für notwendig. Sicher ist der politische Massenstreik eine außerordentlich zweifelhafte Waffe. Wenn in einem romanischen Land, wo die anarchistischen Ideen propagiert sind, ohne Berücksichtigung der Machtverhältnisse der Massenstreik aus einem kleinen Anlaß heraus proklamiert wird und mit einer Niederlage endet; so ist das noch kein Grund, den Gedanken eines solchen Streiks zurückzuzurufen. Wir müssen da unterscheiden, wir müssen vor Abenteuerium, vor Romantik warnen, aber wir dürfen nicht in das andre Extrem verfallen. Vor allem bei uns in Deutschland! Ich genieße ja den Ruf eines gemäßigten Genossen, und ich halte den Namen für eine Ehrematerie, ich nehme ihn gern auf mich, aber Mäßigung darf nicht gleichbedeutend sein mit Schwäche, mit Energielosigkeit. Mäßigung heißt nur, abwägen, was man zu leisten imstande ist. Ich vermahne mich ganz entschieden dagegen, daß ich dabei irgendwie provokatorisch aufträte. Jaurès hat in Amsterdam hervorgehoben — und wir alle wissen das ja —, daß das deutsche Volk, abgesehen von dem Jahre 1848, das ja schnell genug vorüberging, keine revolutionäre Tradition hat; ich bin erstaunt, wie uns der Gehorjam gegen die Polizei eingepfist ist, wie still man z. B. Versammlungsaufösungen über sich ergehen läßt. Andererseits haben wir damit zu rechnen, daß wir eine starke Arbeitermasse haben, stark an Zahl und an Bedeutung und daß man in diesen Arbeitern nicht den Gedanken aufkommen lassen darf, daß sie zu jeder Zeit widerstandslos alles über sich ergehen lassen müssen und höchstens durch Versammlungsbeschlüsse protestieren dürfen. Man muß die Arbeiter mit dem Gedanken vertraut machen, daß Umstände eintreten können, wo sie zu einer stärkeren Form der Demonstration zu greifen haben. Wir wissen natürlich nicht, welches das Resultat eines solchen Widerstandes sein würde, aber wenn man etwa versuchen wollte, uns das Wahlrecht zu nehmen, so hoffe ich, wird unter den deutschen Arbeitern der Gedanke, daß sie unter keinen Umständen auf dieses Recht verzichten dürfen, so stark sein, daß sie alle Formen des Widerstandes ergreifen werden, über die sie verfügen. (Beifall.) Und wenn sie dann geschlagen werden, dann lieber mit Ehren unterliegen, als sich das Wahlrecht nehmen lassen, ohne irgend einen Versuch des Widerstandes. (Lebhafter Beifall.)

Braun - Königsberg spricht zur Alkoholfrage. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Um die Schädigung der Volksgesundheit durch übermäßigen Alkoholgenuß zu erkennen, braucht man nicht gerade zu den oft recht zweifelhaften Schlussfolgerungen aus Statistiken zu greifen, man braucht nur einmal die Aften der Invalidentversicherung durchzusehen, um zu sehen, welche Verheerungen der Alkoholismus in unserm Volke anrichtet. Wer das einsieht, kann die Frage nicht als nebensächlich abtun und sich einfach damit trösten, der Alkoholismus sei lediglich die Folge des sozialen Elends. Das ist gar nicht mal immer richtig. Im einen Fall ist der Alkohol die Folge des sozialen Elends, im andern die Ursache. Es handelt sich hier um eine soziale Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die kann man nicht leichtsin damit abtun, daß man sagt, sie sei eine Folgeerscheinung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und werde mit dieser verschwinden. Jedenfalls ist der Alkoholismus eine Stütze des Kapitalismus und hemmt unsre auf die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft gerichtete Bewegung, insbesondere in den rückständigen Gebieten ungernein. Geben wir das zu, und das kann wohl kaum bestritten werden, dann haben wir die Pflicht, den Alkoholismus ebenso wie jedes andre Hemmnis, das der Verwirklichung des Sozialismus entgegensteht, zu bekämpfen. Diese Notwendigkeit sehen Versammlungsbredner und Agitatoren nicht so sehr ein; wohl aber die Genossen, die die Kleinarbeit der Organisation haben. Ich will nicht die Abtönung empfehlen, das gehört nicht auf den Parteitag, auch will ich

nicht dafür plädieren, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen. Ich halte die Frage für vollkommen spruchreif; wir können ohne weiteres zum Ausdruck bringen, daß mehr als bisher auf die schädigende Wirkung des Alkohols hingewiesen werden soll. Es muß die Erkenntnis durchdringen, daß der Alkohol unsre Bewegung schädigt. Deshalb stimmen sie der Königsberger Resolution (101) zu. (Sehr richtig!)

Grenz-Leipzig: Daß alle, welche für die Generalfreil-Idee eintreten, „von der Gewerkschaftsbewegung praktisch wenig oder gar nichts verstehen“, wie die „Chemnitzer Volksstimme“ in ihrem Artikel zum Parteitag schreibt, stimmt nicht. Es gibt Genossen, die, wie ich, sich der Verantwortlichkeit in dieser Frage voll bewußt sind. War ich doch schon vor über zwanzig Jahren berufen, einen größeren Streik zu leiten und bin bis heute praktisch für die Gewerkschaftsbewegung tätig. Und doch können Verhältnisse eintreten, unter denen man für den Generalfreil eintritt. Ich glaube daher nicht, daß man den Generalfreil einfach für indiskutabel erklären kann. Daß mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften die Frage des Generalfreils hinfällig werde, halte ich nicht für richtig. In Sachsen hat man trotz der großen Organisation das Maßrecht verschlechtert; angesichts solcher Vorgänge können wir die Diskussion des Generalfreils nicht einfach ablehnen. Die Wucht der Tatsachen wird uns zur Diskussion zwingen. Und da sage ich: je eher, um so besser. Ich bin ein Gegner Friedebergs. Wenn Sie aber die Diskussion einfach ablehnen, so werden wir bald mehr Friedeberge bekommen. Nehmen Sie also den Antrag 110 an oder überweisen Sie ihn wenigstens dem Vorstande.

Dr. Liebknecht-Berlin geht zum positiven Teil seiner Ausführungen über den Generalfreil über. Es wird gesagt: Wenn wir den Generalfreil machen können, brauchen wir ihn nicht mehr. Das ist unrichtig. Wir können in den Generalfreil hinein gedrängt werden durch aktuelle politische Fragen. Gewiß, der Gedanke, die bürgerliche Gesellschaft durch den Generalfreil auszulungern, ist lächerlich. Für mich handelt es sich um den politischen Massenstreik, der nur unter Umständen die Form des eigentlichen Generalfreils annehmen kann. Mit solchen Rechenexempeln aber wie daß die Arbeiter ihre kümmerlichen Vorräte schneller aufzehren würden als die Besitzenden ihre reichlichen und daß der Massenstreik deshalb aussichtslos sei, kann man auch die Frage des eigentlichen Generalfreils nicht lösen. Es gibt zu viel andre Faktoren, die zugunsten der Streikenden sprechen können. Ich weise auf die berühmten Hungerstreiks in Rußland hin, die auf dem Gedanken beruhen, durch Gefährdung des eignen Lebens einen Zwang auf die regierenden Gewalten auszuüben. Diese Streiks sind ein Beispiel dafür, wie durch Unpopulabilität, durch Furcht vor Slandalen, durch Erweckung menschlicher Empfindungen doch ein Einbruch erzielt werden kann. Es heißt, wir dürften den Massenstreik nicht diskutieren, weil wir den Gegnern unsre Pläne nicht enthüllen dürfen. Das wollen wir gar nicht. Wann wir den Generalfreil inszenieren wollen und in welcher Form, darüber sprechen wir ja gar nicht. Es ist richtig, wir können nicht für alle Eventualitäten Vorproben treffen; wir müssen darauf vertrauen, daß die Massen das lebendige Gefühl des Klassenkampfes haben und im gegebenen Fall das Richtige finden werden. Man erinnere sich der interessanten Ausführungen der Genoffin Luzeburg über die Entwicklung der Taktik in der russischen Arbeiterbewegung. Aber wir müssen doch die Mittel, die wir schon heute als brauchbar erkennen, diskutieren. Ist nicht Sachsen ein Vorkriegsfeld für die Partei? Man sagt, das Reichstagswahlrecht ist uns geliebt. Aber wenn uns auch das genommen wird? Dann sollen wir in die Kommunen gehen. Aber wenn uns auch da der Zugang genommen wird? Dann bleiben die Gewerkschaften. Aber wenn uns das Koalitionsrecht genommen wird? Was tun wir dann? Es ist nicht wahr, daß wir unter allen Umständen eine Strafprobe vermeiden können. Es

kann der Fall eintreten, wo wir unsre Macht, von der wir jetzt einen mehr formalen Gebrauch machen, realisieren und manifestieren müssen. Das geschieht in der drastischsten Form durch die Entfaltung eines Massenstreiks. Das ist der Gedanke, den die Partei in sich aufnehmen muß. Es besteht in der Tat eine gewisse Gefahr für die Partei, die Gefahr des Verrostens in Bezug auf die Kampfmittel. Wir sind verwöhnt in Deutschland, trotz des Sozialistengesetzes, weil uns auch da das Wahlrecht nicht genommen worden ist. Dazu kann es aber kommen, und wir müssen darauf gerüstet sein. Es heißt, denken Sie an Pflanzluchs Bericht, man solle den Teufel nicht an die Wand malen. Aber der Teufel ist doch leibhaftig da; es wäre Vogelstraußpolitik, wenn wir das leugnen wollten. Und Genossen, wie sollen wir die ganze Welt erobern, wenn wir nicht einmal inlande sind, unsre wenigen Grundrechte, die wir schon haben, zu verteidigen, unsre jetzigen Positionen zu halten?! Dazu ist es notwendig, den Massenstreik zu diskutieren. Wir wollen Ihnen gar nicht empfehlen, ihn ohne weiteres als neues Kampfmittel zu akzeptieren. Wir wünschen vorläufig nur eine Diskussion und damit eine gewisse Sympathieentwicklung für den Grundgedanken. Toujours en vedette, stets auf den Posten sein, komme was kommen mag, ist erste Pflicht und Lebensinteresse der Partei. Jener ganz gefährlichen Feindseligkeit gegen den Grundgedanken des Massenstreiks gilt es entgegenzutreten. Die Frage des Massenstreiks ist die aktuellste Frage unsrer gegenwärtigen und künftigen Politik. Gehen Sie nicht mit Lächeln darüber hinweg. Erfassen Sie den Wert dieser Frage und unsre Partei wird gerüstet sein!

Es ist ein Antrag Dr. Gradnauer eingekauft: Die Anträge 108, 109, 110 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. — Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Frau Jeklin-Stuttgart: Genossen und Genossinnen, ich halte es für das Beste, wenn man zur Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Parteitagcs dem Parteivorstande freie Hand läßt (Sehr richtig) und nicht jetzt schon Beschlüsse faßt, welche ihn verpflichten, diese oder jene Frage unter allen Umständen auf die Tagesordnung setzen zu müssen. Andererseits muß ich erklären, daß ich allerdings der Ansicht bin, daß eine ausführliche und gründliche Erörterung der Idee des politischen Massenstreiks zu einer unabweisbaren Notwendigkeit für die Partei geworden ist. Sie wird nicht bewirken die Begriffe zu verwirren, nein umgekehrt, sie wird die Verwirrung, die vorhanden ist, klären und beseitigen. Wir müssen unbedingt zu einer Klärung kommen der Konfusion, die in den Köpfen vieler Parteigenossen existiert bezüglich des Unterschiedes zwischen politischem Massenstreik und dem anarchischen oder anarchisierenden Generalstreik als dem einen, ja einzigen und vorzüglichsten Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß der politische Massenstreik von dem Generalstreik nicht nur grundverschieden ist, sondern daß der politische Massenstreik auch nicht in Betracht kommen kann, wie es Friedeberg vorschlägt, als ein Mittel, um den Parlamentarismus zu ersetzen oder überflüssig zu machen, gewissermaßen als ein Surrogat für den Parlamentarismus. Nein, der politische Massenstreik kann nur unter bestimmten geschichtlichen Umständen in Betracht kommen gerade als ein Mittel, die parlamentarische Aktion des Proletariats zu erhalten und sie vielleicht erst möglich zu machen, besonders auch, um ihr durch den Massentritt der Arbeiterbataillone immer mehr Nachdruck zu geben, durch jenen Druck der Massen von außen her, von dem der verstorbene Genosse Steblich so oft gesprochen hat. Ueber alle die verschiedenen Fragen, die hier in Betracht kommen, muß Klarheit geschaffen werden, und so sehr ich mich in meiner Auffassung und Bewertung des politischen Massenstreiks in schärfster Weise grundsätzlich von der Auffassung des Genossen Friedeberg unterscheide, genau so unter-

schiede ich mich, und geniere mich gar nicht, das zu erklären, von denjenigen, die mit dem Worte — „Generalstreik ist Generalunfuh“ — die ganze Frage ein für allemal erledigt wähen. Geschichtliche Umstände können uns zwingen, den politischen Massenstreik nicht a priori aus der Reihe der möglichen, vielleicht absolut notwendigen Kampfes- und Aktionsmittel auszuschneiden. Freilich eins müssen wir da betonen: Daß der politische Massenstreik nun und nimmer das Mittel sein kann, die kleine mühselige Tagesarbeit in Agitation und Organisation auf gewerkschaftlichem und auf politischem Gebiet zu ersetzen und überflüssig zu machen: Nein, im Gegenteil, die Bedingungen, unter denen ein Massenstreik ausgeführt werden kann, erfordern eine ungemein große Summe Organisation, Zielbewußtsein und vor allen Dingen von fester Selbstdisziplin, die sich nicht einschüchtern, aber auch nicht unflug provozieren läßt. Daraus geht hervor, daß die bloße Idee des politischen Massenstreiks unausführbar verbunden ist mit der intensivsten und nachdrücklichsten Arbeit für die Aufklärung der Massen und ganz besonders für ihre gewerkschaftliche und politische Organisation.

Noch einige Bemerkungen zu der hier angeregten Frage des Alkoholismus. Genosse Kagenstein hat mich als Mutter des Antrages reklamiert, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Ich bekenne, daß ich eine Madenmutter bin, denn ich erinnere mich dieses Kindes ganz und gar nicht. (Große Heiterkeit.) Wenn jemand so lange im Parteileben steht und so lebhaften Anteil daran nimmt, wie ich, dann ist es wohl möglich, daß er einmal in einer Frage seine Meinung ändert. Heute bin ich jedenfalls nicht mehr der Ansicht, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen sei. Man soll die Aktion der Partei nicht in dieser ganz offiziellen Weise mit einem Gegenstande, wie der Alkoholfrage, verknüpfen. (Sehr richtig!) Dagegen unterschreibe ich, was Genosse Kagenstein gesagt hat über die Schädlichkeit des Alkoholismus insbesondere aber über den verderblichen Einfluß des Alkoholismus auf Kinder. Mich durchdringt jedesmal ein Gefühl der Empörung, und ich empfinde es als ein Verbrechen, wenn ich sehe, wie Eltern mit Stolz ihren Kindern Alkohol einsößen. Ebenso stimme ich ganz mit der Auffassung Kagensteins überein, daß, soweit der Alkoholismus als Massenerscheinung in Betracht kommt, er die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, daß aber andererseits das, was hier Wirkung ist, individuell zur Ursache einer Verschärfung und Steigerung des Glends werden kann. Trücht wäre es auch, wollten wir uns der Ansicht verschließen, daß für rückständige, auf der tiefsten Stufe des wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Glends stehende Bevölkerungsschichten der Schnapstafel ein Hindernis für die Ausbreitung unsrer Ideen und für die Vertiefung unsres Kampfes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete ist. Er täuscht ja den Arbeiter über das Glend hinweg, das der Kapitalismus über ihn bringt, er zermürbt und zerstört seine Kampfkraft und seine Kampfesfähigkeit. Ich betone außerdem ausdrücklich, daß die bürgerliche Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch bis jetzt einen Wantrakt bedeutet, weil sie sich einseitig auf das Predigen legte und vom Moralphredigen nicht abgegangen ist auf positivem Wirken in praktischer fruchtbringender Sozialpolitik, weil sie darauf verzichtet, für die Massen des Volkes Einrichtungen zu schaffen, welche ihm eine höhere Lebenshaltung und einen höheren Lebensgenuß ermöglichen. (Lebhafte Zustimmung.) Will die bürgerliche Anti-Alkoholbewegung den Alkoholteufel wirksam bekämpfen, dann heraus ihrerseits mit der Agitation für den Achtundtag! Möge sie für das Volk Einrichtungen schaffen, wie Volksbibliotheken, Lesehallen, gute Theater, Volkskonzerte, möge sie die Museen öffnen lassen auch des Sonntags, des Abends, wenn der Arbeiter allein die Möglichkeit hat, diese Kulturgüter zu genießen. Ich schließe mit der Aufforderung an Sie, den Antrag, den Genosse Braun-Königsberg begründet hat, anzunehmen, d. h. auszusprechen, daß wir es für eine Pflicht der Parteipresse und der Parteibewegung

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Parteivorstand

Bibliothek

überhaupt halten, mit allem Nachdruck auf die Gefahren des Alkoholismus hinzuweisen. Wir werden damit den Kampf gegen den Kapitalismus nicht schwächen, nein, ihn stärken und ihm neue Streiter zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Rakenstein-Charlottenburg: Nach den Ausführungen der Genossin Zeitin, für die ich ihr dankbar bin, brauche ich über die Alkoholfrage nichts mehr zu sagen. Nur noch wenige Worte zur Frage des Generalstreiks. Liebknecht hat Friedeberg unrecht getan. Dieser hat nicht gesagt, das Koalitionsrecht könne den Arbeitern nicht genommen werden, sondern die Möglichkeit, zu streiken. Wenn der Genosse Friedeberg gesagt hat, daß wir in letzter Linie nicht nur den Kapitalismus, sondern die Zwangsform des Staates überhaupt bekämpfen, so kann er sich dabei auf Genossen wie Engels, Kautskij und Bebel berufen, die dasselbe gesagt haben. Im übrigen liegt es mir fern, die Auffassung Friedebergs, der den Parlamentarismus verwirft, mir zu eigen zu machen. Aber mit Recht haben Bernstein und Grenz darauf hingewiesen, daß wir uns klar werden müssen über die Frage: Was tun wir, wenn es so weit ist? Das Wort: „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen“, paßt nicht, denn der Teufel wartet nicht auf uns. Es ist gefährlich, Vogelstrauß-Politik zu treiben. Eigentümlich hat es mich berührt, daß der ganz rechts stehende Genosse Turatt sagen konnte: „Soweit wie unsre sächsischen Genossen braucht man die Gesetzlichkeit nicht zu treiben.“ Was schließlich geschehen wird, hängt davon ab, was die Gegner von uns erwarten, und was wir uns selbst zutrauen. Da stimme ich den Worten Bernsteins zu: „Lieber ehrenvoll unterliegen, als ohne Ehre das einzige Volkrecht, das uns heute geblieben ist, preisgeben.“

Mühs-Breslau ersucht, die vorliegenden Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag (101) wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag **Gindauer**, die Anträge 108—110 dem Vorstand zur Erwürdigung zu überweisen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit beschließt der Parteitag auf Vorschlag des Vorsitzenden **Diez**, das Referat **Lebeours** über die parlamentarische Tätigkeit erst in der Nachmittags-Sitzung entgegenzunehmen, und die Zeit bis zum Eintritt der Mittagspause mit der Unterstützungsfrage der zum „Parlamentarischen Bericht“ vorliegenden Anträge auszufüllen.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe, die Anträge 12 und 13, beziehen sich auf den „Fall Schippel“. Diese Anträge werden genügend unterstützt. Dagegen finden die Anträge 14, 15 und 119, die sich auf die Frage der Landtagswahl beziehen, nicht genügende Unterstützung. — Von den eigentlichen Anträgen zur parlamentarischen Tätigkeit werden die Anträge 42, 43, 44 und 47 unterstützt, die Anträge 45, 46 und 49 nicht. Die sonst noch vorliegenden Anträge 99, 102, 103 und 104 werden nicht unterstützt.

Vorsitzender **Diez:** Zahlreiche Delegierte wünschen, daß der Parteitag ein Begrüßungs-Telegramm an **Auer** und **Singer** senden möge (Beifall), für das folgender Wortlaut vorliegt:

„Der Parteitag bewaert tief, die Genossen **Auer** und **Singer** nicht in seiner Mitte zu sehen, und spricht den bewährten Führern die herzlichsten Wünsche auf baldige Wiederherstellung aus.“

(Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag beschließt einstimmig die Absendung der Telegramme.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender **Obert** eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlungen.

Zur Beratung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Zu den Anträgen, die in der Vormittags-Sitzung genügend Unterstützung gefunden haben, tritt auch die Resolution **Webels** über den Fall Schippel (Resolution 193).

Die Diskussion soll sich zunächst auf die Anträge 42, 43, 44 und 47 erstrecken, dann sollen die Anträge 12, 13 und die Resolution 193 behandelt werden.

Berichterstatter zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Genosse

Lebeours: Genossinnen und Genossen! Da ich im gedruckten Berichte die Stellung der Fraktion zu den verschiedenen Fragen ausführlich dargelegt habe, glaube ich mir ein Eingehen darauf ersparen zu können. In der Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, möchte ich nur auf die Einwendungen eingehen, die nach Schluß der Session gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion in Presse und in Versammlungen erhoben worden sind. Vorher muß ich aber noch eine Angelegenheit erwähnen, die Angelegenheit des Genossen **Schippel**, die durch den Beschluß der Fraktion in Fluß gekommen ist. Wenn ich der Fall im schriftlichen Berichte nicht behandelt habe, so deshalb, weil dieser Bericht eine Schilderung unsrer Kämpfe im Parlament mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu geben hat. Der Fall **Schippel** ist aber eine innere Angelegenheit der Partei, die allerdings im Zusammenhang mit der Reichstags-tätigkeit steht. Der zweite Grund, weshalb ich Abstand nahm, war, daß nach meiner Meinung, als ich meine Arbeit abschloß, **Schippel** in seinen Auseinandersetzungen noch nicht über die Einleitung hinausgekommen war.

Man konnte damals nicht wissen, wann er zum Abschluß kommen würde. (Sehr richtig!) Wollte man die Darstellung **Schippels** in der „Chemnitzer Volksstimme“ und nachher in den „Sozialistischen Monatsheften“ und in Zuschriften an den „Vorwärts“ als richtig annehmen, dann müßte man glauben, daß **Schippel** als getreuer Eckard der Partei sie vor den „Freihandelskassierburschen“ gewarnt hat, daß dann plötzlich aus unbegründeten Anlässen nachträglich ein paar „Stänker“ oder „Strakeler“ — augenblicklich kann ich die Ehrentitel, die auf diese Genossen gefallen sind, nicht zusammenhäufen —, daß „berufsmäßige Demagoganten“ den Konflikt herbeigeführt haben, um ihn eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei zu zeihen, und daß daraufhin die Fraktion sich hat verleiten lassen, an ihn die Aufforderung zu richten, sich über seine Stellung zu der Zollfrage zu äußern. Tatsächlich hat sich die Sache nicht so entwickelt. Wesentlich bestand der Hauptkampf unsrer Partei, den insbesondere auch die Reichstagsfraktion in den letzten Jahren durchzukämpfen hatte, in der Gegnerschaft gegen die Zollpolitik der Regierung. Man kann über die Wichtigkeit der Frage der Handelspolitik für die Sozialdemokratie verschiedener Meinung sein und sicher gibt es für uns wichtigere Fragen. Aber wie gesagt, in den letzten Jahren war die Frage der Handelspolitik für uns eine akute Frage, die uns leidenschaftlich erregte und mit der wir die Volksmassen in Erregung gebracht haben. Wenn jemals im Laufe der Geschichte die Partei und ihre Fraktion ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben, so war es bei der Koalition, und den Beweis dafür, daß unsre damalige Taktik die richtige war, hat ganz sonnenklar der Ausfall der letzten Reichstagswahlen geliefert. Wenn eine solche große und wichtige Aktion die gesamte Partei beschäftigt, insbesondere die Genossen, die die Wortführer der Partei sind, dann ist es eine selbstverständliche Pflicht eines